



BUNDESFORUM
FAMILIE

Familien und Klima

Sozial-ökologische Herausforderung
und familiäre Handlungsperspektiven

Impressum

Herausgeber

Bundesforum Familie
Ein Projekt der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen e.V.
Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14
10785 Berlin
Tel.: 030 2902825-70
info@bundesforum-familie.de
www.bundesforum-familie.de
Dezember 2025

Redaktion

Elena Gußmann
Franziska Oelkers
Claudia Schnatsmeyer

Gestaltung

Grafikladen | Gestaltung mit Haltung
www.grafikladen.berlin

Druck

dieUmweltDruckerei GmbH

Vorwort

Familien sind in besonderer Weise Teil der gesellschaftlichen Transformation, die mit dem Klimawandel einhergeht. In Familien werden tagtäglich Entscheidungen getroffen, die ökologische, soziale und ökonomische Aspekte sowie tagesaktuelle Herausforderungen und Zukunftsverantwortung miteinander zu verbinden suchen. Dabei ist der Klimawandel für Familien im Alltag zunehmend spürbar: durch Hitzeperioden, die insbesondere älteren Menschen und jungen Kindern zu schaffen machen, Lebenshaltungskosten, die unter anderem durch erhöhte Energie- und Lebensmittelkosten steigen, klimabedingte Extremwetter, die sogar zu Verlust von Hab und Gut führen können.

Die Ausgangsbedingungen für Familien können jedoch sehr unterschiedlich sein. So haben einige Familien bessere Möglichkeiten, den negativen Effekten zu begegnen, zum Beispiel durch Dämmungen im Wohnraum oder Klimaanlagen. Andere können durch Maßnahmen, die den Klimawandel eingrenzen sollen, überproportional negativ betroffen sein. Dies gilt insbesondere bei monetären Maßnahmen wie der CO₂-Bepreisung, die keinen finanziellen Ausgleich für einkommensschwache Familien beinhalten. Zudem leben innerhalb von Familien oft besonders vulnerable Gruppen, etwa (kleine) Kinder, ältere Angehörige oder Menschen mit Behinderung, die besonderen Schutz benötigen.

Die Verflechtungen von Klima-, Familien- und Sozialpolitik wurden in dieser Themenperiode „Familien und Klima“ an zahlreichen Stellen deutlich. In den zwei Jahren der Bearbeitung haben die Mitgliedsorganisationen des Bundesforums Familie diese Verflechtungen ausgelotet. In Impulsworkshops, Austauschformaten und Netzwerktreffen wurde diskutiert, wie Familien vom Klimawandel betroffen sind und wie sie gestärkt werden können – durch politische Rahmenbedingungen, Bildungsangebote und verlässliche Unterstützung. Gleichzeitig wurde sichtbar, wie vielfältig und kreativ Familien und Familienorganisationen bereits heute mit dem Thema umgehen und zum gesellschaftlichen Wandel beitragen.

Diese Publikation dokumentiert zentrale Inhalte und Ergebnisse dieses Prozesses. Sie gibt Einblicke in Diskussionen, Fachimpulse und gute Beispiele aus der Praxis. Dabei stand nicht die Suche nach einfachen Lösungen im Vordergrund, sondern das gemeinsame Nachdenken darüber, wie ein klimagerechtes Familienleben aussehen kann – und welche Strukturen und Rahmenbedingungen dafür nötig sind. Wir danken allen Beteiligten für ihre Ideen, ihr Engagement und ihre Offenheit im gemeinsamen Prozess. Wir hoffen, dass die Publikation zum Weiterdenken anregt, zum Austausch einlädt und Mut macht, den Möglichkeiten Handlungen folgen zu lassen.

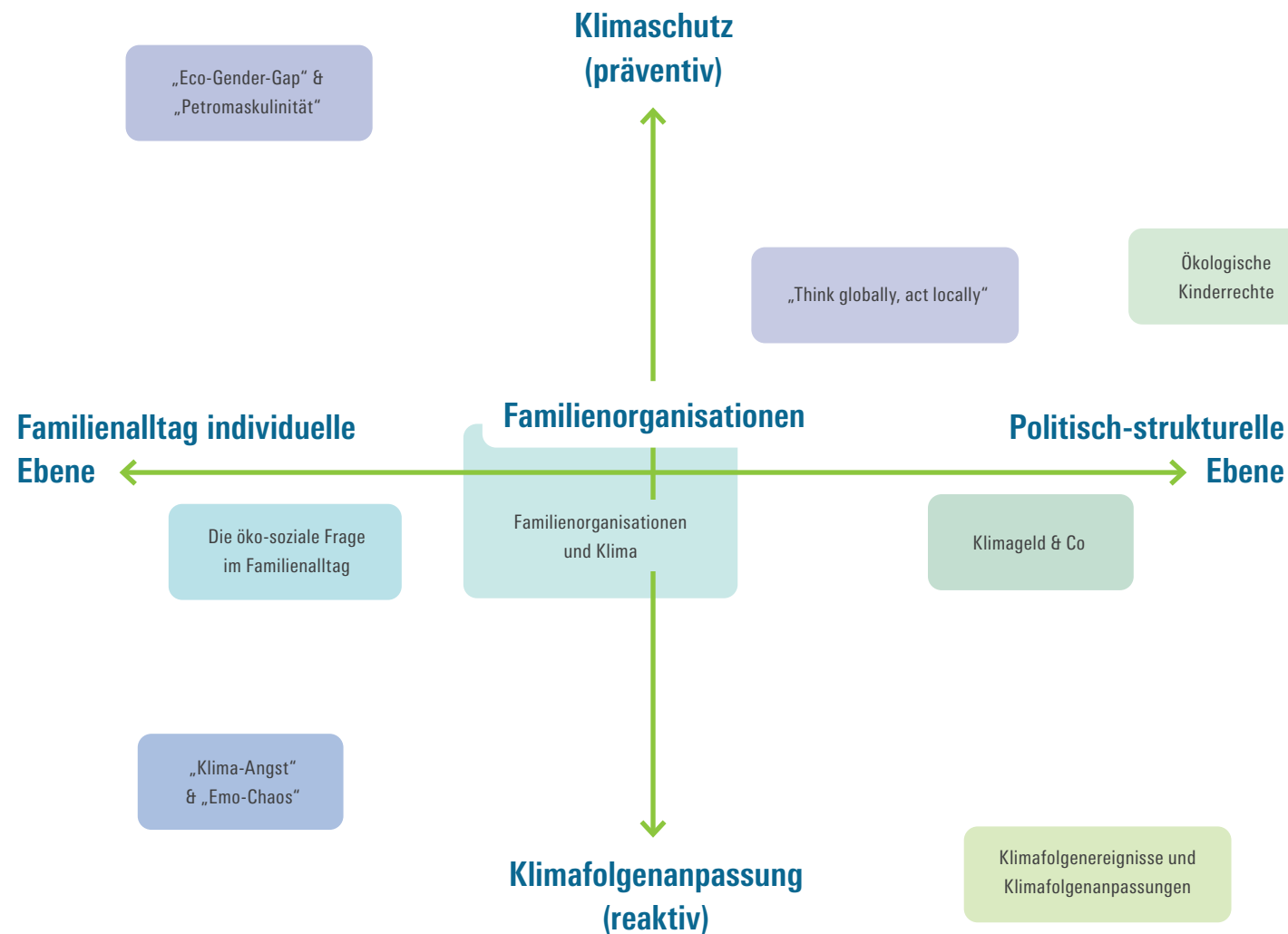
Denn Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und er gelingt nur, wenn Familien in ihrer Vielfalt dabei mitgedacht werden. Es braucht strukturelle Unterstützung, politische Klarheit und gemeinsames Engagement – in Politik, Zivilgesellschaft, Institutionen und in den Familien selbst.

Der Beirat des Bundesforums Familie 2021–2025

Inhalt

Vorwort	3
Einführung: Familien im Klimawandel – eine lebenswerte Zukunft für alle Generationen	6
Warum der Klimawandel Familien besonders betrifft	8
Recht auf Klima!? Über die Einklagbarkeit von einem besseren Klimaschutz für Familien	12
Auswirkungen des Klimawandels auf die psychische Gesundheit im Familienalltag	16
Die öko-soziale Frage im Familienalltag	20
Klimaschutz auf kommunaler Ebene für und mit Familien – Teil 1: Finanzierung	24
Klimaschutz auf kommunaler Ebene für und mit Familien – Teil 2: Partizipation	28
Who cares? Gender, Care und Klimaschutz in der Familie	34
Mit Blick auf die Zukunft: Generationengerechtigkeit in der sozial-ökologischen Transformation	40
Fazit: Gemeinsam Perspektiven schaffen – für Familien und Klima	44
Good Practice: Initiativen der Mitgliedsorganisationen für Familien und Klima	48
Mitgliedsorganisationen des Bundesforum Familie	50

Einführung: Familien im Klimawandel – eine lebenswerte Zukunft für alle Generationen



Wie wollen wir leben – und in welcher Welt sollen unsere Kinder und Enkel groß werden? Stellen wir uns eine Zukunft vor, in der Familien vor der Klimakatastrophe geschützt sind, in der sie in grünen Städten wohnen, in denen saubere Luft und bezahlbare, klimaneutrale Energie allen zur Verfügung stehen und in denen Kinder, Eltern und Senior*innen bedarfsgerecht und emissionsarm mobil sind. Eine Zukunft, in der ein klimagerechter Alltag nicht Überforderung oder Luxus, sondern Selbstverständlichkeit ist. Eine Zukunft, in der es normal ist, dass generationsübergreifende Nachbarschaften Ressourcen teilen und sich gemeinsam für ein nachhaltiges, gutes Leben in ihrer Kommune engagieren. Diese „Realutopien“ sind nicht nur

Wunschdenken – sie sind Wegweiser für eine Transformation, die Familienleben und Klimaschutz zusammenbringt. Und an manchen Stellen haben sie bereits begonnen, Realität zu werden.

Klimaschutz bedeutet Zukunftssicherung für die heutigen und kommenden Generationen – und damit ist er untrennbar mit Familienpolitik verbunden. Als intergenerationelle Bildungs- und Diskussionsräume haben Familien das Potenzial, den Transformationsprozess zur Bewältigung der Klimakrise mitzugestalten. Allerdings kann es im ohnehin komplexen Familienalltag zwischen Beruf, Kinderbetreuung, Pflege Angehöriger, Haushalt und inmitten multipler Krisen ohne die

richtigen Rahmenbedingungen schnell zur Überforderung werden, einen klimafreundlichen Lebensstil zu führen und nachhaltige Konsumentscheidungen zu treffen.

Familien sind nicht nur von den Auswirkungen des Klimawandels wie häufigeren und intensiveren Hitzeperioden und Naturkatastrophen betroffen, sondern auch von politischen Maßnahmen zur Eingrenzung seiner Folgen, die häufig Kostensteigerungen bedeuten. Dabei werden einkommensschwache Familien, die einen verhältnismäßig kleineren CO₂-Abdruck haben als wohlhabende Familien und an der Verursachung des Klimawandels weniger beteiligt sind, durch monetäre Maßnahmen zum Klimaschutz überdurchschnittlich belastet. Besonders betroffen und den Klimafolgen stärker ausgesetzt sind armutsbetroffene Familien und oftmals Familien in sozial benachteiligten Strukturen. Sie haben weniger Ressourcen, ihren Alltag oder ihr Verhalten bezüglich Wohnsituation, Energieverbrauch und Mobilität klimagerecht zu gestalten. Familien tragen Sorgeverantwortung. Dadurch sind sie oftmals (wirtschaftlich) weniger leistungsfähig und haben weniger Handlungsflexibilität als andere Haushalte, um Investitionen zum Schutz des Klimas und zum eigenen Schutz vor den Folgen des Klimawandels (z. B. durch den Einbau einer Klimaanlage oder bessere Wärmedämmung) zu tätigen.

Individuelle Entscheidungen in Familien für klimafreundlichen Handlungen sind zweifellos nötig und wichtig. Allerdings fokussiert die gesellschaftlich-politische Debatte in Deutschland bisher viel zu sehr auf diese individuelle Handlungsebene und vernachlässigt dabei die politische Verantwortungsebene. Die Auseinandersetzung der Mitgliedsorganisation des Bundesforums Familie mit dem Thema „Familien und Klima“ zeigte jedoch an unterschiedlichen Stellen auf, dass dem strukturellen Ungleichgewicht von Betroffenheit und Handlungsfähigkeit in der klimagerechten Transformation in erster Linie mit strukturellen Lösungen begegnet werden muss. Während der Themenperiode wurde immer wieder deutlich: Es braucht politische Rahmenbedingungen und eine Infrastruktur, die klimagerechtes Verhalten für alle ermöglichen und dabei verschiedene Familienformen mitdenken und vulnerable Gruppen unterstützen. Partizipationsmöglichkeiten für Familien in der Gestaltung von Klimaschutz und Klimafolgenanpassung vor allem auf kommunaler Ebene, positive Kommunikation auf Augenhöhe sowie die Stärkung von Resilienz in Familien waren darüber hinaus zentrale Themen, die die Diskussionen prägten.

„Auch bei Budgetknappheit und fehlenden Ressourcen besteht die Notwendigkeit, ein Umdenken hin zu einer nachhaltigen Lebensweise zu erreichen. Viele Menschen sehen den Bedarf für klimafreundliches Verhalten, erkennen aber wenig eigene Handlungsmöglichkeiten. Aufgabe der Politik ist es, diese Gestaltungsmöglichkeiten aufzuzeigen und ernst zu nehmen. Dazu gehört auch die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in politischen Prozessen.“

Ulrike Bahr, ehem. Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen der Auftaktveranstaltung zur Themenperiode „Familien und Klima“ am 13.03.2024

Klima- und Sozialpolitik zusammendenken: Die Herangehensweise des Bundesforums Familie

Das Ziel der Themenperiode des Bundesforums Familie war es, Vernetzungen zwischen den beiden großen Querschnittsthemen Familie und Klima herzustellen, die Rollen von und Rahmenbedingungen für Familien im Geflecht von Klimaschutz und Klimafolgenanpassung zu diskutieren und Handlungsbedarfe an den Schnittflächen von Familien- und Klimapolitik zu identifizieren. Die Herausforderung bestand darin, mit einem großen Bogen vom Familienalltag bis zur Systemfrage sowohl Überblicksarbeit zu leisten als auch konkrete Aspekte eingehend zu untersuchen.

Eine Mitgliederbefragung zu Beginn der Themenperiode ermöglichte Einblicke in die bisherige Arbeit der Mitgliedsorganisationen mit Projekten zum Thema Klima- und Umweltschutz und strukturelle Schritte der Organisationen zu mehr Nachhaltigkeit. Bereits hier wurden sowohl die Vielfalt der Ansätze und Möglichkeiten als auch die Komplexität des Themas deutlich. Die Befragung diente auch als Grundlage für die Auswahl von Themenaspekten, die die vielfältigen Wechselwirkungen von Familie und Klima auf unterschiedlichen Ebenen sichtbar machen. Die Grafik veranschaulicht dies. In acht Veranstaltungen diskutierten die Mitgliedsorganisationen mit Expert*innen unterschiedlicher Fachrichtungen.

Dieser Werkstattbericht vereint die Impulse und Diskussionen der Themenperiode „Familien und Klima“ aus den folgenden Veranstaltungen:

- Auftaktveranstaltung am 13. März 2024, online: „Warum der Klimawandel Familien besonders betrifft“
- Impulsworkshop am 4. Juni 2024, online: „Recht auf Klima!? Über die Einklagbarkeit von einem besseren Klimaschutz für Familien“
- Impulsworkshop am 06. September 2024, online: „Auswirkungen des Klimawandels auf die psychische Gesundheit im Familienalltag“
- Netzwerktreffen am 16. Oktober 2024 in Berlin: „Die öko-soziale Frage im Familienalltag“
- Impulsworkshop am 18. März 2025, online: „Klimaschutz auf kommunaler Ebene für und mit Familien – Teil 1: Finanzierung“
- Impulsworkshop am 30. April 2025, online: „Klimaschutz auf kommunaler Ebene für und mit Familien – Teil 2: Partizipation“
- Impulsworkshop am 10. September 2025, online: „Who cares? Gender, Care und Klimaschutz in der Familie“
- Netzwerktreffen am 4. November 2025 in Berlin: „Mit Blick auf die Zukunft: Generationengerechtigkeit in der sozial-ökologischen Transformation“

Warum der Klimawandel Familien besonders betrifft

AUFTAKTVERANSTALTUNG | 13. MÄRZ 2024

In der Auftaktveranstaltung der Themenperiode Familien und Klima des Bundesforums Familie wurden Zusammenhänge von sozialer Gerechtigkeit, Klimapolitik und Generationenverantwortung diskutiert. Dabei wurden nicht nur Risiken deutlich, sondern auch konkrete Wege, wie Familien und Organisationen als „Change Agents“ aktiv werden können.

Impulsvortrag: Familien und Klima – weil den Kindern die Zukunft gehört

Mona Treude, Senior Researcherin am Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie, ordnete das Thema Familien und Klima aus der Perspektive der Klimawissenschaften ein. Sie verwies dabei auf die Dringlichkeit klimapolitischen Handelns und betonte, dass der Klimawandel nicht mehr gestoppt werden könne, würden die sogenannten Kipppunkte erreicht. Betroffen von den heutigen Entscheidungen seien vor allem Kinder und zukünftige Generationen. Obwohl diese den heutigen Klimawandel am wenigsten verantworteten, seien sie die Generationen, die zukünftig am meisten darunter leiden würden. Klimapolitik sei daher nicht nur eine Frage der globalen, sondern auch der intra- und intergenerationellen Gerechtigkeit. Die ökologische Krise sei, so Mona Treude, im Kern eine soziale Frage.

Klimawandel ist nicht nur eine ökologische, sondern vor allem auch eine soziale und generationenübergreifende Gerechtigkeitsfrage. Kinder und zukünftige Generationen sind am stärksten betroffen, obwohl sie am wenigsten verantwortlich sind.

Soziale Gerechtigkeit im Klimawandel

Zur Gerechtigkeitsfrage gehöre, dass die heutigen Generationen in allen Teilen der Welt unterschiedlich stark von den Auswirkungen betroffen seien. Erderwärmung und Artensterben veränderten den Lebensalltag von Familien jetzt und perspektivisch unterschiedlich stark. Soziale Disparitäten seien derzeit so groß wie nie zuvor. Es sei belegt, dass mit höherem Einkommen der Einfluss auf den Klimawandel steige, jedoch auch die Möglichkeiten, sich vor den Auswirkungen zu schützen. Diese Schutzmöglichkeiten hätten einkommensschwächere Haushalte oft nicht. Innerhalb der Familien lebten zudem besonders vulnerable Gruppen wie pflegebedürftige Menschen, was Familien doppelt stark betroffen mache. Andererseits seien auch Familien selbst Verursachende von Treibhausgasemissionen, die den Klimawandel vorantreiben.

Familien sind besonders vulnerabel und zugleich Mitverursachende des Klimawandels. Dabei haben einkommensstarke Haushalte größeren Einfluss und mehr Schutzmöglichkeiten, während einkommensschwache stärker belastet sind.

Problematisch sei, dass klimapolitische Maßnahmen gegenwärtig zu viele Auswirkungen auf einkommensschwächere Haushalte hätten. Politik müsse die Rahmenbedingungen schaffen, damit einerseits die Belastungen auf stärkere Schultern verteilt werden, andererseits müsse es Familien erleichtert werden, sich klimafreundlich zu verhalten. Ansätze hierfür wären die Sicherung einer gerechteren Wohnraum- und Bodenverteilung, soziale Garantien wie das Grundeinkommen und nachhaltige Konzepte wie das der autofreien Stadt. Als konkretes positives Umsetzungsbeispiel nannte Mona Treude die nachhaltige Stadtentwicklung in Wien.

Klimapolitik muss so gestaltet sein, dass Belastungen gerecht verteilt und klimafreundliches Handeln erleichtert werden.

Familien als Gestalterinnen des Wandels

In der gegenwärtigen Krisensituation befinde sich die Menschheit zwischen Allmacht und Ohnmacht. Der Klimawandel sei menschengemacht und könne ebenfalls durch menschliches Handeln abgeschwächt werden. Dafür sei ein Umdenken alternativlos – wie kann das gelingen? Hierfür sei es wichtig, den Blick auf „Change Agents“ zu lenken, auf diejenigen Akteur*innen, die Veränderung anstoßen. Ängste führten dazu, dass Menschen ihr Selbstwirksamkeitsgefühl verlor, was die eigene Handlungsfähigkeit blockiere. Bewegungen wie Fridays for Future zeigten dagegen, dass auch Kinder, Jugendliche und Familien wichtige Akteur*innen sein könnten. Denn man wisse viel über das Problem der Klimakrise und kenne gute Lösungen, es fehle aber an der Umsetzung. Es sei eine klare politische Kommunikation und vor allem nachhaltige Bildung vonnöten.

Familien können als „Change Agents“ wirken, indem sie als Vorbilder dienen und Handlungsspielräume sichtbar machen.

Treude betonte die Vorbildfunktion von und in Familien und zeigte mehrere Ansätze auf, wie in Familien klimarelevantes Handeln thematisiert werden könne: so zeige die Berechnung des CO₂-Fußabdrucks, dass Klimaschutz in der Verantwortung jeder und jedes Einzelnen stehe.¹ Die Betrachtung des eigenen ökologischen Handabdrucks zeige hingegen die Wirksamkeit des eigenen Handelns. Mit gemeinsamen Herausforderungen wie der „Klimafit-Challenge“, zu der man sich auch als Familie anmelden könne, werde klimafreundliches Handeln lern- und erfahrbar. Es gehe insgesamt darum, eigene Handlungsspielräume zu erkennen, zu nutzen und an das Umfeld zu kommunizieren. Dabei sei es sinnvoll, alle Lebensbereiche zu beachten und nicht nur Bereiche wie Mobilität und Nahrung, sondern zum Beispiel auch Geldanlagen auf eine nachhaltige Ausrichtung zu überprüfen. Dies alles gelte nicht nur für Familien, sondern auch für Familienorganisationen, die hier ebenfalls mit gutem Beispiel vorangehen könnten.

Was bedeutet Wohlstand?

Nicht zuletzt gehöre zu einer sozial-ökologischen Transformation ein Umlernen zu einem anderen Verständnis von Wohlstand. Es müsse gesellschaftlich neu ausgehandelt werden, was gutes Leben bedeute: zum Beispiel Zeit zu haben und diese in intakter Natur verbringen zu können, mit sauberer Luft und gesunden Lebensmitteln. Die wissenschaftliche Kommunikation thematisiere im bisherigen Diskurs zu sehr den Verzicht. Statt eine Verzichtsdebatte zu führen, sollte betont werden, dass durch einen Lebenswandel, der die planetaren Grenzen nicht überschreite, mehr Lebensqualität gewonnen werden könne. Es gehe nicht allein um Suffizienz („weniger“), sondern um mehr Effizienz („besser“) und Konsistenz („anders“). Diese Sichtweise sei besonders bedeutend für Kinder und Jugendliche.

Wohlstand kann auch mehr Zeit, intakte Natur und Lebensqualität bedeuten.

¹ CO₂-Rechner des Umweltbundesamts: www.uba.co2-rechner.de

Familienorganisationen im Klimawandel: Ansätze der Mitgliedsorganisationen

Bereits im Vorfeld hatten mehr als 30 Mitgliedsorganisationen des Bundesforums Familie Projekte und Ansätze aus ihren Organisationen eingereicht, die beispielhaft zeigen, wie sich die Organisationen mit der Thematik beschäftigen. Von konkreten Maßnahmen im Arbeitsalltag, wie der Umstellung auf regionale und/oder vegane Verpflegung oder Nutzung des ÖPNV bei Dienstreisen, bis zu inhaltlicher Bearbeitung des Themas in Stellungnahmen oder Veranstaltungen wurde eine große Bandbreite sichtbar. Um einen Einblick zu erhalten, stellten zwei Mitgliedsverbände ihre Maßnahmen und Projekte vor.

Familienorganisationen leisten bereits eigene Beiträge, etwa durch Selbstverpflichtungen zu Klimaneutralität oder Bildungsangebote.

Deutscher Caritasverband

Liliane Muth vom Deutschen Caritasverband startete mit der Anmerkung, dass derzeit alle großen Wohlfahrtsverbände aktiv dabei seien, Maßnahmen für den Klimaschutz zu entwickeln. Der Deutsche Caritasverband habe es sich zur Aufgabe gemacht, mit seinen rund 25.000 Einrichtungen und Diensten bis 2030 klimaneutral zu werden. Dabei würden unterschiedlichen Bedingungen, Personalmangel und Finanzierungsgrundlagen der Caritas-Einrichtungen den Weg häufig erschweren. Klimaschutz sei trotz der ambitionierten Selbstverpflichtung im konkreten Fall oft noch eine „C-Priorität“. Es gelte daher, im Einzelfall zu schauen, welche Möglichkeiten für jeweilige Einrichtungen machbar seien, etwa in den Bereichen Gebäude und Mobilität oder in der Beschaffung von Lebensmitteln, Textilien, Hygieneartikeln und Elektrogeräten.

Liliane Muth betonte, dass der Kern der pädagogischen Arbeit der Caritas die Stärkung von Kindern und Jugendlichen für die Zukunft sei. Dies müsse im Sinne der Notwendigkeit der Generationengerechtigkeit umgesetzt werden. Die UN-Kinderrechtskonvention und der General Comment 26 erforderten deutlich mehr Umsetzung von Klimaschutz als derzeit realisiert werde. Entscheidend für die Umsetzung einer sozioökonomischen Wende sei nicht die Selbstverpflichtung Weniger, sondern politisches Handeln, insbesondere die Einführung des Klimagelds und die Stärkung einer solidarischen Politik. Dazu gehöre beispielsweise, energetische Sanierungen auch von günstigen Mietwohnungen umsetzbar zu machen, ohne dass Mieter*innen einen Nachteil haben. Der ÖPNV sollte zudem kostenlos sein und besonders im ländlichen Raum mehr ausgebaut werden.

Als konkretes Projekt stellte Liliane Muth den „Stromsparcheck“ vor. Das Verbundprojekt von Caritas und Bundesverband der Energie- und Klimaschutzagenturen Deutschlands werde vom Bundesumweltministerium gefördert und sei in mehr als 150 Städten und Landkreisen aktiv. Mit dem Projekt werde gleichzeitig der Klimaschutz

und die Energiearmut thematisiert, indem für konkrete Haushalte mit geringem Einkommen Energieeinsparpotenziale aufgezeigt werden. Auch eine Bezuschussung beim Neukauf klimafreundlicher Geräte sei möglich. Die Erfahrung aus dem Projekt zeige, dass in Haushalten Energie-Einsparungen von bis zu 15 % möglich seien.

Bundesverband der Mütterzentren

Sarah Schöche, Nachhaltigkeitsbeauftragte des Bundesverbands der Mütterzentren, betonte, dass Nachhaltigkeit seit der Gründung vor 40 Jahren als leitendes Prinzip der Mütterzentren gelte. Mitnahmeregale oder Repair-Cafés seien Beispiele für diese gelebte Praxis. Das Projekt „wirFAIRändern“ der Nachhaltigkeitsgruppe in Langen, das 2023 einen Nachbarschaftspreis erhielt, zeige etwa auf, wie durch verändertes Konsumverhalten im Familienalltag ein plastikfreies Leben möglich werde. Bei der in den Mütterzentren umgesetzten Umwelterziehung für Kinder werde Wert daraufgelegt, positive Beispiele und Einsichten zu geben, statt allein von Verzicht zu sprechen.

Sarah Schöche benannte dazu einzelne Projekte wie eine Ferienspielwoche, die Auszeichnung zu Umweltheld*innen oder gemeinsames Basteln mit Upcycling-Materialien. Die Grundidee der Bildungsangebote sei „Was ich kenne und liebe, schütze ich“ und so gelte es, mit Kindern und Jugendlichen etwa Insektenhotels zu bauen und Pflanztage zu veranstalten und somit erfahrbar zu machen, dass Naturschutz selbst in die Hand genommen werden kann. Wissensvermittlung zur klimafreundlichen Ernährung werde anwendungsorientiert, zum Beispiel durch Kochkurse mit Gemüse aus dem eigenen Garten, vermittelt. Sarah Schöche nannte weitere Projekte wie Lebensmittelrettung und ein nachhaltiges Weihnachtsfest als Beispiele für die Vermittlung von Nachhaltigkeit für Familien. Bundesweit Sorge die Vernetzung der Mütterzentren für einen Austausch, so dass diese Ideen weitergegeben werden und kooperativ genutzt werden könnten.

Sozialer Klimaschutz erfordert Vernetzung von Klima-, Sozial- und Familienpolitik sowie verlässliche Finanzierung.

Diskussion: Ansätze der Mitgliedsorganisationen

Klimawandel, so stellte die Diskussionsrunde fest, sei eine komplexe Herausforderung und verbinde die globale Dimension mit kleinen Alltagshandlungen, individuelle, kollektive und institutionelle Dynamiken. Gerade wegen dieser Vernetzung der Probleme müssten auch die Lösungsansätze vernetzt gedacht werden. Daher sei es wichtig, Klima- und Sozialpolitik zusammenzudenken, wobei Familienpolitik durch die Thematisierung und Adressierung von unterschiedlichen Generationen eine besonders relevante Rolle zukomme. Zusammenarbeit zwischen familienpolitischen und umweltpolitischen Organisationen sei hier sehr sinnvoll, wie auch durch die vorgestellten Beispiele verdeutlicht werden konnte. Gerade in der Jugendhilfe oder an Schulen könne das gut gelingen. Die weltweit angelegte Kampagne „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ biete

hier wertvolle Ansatzpunkte. Bemerkt wurde, dass durch die Größe des Themas oft der Überblick fehle: Es gebe bereits viele rechtliche Konstrukte, Aktionsprogramme und Zielsetzungen auf UN-, EU- und nationaler Ebene. Jedoch sei in der familienpolitischen Arbeit sowie in Fragen der Umsetzung nicht immer offensichtlich, mit welchen dieser unterschiedlich verbindlichen Grundlagen sich gut für die Belange von Familien argumentieren lasse.

Kritisch gesehen wurde, dass es vielen Organisationen an verlässlicher und ausreichender Finanzierung fehle, die es erschwerten, in der eigenen Arbeit mehr Klimaschutz umzusetzen. Zwar könne weniger finanzielle Ausstattung auch unfreiwillig zu klimafreundlicherem Handeln führen, zum Beispiel wenn aus Kostengründen keine Flugreisen mehr getätigt werden. Gerade Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen, etwa bei energetischen Sanierungen, seien jedoch zu oft nicht umsetzbar. Im Zusammenhang mit dem Thema „Klimawandel und psychische Gesundheit“ wurde angemerkt, dass Klimaängste nicht nur ein Problem von Familien seien, sondern auch Fachkräfte betreffen. Hierfür brauche es mehr Sensibilisierung und vor allem Hilfestellung.

Eine Vertiefung des Themas psychische Gesundheit findet ab S. 16 statt.

Diskussion: Was brauchen Familien im Klimawandel?

In der Diskussionsrunde wurde mehrfach der Eindruck geteilt, dass bei der Größe des Themas im Diskurs leicht der Überblick verloren gehe. Dies gelte sowohl dafür, was es bereits an Bausteinen, Zielvorgaben oder Aktionsplänen auf den unterschiedlichen Ebenen (national, europäisch, global) gebe, als auch dafür, was eigentlich das Ziel der Handlungen sei – Klimaschutz oder Klimagerechtigkeit, Naturschutz oder Menschenrechte. Ebenfalls wurde diskutiert, inwiefern Arbeitszeitverkürzung klimagerecht sei. Mit mehr verfügbarer Zeit werde ermöglicht, so Mona Treude, den eigenen Lebensstil nachhaltiger auszurichten. Dies sei jedoch kein Selbstläufer, es brauche dafür die richtigen Rahmenbedingungen. Die Runde diskutierte die Rolle von Familien in der sozial-ökologischen Transformation und die Verantwortung, gerade Kindern und Jugendlichen nicht nur die Bedrohung durch die Klimakrise, sondern auch die Handlungsmöglichkeiten in der Klimakrise aufzuzeigen. Die Generationen müssten hier gemeinsame Lösungen finden. Familien seien dafür relevante Akteurinnen, da sie nicht nur als wichtige Orte des Generationendialogs, sondern auch schlicht durch die große Anzahl ins Gewicht fallen. Die Bedeutung der kommunalen Ebene wurde hier als wichtiger Ansatzpunkt diskutiert, um Bedingungen, Angebote und Projekte zu schaffen, die Familien eine ökologische Lebensweise erleichtern.

Eine Vertiefung des Themas kommunaler Klimaschutz für und mit Familien findet ab S. 24 statt.

Recht auf Klima!? Über die Einklagbarkeit von einem besseren Klimaschutz für Familien

IMPULSWORKSHOP | 4. JUNI 2024

Familien haben ein Recht auf eine intakte natürliche Umwelt. Nicht nur auf einer moralischen oder rechtsphilosophischen Ebene, sondern auch handfest in der Gesetzgebung festgeschrieben. Welche Gesetze befassen sich damit, was sind „ökologische Kinderrechte“ und werden diese auch umgesetzt? Wenn nicht, sind sie einklagbar?

Zentrale rechtliche Grundlagen für ökologisch nachhaltige Lebensbedingungen von Familien

Auf internationaler Ebene ist die UN-Kinderrechtskonvention völkerrechtlich bindend. Im General Comment No. 26 formuliert der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes eine rechtliche Einschätzung und Handlungsanweisungen für Staaten im Kontext ökologischer Kinderrechte. Auf EU-Ebene ist die Europäische Charta der Rechte des Kindes in Artikel 24 („Rechte des Kindes“) ein wichtiger Bezug. Hier wird zwar nicht das Recht auf eine intakte Umwelt direkt aufgegriffen, wohl aber die Gewährleistung des Kindeswohls. Auf nationaler Ebene verpflichtet insbesondere Artikel 20a des Grundgesetzes den Staat zum Schutz der „natürlichen Lebensgrundlagen“ in „Verantwortung für die künftigen Generationen“. So betonte das „Klima-Urteil“ des Bundesverfassungsgerichts von 2021 die Wichtigkeit einer „intertemporalen

Freiheitssicherung“ durch Maßnahmen, die vor einer einseitigen Verlagerung der Lasten auf zukünftige Generationen schützen sollen. Zudem formuliert auch §1 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, dass die Jugendhilfe dazu beitragen solle, „eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen“.

Impulsvortrag: Der General Comment No. 26 in der politischen Praxis

Nina Eschke (wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Menschenrechtspolitik International) und Sophie Funke (wissenschaftliche Mitarbeiterin der Monitoring-Stelle UN-KRK) vom Deutschen Institut für Menschenrechte stellten vor, wie mit Berufung auf die UN-Kinderrechtskonvention aus der Perspektive der Kinder und Familien für mehr Klimaschutz argumentiert und auf die Verpflichtung der Staaten verwiesen werden könne.

Das Übereinkommen über die Rechte der Kinder, umgangssprachlich auch UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK) genannt, sei 1990 völkerrechtlich in Kraft getreten und besage, dass Kinder auf gleicher Ebene wie Erwachsene wahrgenommen werden müssen. Der Staat sei dazu verpflichtet, Kinder nicht an der Ausübung ihrer Rechte zu hindern (Achtungspflicht), Kinder vor Übergriffen und Ausbeutung durch Dritte zu schützen (Schutzpflicht) und die Umsetzung der Kinderrechte z. B. durch Infrastrukturmaßnahmen, soziale Leistungen oder Rechtsbehelfe zu gewährleisten (Gewährleistungspflicht). Der Staat stehe außerdem in der Pflicht, die Einhaltung der Rechte zu prüfen, unterstützt durch ein unabhängiges Monitoring durch Zivilgesellschaft und Wissenschaft. Darauf basierend formuliere der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes Allgemeine Bemerkungen (General Comments). Auch wenn es sich dabei nur um Empfehlungen handele, betonte Sophie Funke, seien diese von hoher politischer Relevanz.

Ein Recht auf eine saubere Umwelt

Der General Comment No. 26 sei im August 2023 durch den UN-Ausschuss veröffentlicht worden und schreibe fest: jedes Kind hat ein Recht auf eine saubere Umwelt. Entsprechend würden darin umwelt- und klimapolitische Maßnahmen empfohlen. An der Entstehung des General Comment No. 26 seien 16.000 Kinder und Jugendliche aus 121 Staaten beteiligt gewesen. Sophie Funke wies darauf hin, dass der UN-Ausschuss sich nach weltweiten Protesten von Kindern und Jugendlichen des Themas angenommen habe. Dies zeige einmal mehr, wie wichtig es sei, Kinder als Akteur*innen anzuerkennen.

General Comment No. 26 betont das Recht jedes Kindes auf eine gesunde Umwelt. Als allgemeiner Hinweis zur UN-KRK ist er nicht völkerrechtlich bindend, jedoch eine richtungsweisende Interpretationshilfe.

Der General Comment No. 26 sei entlang der Grundprinzipien der UN-Kinderrechtskonvention aufgebaut und führe jeweils aus, was diese in Bezug auf das Recht auf saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt bedeuteten. Zum Beispiel müsse Kindern der Zugang zu leicht verständlichen, wahrheitsgetreuen Informationen über Umwelt und Klima gewährleistet werden, ebenso wie der Zugang zu Justiz und Beschwerdeverfahren. Sophie Funke betonte, dass in zahlreichen Staaten noch ein innerstaatlicher Rechtsweg fehle, auch in Deutschland. Hier seien Kinder nach wie vor auf die Unterstützung Erwachsener angewiesen. Jedoch sei ein Individualbeschwerdeverfahren vor dem UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes möglich, wenn Kinder und Jugendliche ihre in der UN-KRK oder in den beiden Fakultativprotokollen festgehaltenen Rechte verletzt sehen.

Die Umsetzung ökologischer Kinderrechte in Deutschland bleibt oft unzureichend. Es fehlt ein eigener Rechtsweg für Kinder.

Klimaschutz und Kinderschutz zusammendenken

Nina Eschke lenkte die Aufmerksamkeit auf (zum Veranstaltungszeitpunkt, Anm. d. Redaktion) aktuelle politische Prozesse. Unter anderem gelte es bei der derzeitigen Diskussion der Maßnahmen im Rahmen des Bundes-Klimaanpassungsgesetzes (KANg) genau hinzusehen, inwieweit die Maßnahmen die Kinderrechte gemäß der UN-KRK achten, schützen und gewährleisten. Es sei wichtig mitzudenken, inwiefern Klimaschutzmaßnahmen auch negative Auswirkungen auf Kinder und deren Rechte haben könnten. Dazu planten die Bundesministerien für Wirtschaft und Klimaschutz sowie für Arbeit und Soziales der (zum Veranstaltungszeitpunkt amtierenden, Anm. d. Redaktion) Bundesregierung den Aufbau eines „Sozialmonitorings Klimaschutz“. Dieses solle die sozialen Verteilungswirkungen von Klimaschutzmaßnahmen bereits im Vorfeld analysieren und Maßnahmen möglichst sozial und gerecht entwickeln. Nina Eschke verwies darauf, dass dies interessante Möglichkeiten für Verbände biete, sich aktiv in den Prozess einzubringen. Im Zuge einer sozialen Klimaanpassung solle insbesondere dem Schutz von Rechten von Kindern und Menschen mit Behinderungen mehr Aufmerksamkeit zukommen. Sie betonte, dass die sich aktuell im Entstehen befindliche „Vorsorgende Klimaanpassungsstrategie“ auf Bundesebene bei Festlegung von messbaren Zielen und Indikatoren und der Auswahl von Maßnahmen eine öffentliche Beteiligung vorsehe. Die Etablierung einer „Vorsorgenden Klimaanpassungsstrategie Länder und Kommunen“ sei bis Januar 2027 vorgesehen. Auch hier eröffne sich für Verbände die Möglichkeit zur Beteiligung.

Es ist notwendig, eventuelle negative Auswirkungen von Klimaschutzmaßnahmen auf Kinder und deren Rechte zu bedenken, z. B. durch Prüfung im Rahmen eines Sozialmonitorings Klimaschutz.



Impulsvortrag: Klimaklagen – Einklagbarkeit von Klimaschutz und Wirksamkeit

Dr. Manuela Niehaus, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Öffentliches Wirtschaftsrecht und Klimaschutzrecht der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, stellte vor, was unter Klimaklagen national und international sowie auf völkerrechtlicher Ebene zu verstehen ist, machte auf die vielen „juristischen Fallstricke“ aufmerksam und zeigte auf, welche Ansatzpunkte besonders relevant für familienpolitische Belange sein könnten.

Unter dem Begriff „Klimaklagen“ verberge sich eine Vielzahl an Formen des Klagerechts, die alle zur sogenannten strategischen Prozessführung gezählt würden. Klimaklagen, so Manuela Niehaus, vereine die Grundidee, die politische Ebene gefährde durch das Nichtstun die Zukunft und das Leben bzw. die Lebensqualität der Kläger*innen. Klimaklagen argumentierten vorrangig mit wissenschaftlichen Erkenntnissen (insbesondere den Berichten des IPCC) und seien häufig geprägt von einer Zusammenarbeit dreier Akteursgruppen: NGOs, die die Klagen anstießen und unterstützen, oft jugendliche oder junge Kläger*innen und hochspezialisierte Anwält*innen. Gerichte würden hier nicht nur zu Orten der Rechtsprechung, sondern zu Foren des Protests und zur Möglichkeit, vulnerable und im öffentlichen Diskurs weniger sichtbare Gruppen – etwa junge Menschen oder Menschen im globalen Süden – in die Öffentlichkeit zu bringen. Eine erfolgreiche Klage fungiere dabei immer als Anstoß für weitere Klagen.

Klimaklagen: Rechtliche Grundlagen und Voraussetzungen

Umweltklagen zielten, so Manuela Niehaus, auf einen sozialen und/oder rechtlichen Wandel ab. Sie verfolgten in den konkreten Fällen verschiedene Ziele, richteten sich gegen verschiedene Akteure. Dementsprechend seien sie verschiedenen Rechtsbereichen und Zuständigkeiten zugeordnet. Um mit Klimaklagen erfolgreich zu sein, sei es daher zentral, die formalen Voraussetzungen zu kennen. Nur so könne vermieden werden, dass Klimaklagen allein aufgrund formaler „Nichtzuständigkeit“ bereits im Vorfeld abgelehnt würden. Entscheidend für die Zuständigkeit der Gerichte sei, gegen wen geklagt werde und was erreicht werden solle: Klimaklagen, die sich gegen den Staat richteten, beträfen das öffentliche Recht. Dies liege in der Zuständigkeit der Verwaltungs-, Verfassungs- und internationalen Gerichte. Geklagt werden könne hier gegen einen Verwaltungsakt, ein Gesetz oder ein gesetzgeberisches bzw. politisches Unterlassen (zum Beispiel die fehlende Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen). Klimaklagen gegen den Staat könnten somit neben den Verwaltungsgerichten auch vor dem Bundesverfassungsgericht, dem Gericht der Europäischen Union, dem Europäischen Gerichtshof sowie vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verhandelt werden. Für Klagen gegen Unternehmen oder Einzelpersonen gelte das Zivilrecht. Zuständig dafür seien die Nationalen Zivilgerichte (Amtsgerichte, Landgerichte, Oberlandesgerichte sowie der Bundesgerichtshof). Zivilrechtliche Klagen gegen Unternehmen oder Einzelpersonen könnten auf Unterlassung sowie auf Entschädigung und/oder Schadensersatz ausgerichtet sein. Unter das Strafrecht fielen Klagen, die die Legitimität von Protestformen erstreiten – beispielsweise im

Kontext von Sitzblockaden sogenannter „Klimakleber*innen“. Diese würden überwiegend von NGOs genutzt und zielten auf öffentliche und politische Aufmerksamkeit.

Die meisten Klimaklagen, so Manuela Niehaus, stützten sich nicht auf das Recht auf gesunde Umwelt, da dies bislang nicht rechtsverbindlich anerkannt sei. Vielmehr würden klassische Menschenrechte „eingegrünt“. Mit dem sogenannten „greening“ würden Rechte, die per se keinen Umweltbezug haben, im Kontext von Umweltzerstörung und Klimawandel interpretiert. So werde zum Beispiel aus dem Recht auf Familien- und Privatleben ein Recht auf eine intakte Umwelt abgeleitet, da es nur in dieser möglich sei, ein gutes Familienleben in Würde zu führen. Nur Klagen mit anthropozentrischer Perspektive seien erfolgsversprechend – das heißt die Natur selbst gelte nur insofern als schützenswert, als sie wichtig für den Menschen sei. Manuela Niehaus stellte eine Auswahl erfolgreicher Klimaklagen auf nationaler und internationaler Ebene vor, wie zum Beispiel die Klage der Klimasenior*innen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte im Jahr 2024. Diese habe Erfolg gehabt, da sie die Schutzpflicht des Staates – in dem Fall der Schweiz – und damit dessen Kernaufgabe adressierte. Dem Staat blieben jedoch Ermessensspielräume, wie der Schutz gewährleistet werden könne. Es sei demnach kaum möglich, gegen eine konkrete klimaschädliche Maßnahme (zum Beispiel Autobahnbau) zu klagen oder eine konkrete klimaschützende Maßnahme einzuklagen.

Strategische Klimaklagen (z. B. mit NGOs) können familienrelevante Umweltrechte einklagen, müssen aber juristische Hürden wie Selbstbetroffenheit überwinden.

Wer kann klagen?

Anhand weiterer Beispiele erläuterte Manuela Niehaus die Problematik der Klagebefugnis. In Deutschland und in der EU seien sogenannte Popularklagen nicht zulässig, die Selbstbetroffenheit der Kläger*innen müsse gegeben sein. Viele Klagen würden an diesem Punkt scheitern, denn Kläger*innen müssten darlegen, inwiefern sie persönlich in ihren Rechten verletzt seien. Bei einer globalen Konstellation wie der Klimakrise, die letztendlich alle betreffe, sei dies besonders schwierig. Dass sich hier etwas bewegen müsse und aktuell auch bewege, zeige das Beispiel von „Carvalho gegen die EU“ im Jahr 2021. Die Klage sei aus dem Grund der nicht ausreichend dargelegten Betroffenheit als unzulässig abgewehrt worden. Im Nachspiel der Klage sei die Aarhus-Konvention geändert worden, so dass neue Klagemöglichkeiten für Verbände eröffnet worden seien. Die Verbände müssten dabei nicht nachweisen, dass ihre Mitglieder persönlich mehr als andere betroffen sind, sondern nur, dass die Menschenrechte ihrer Mitglieder verletzt werden und dass sie als

Organisationen qualifiziert sind, die Betroffenen zu repräsentieren. Vielleicht, so Manuela Niehaus abschließend, folge der Änderung der Aarhus-Konvention nun bald ein Schwung neuer Klimaklagen vor den EU-Gerichten.

Diskussion: Klimarechte für Familien

Die Voraussetzungen für Verbandsklagen waren Gegenstand der anschließenden Diskussion. Manuela Niehaus erklärte, dass es ein Umweltrechtsbehelfsgesetz gebe, in dessen Kontext Umweltrechtsverbände vor einem Verwaltungsgericht klagen könnten, wenn es eine entsprechende Umweltrechtslage gebe. Die neue Klagemöglichkeit vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte bezöge sich jedoch nicht explizit auf Umweltverbände, sondern allgemein auf Verbände, die sich entschließen, Klimaschutzrechte bzw. Menschenrechte im Hinblick auf Umwelt und Klima geltend zu machen – dies sei für familienpolitische Akteure also durchaus relevant. Inwiefern sich dieses neue Urteil auf die nationale Klimapolitik auswirke, werde sich noch zeigen.

Nachgefragt wurde auch zur Dauer von Klageprozessen. Für diese sei entscheidend, so Manuela Niehaus, mit welcher Priorität die Klage behandelt und ob eine weitere Verfassungsbeschwerde angestrebt werde. Drei oder mehr Jahre seien durchaus möglich. Die Diskussionsrunde interessierte sich für sinnvolle Schritte eines strategischen Vorgehens. Als Bündnis zusammen eine Klage anzustreben sei vielversprechender als ein individuelles Vorgehen, es müsse jedoch berücksichtigt werden, ob die Klage im Hinblick der genannten Klägereigenschaften zulässig sei. Daher würden sich juristisch versierte NGOs oft erst im zweiten Schritt geeignete Kläger*innen suchen, die auf die angestrebten strategischen Prozesse passten.

Kritisch hinterfragt wurde, warum das Recht auf eine gesunde Umwelt noch kein Rechtsstand in Deutschland sei. Zwar stehe dies auch im Koalitionsvertrag der Ampelkoalition, aber es zeichne sich bisher keine Veränderung ab. Hier könne eine Veränderung über Gerichte geschaffen werden. Es müsse auch verfolgt werden, was diesbezüglich auf europäischer Ebene entschieden werde, hier gebe es derzeit im Europäischen Gerichtshof (EUGH) interessante Entwicklungen. Diskutiert wurde in diesem Zuge auch das Konzept des „ökologischen Existenzminimums“, das von mehreren Akteuren im rechtspolitischen Rahmen des Art. 20a des Grundgesetzes eingefordert wird. Auf die Frage, weshalb die Forderung noch nicht viel Gehör fände, vermutete Manuela Niehaus, dass die Zustände wohl noch nicht apokalyptisch genug seien.

Auswirkungen des Klimawandels auf die psychische Gesundheit im Familienalltag

IMPULSWORKSHOP | 06. SEPTEMBER 2024

Der Klimawandel ist nicht nur eine politische, technische und wirtschaftliche Herausforderung, sondern greift auch in den Gefühlshaushalt ein: die klimatischen Veränderungen und ihre Folgen nehmen auf vielen Ebenen erheblichen Einfluss auf die psychische Gesundheit – und damit auch auf das Miteinander im Familienalltag. Welche Folgen ergeben sich daraus und wie soll zukünftig auf diese Belastungen familien- wie gesundheitspolitisch reagiert werden?

Impulsvortrag: Psychische Gesundheitsauswirkungen des Klimawandels

Katharina van Bronswijk, Sprecherin der Psychologists and Psychotherapists for Future, eröffnete ihren Vortrag mit einem Blick auf die sich verändernden Lebensbedingungen. So seien die planetaren Belastbarkeitsgrenzen (das heißt die Grenzen, innerhalb derer sich die Erde selbst regenerieren kann) bereits in sechs von neun Bereichen deutlich überschritten. Wassermangel und Hitzewellen würden das Leben in Zukunft bestimmen. Durch den hohen Eintrag von Phosphat und Nitrat seien die biochemischen Kreisläufe aus der Balance gekommen. Neuartige Substanzen (Mikroplastik, Atommüll, Pestizide) seien in unsere Umwelt gelangt. Artensterben und die Abholzung von Wäldern führten zur Veränderung unserer Wassersysteme. Diese und weitere Entwicklungen hätten bereits heute gravierende Folgen für das Leben und das Zusammenleben.

Verschiedene Klimawandelfolgen können, so Katharina van Bronswijk, Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit haben: unter anderem führten anhaltende Hitzeperioden zu einem gesteigerten Risiko für Herz-Kreislauferkrankungen und aufgrund von Luftverschmutzung und Erderwärmung käme es vermehrt zu Asthma und Allergien. Epidemiologische Studien zeigten, dass Schwermetalle und Feinstaub

Auswirkungen auf die Gehirnentwicklung von ungeborenen Kindern nehmen. Tropenkrankheiten wie Malaria würden sich zukünftig auch in Europa ausbreiten. Zudem sei damit zu rechnen, dass Extremwetterereignisse Ernteauffälle nach sich zögen und es daher zu einer schlechteren Nahrungsmittelversorgung kommen würde; Verteilungsproblematiken und vermehrte Migrationsbewegungen seien die Folge, was zu Konflikten und Kriegen führen könne.

Naturkatastrophen und Wetterextreme

Als eine der gravierendsten Auswirkungen auf die psychische Gesundheit nannte Katharina van Bronswijk Angst- und Traumafolgestörungen. Durch die Zunahme von Extremwetterereignissen werde dies zukünftig mehr Menschen betreffen: bei 10 bis 15 %

der Menschen führte das Erleben einer Naturkatastrophe zu einer Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS). Die Art der Traumatisierung sowie die psychosoziale Versorgung nach den Ereignissen seien dabei wichtige Einflussfaktoren. Bei Nichtbehandlung drohe eine Chronifizierung der Symptome. So könnten bei fehlender Infrastruktur und Unterstützung affektive Störungen wie Depressionen, Angststörungen oder Suchterkrankungen entstehen. Dies sei laut Studien bei bis zu 49 % der Betroffenen von Naturkatastrophen der Fall. Somatisierungsstörungen (körperliche Symptome durch psychische Störungen) seien insbesondere bei Kindern zu beobachten.

Katharina van Bronswijk plädierte angesichts dieser Entwicklungen für eine flächendeckende und professionelle Notfallversorgung. In Deutschland bestehe die psychosoziale Notfallversorgung (PSNV) derzeit fast ausschließlich aus ehrenamtlichen Helfer*innen – dies sei perspektivisch nicht weiter tragbar. Der Anstieg an Menschen mit einer PTBS werde in Zukunft zu einer Herausforderung für die Gesundheitssysteme, denn bereits jetzt betrage die Wartezeit für einen Therapieplatz in Deutschland ca. fünf bis sechs Wochen. Durch die Zunahme von Naturkatastrophen sei auch in Deutschland mit einem höheren Bedarf an Psychotherapieplätzen zu rechnen.

Klimawandelfolgen haben Auswirkungen auf die psychische Gesundheit, z. B. durch Hitzeperioden und Naturkatastrophen. Besonders gefährdet sind ältere Menschen, Personen mit Vorerkrankungen sowie Kleinkinder.

Hitze

Hitzeepisoden treten immer häufiger auf und werden künftig an Intensität noch zunehmen – mit zahlreichen Konsequenzen: Katharina van Bronswijk verwies auf Studien, die die Abnahme von Arbeitsproduktivität und Konzentration bei Hitze aufzeigten. Nicht zu unterschätzen sei, dass sich unter Hitzeeinwirkungen das Sozialverhalten ändere. Bei Hitze reagierten Menschen aggressiver; dies könnte insbesondere in Hochkonfliktfamilien eine Rolle spielen. Auch müsse zukünftig von großen Gruppen vulnerabler Personen ausgegangen werden: Bis zu zwei Drittel aller Menschen würden zukünftig zu den durch Hitze gefährdeten Personen zählen. Neben älteren Menschen und kleinen Kindern beinhalte das auch Menschen, die durch körperliche Arbeit, Arbeit unter freiem Himmel oder Obdachlosigkeit besonders exponiert seien. Menschen mit chronischen Erkrankungen seien ebenfalls gefährdet. Hitze, so van Bronswijk, gelte zudem als verstärkender Faktor von Demenz, bipolarer Störung oder Schizophrenie. Auch sei eine erhöhte Zahl an Suiziden und Gewaltverbrechen im Zusammenhang mit Hitzewellen festzustellen.

Es sei notwendig, öffentliche Hitzeschutzzräume auszubauen und zugänglich zu machen. Auch für den privaten Bereich brauche es Empfehlungen für Hitzeschutzmaßnahmen. Besonders wichtig sei, ein Verständnis in der Bevölkerung zu fördern, wie vielseitig die Wirkung langanhaltender hoher Temperaturen auf unseren Organismus und unsere Psyche ist.

Individuelle Gesundheit und „Community Health“

Katharina van Bronswijk zeigte den Zusammenhang von individueller Gesundheit und „Community Health“ also der Gesundheit der Gemeinschaft auf. Im Zentrum stehe das individuelle Wohlbefinden. Eine Verschlechterung individuell erlebter Lebensqualität wirke als Stressor. Stress könne in einem resilienten System und durch Ressourcen abgepuffert werden. Wird das menschliche System jedoch immer wieder gestresst und verfügt nicht über ausreichend Ressourcen, steige die Anfälligkeit für psychische Erkrankungen. Das bedeute, dass Menschen mit Dispositionen für Krankheiten unter guten Lebensbedingungen ohne Erkrankung leben können. Stress – etwa stark veränderte Lebensbedingungen nach Naturkatastrophen, Hunger, gesundheitliche Probleme von Angehörigen – mache den Ausbruch eben dieser Krankheit wahrscheinlicher. Ein Beispiel: für einen Menschen mit depressiver Veranlagung wird mit Verschlechterung der Lebensumstände (=Stress) die Wahrscheinlichkeit höher, an einer Depression zu erkranken. Dieser Zusammenhang könne auch in der Zusammenarbeit mit Menschen mit Migrationsgeschichte relevant werden. Hier sei eine Sensibilisierung für die Problemlagen notwendig.

Nicht nur die Resilienz des Individuums, sondern des ganzen familiären Systems müsse in den Blick genommen werden. Systemische Belastungen könnten aus sozialpsychologischer Sicht zu einer Abnahme von sozialer Kohärenz und Stabilität führen. Eine Folge davon könne gesellschaftliche Entsolidarisierung und sogar vermehrte Gewaltbereitschaft sein. Dazu verwies van Bronswijk auf Studien, die den Zusammenhang von Sparpolitik im sozialen Bereich und demokratiegefährdenden Wahlergebnissen darlegen.²

Climate Distress

Der Klimawandel und seine Folgen seien Auslöser von Unsicherheit und Angst, so Katharina van Bronswijk. Es gehe um die Bedrohung unserer körperlichen Unversehrtheit. Der Begriff „Climate Distress“ bezeichne emotionale Auswirkungen des Klimawandels: Angst („Climate Anxiety“), Wut („Eco Anger“) und Trauer („Climate Grief“/„Solastalgia“). Angst und Wut seien im Diskurs relativ präsent, Trauerprozesse verliefen hingegen leise und hintergründig. Gerade das mache die Trauer zu einer Belastung, auch weil sie besonders intim sei und selten kollektiv ausgelebt werde. Der Begriff „Solastalgia“ (Trostschmerz) bezeichne das Erleben ehemaliger Wohlfühl-Orte als verschwundene oder negativ veränderte Orte: wie zum Beispiel der gefällte Baum der Kindheit, die abgestorbenen Wälder im Harz, das leere Dorf an der Abbruchkante des Kohlereviere. Der Klimawandel führe bei vielen Menschen zu einem Gefühl von Kontrollverlust.

In der Diagnose von psychischen Erkrankungen seien diese spezifischen Phänomene nicht aufgenommen worden. Denn in der Diagnostik seien Gefühle keine emotionalen Störungen, sondern Bedürfnisanzeiger. Wenn sie erfüllt seien, gehe es uns gut. Sinnvoll

sei daher, so Katharina von Bronswijk, diese Bedürfnisse als solche zu erkennen und zu erfüllen. Dies bedeute vor allem: (gemeinsam) aktiv zu werden.

Verarbeitungsstrategien im Klimawandel

Die Klimakrise bedrohe uns und unser Zusammenleben auf existenzielle Weise. Damit umzugehen sei nicht leicht. Katharina van Bronswijk ging auf verschiedene Coping-Strategien ein. Eine schlechte Anpassung (das heißt ein maladaptiver Umgang mit klimawandelbedingten Emotionen) sei das Vermeiden von Nachrichten („News Fatigue“). Laut Umfragen würden etwa zwei Drittel der Deutschen diesen Weg wählen. Ein gegenteiliger Umgang sei der ausdauernde Konsum von Nachrichten („Doomscrolling“): das Erhalten von möglichst vielen Informationen suggeriere einen Ausweg aus dem erlebten Kontrollverlust. Sowohl der verringerte als auch der exzessive Nachrichtenkonsum sei laut Studien mit einer wachsenden, indifferenten Wut auf Mitmenschen verbunden und daher auf Dauer nicht hilfreich.

Verarbeitungsstrategien zu entwickeln sei eine wesentliche Aufgabe für Individuen und Institutionen. Katharina van Bronswijk stellte in dem Zusammenhang das Phasenmodell von Elisabeth Kübler-Ross vor, welches die verschiedenen Stadien im Trauerprozess formuliert: Leugnung, Wut, Aushandlung, Depression und Akzeptanz. Diese Phasen der Verarbeitung einer existenziellen Transformation seien auch für den Umgang mit der Klimakrise erkennbar. In der Phase der Leugnung seien indes immer weniger Menschen, laut einer Studie seien etwa 6 % der deutschen Bevölkerung als Klimawandelleugner*innen einzustufen.

Verarbeitungsstrategien und Resilienz sind entscheidend im Umgang mit der Klimakrise. Dafür braucht es fundierte Aufklärung und verständliche Informationen, sowie die Förderung von Handlungsfähigkeit und Selbstwirksamkeit – auch im schulischen Kontext.

Resilienz stärken

Um die psychische Widerstandsfähigkeit in Krisenzeiten zu fördern, brauche es, so Katharina van Bronswijk, drei Punkte: 1. Aufklärung und Information – um zu verstehen, was los ist; 2. Handhabbarkeit – um zu wissen, an welcher Stelle zu Lösungen beigetragen werden kann und 3. das Erleben von Sinnhaftigkeit – um zu fühlen, dass das eigene Handeln Bedeutung habe.

Kindern und Jugendlichen müsse sowohl in der Schule als auch in der Familie Raum für ihre Fragen und Gefühle gegeben werden. Wenn sie Fragen zum Klimawandel und den Folgen haben, sei es wichtig, altersgemäße, ehrliche Antworten zu bieten und gemeinsame Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Diskussion: Der Klimawandel und psychische Gesundheit in Familien

Die Runde diskutierte, welche Herausforderungen sich aus den psychosozialen Folgen der Klimakrise für den familienpolitischen Bereich ergeben. Ein Ziel müsse sein, Ressourcen aufzubringen, um pädagogische und therapeutische Angebote in entsprechenden Einrichtungen und ein Netz psychosozialer Versorgung auszubauen. Diskutiert wurde in diesem Zusammenhang auch ein Sonderzulassungsverfahren von Therapeut*innen. Es müssten Wege der Flexibilisierung des Systems gefunden werden, um auf neue Versorgungslagen im Bereich der psychischen Gesundheit reagieren zu können. Viel stärker müsse die wissenschaftlich belegte Tatsache, dass Sparpolitik zu „extremen“, das heißt demokratiegefährdenden Wahlergebnissen führe, an die Politik herangetragen werden. Besprochen wurde die enge Verbindung von Ausgaben im sozialpolitischen Bereich, Demokratiestärkung beziehungsweise -verteidigung und Klimapolitik. Gerade auf der kommunalen Ebene, die sich sehr auf das Ehrenamt stütze und sowohl durch eine angespannte Haushaltslage als auch durch die gesellschaftliche Stimmung unter Druck gerate, sei es zunehmend schwierig, sich für familienfreundlichen Klimaschutz einzusetzen. Als Reaktion auf die angesprochene Notwendigkeit gemeinsamen Handelns, die eine zentrale Komponente für die psychische Gesundheit sei, wurden Familien in ihrer möglichen Rolle als „Change Agents“ angesprochen. Das Aufzeigen von Handlungsmöglichkeiten für die ganze Familie sei hier elementar – etwa eine Kinder-Fahrraddemo („Kidical Mass“), die auf die Notwendigkeit der Mobilitätswende hinweist und die ganze Familie anspricht. Hier müsse klassismussensibel vorgegangen werden. Klimafreundliches Verhalten müsse allen Familien offenstehen. Es sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, dafür zu sorgen, dass alle Kinder Zugang zu entsprechenden Angeboten haben. Dazu gehörten zum Beispiel gesundes, ökologisches Essen, Reparatur-Treffen und Kleiderkreisel. Die Nutzung dieser Orte und Praktiken sollten nicht zu Stigmatisierung und Segregation, sondern zu einem „Wir-Gefühl“ beitragen. Als mögliche Orte für den Aufbau dieser Angebote wurden Einrichtungen benannt, an denen sich Kinder und Jugendliche bereits aufhalten: Grundschulen, Schulen, soziale Zentren.



² Vgl. Politik & Ökonomie (2024): <https://politischeoekonomie.com/macht-sparen-rechts-und-warum/>, aufgerufen am 03.07.2025.

Die öko-soziale Frage im Familienalltag

NETZWERKTREFFEN | 16. OKTOBER 2024



Welche Familien tragen die Last der Klimakrise und wie können Klimageld und andere politische Instrumente diese Last gerechter verteilen? Inwiefern steckt in der notwendigen Transformation nicht nur eine Mehrbelastung, sondern eine Chance für Familien?

Impulsvortrag: Wie kann eine Integration von Ökologie und Sozialpolitik aussehen? Neue Risiken, Ökosozialversicherung und Politik des Genug

Prof. Dr. Frank Nullmeier (Deutsches Institut für Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung, Universität Bremen) betonte zu Beginn, dass in der aktuellen Politik bisher noch keine wirkliche Integration von Klima- und sozialpolitischen Maßnahmen bestehe. Zum Beispiel lasse die CO₂-Bepreisung keinen unmittelbaren Zusammenhang der politischen Maßnahmen in den Bereichen Klima- und Sozialpolitik erkennen und es fehle ein sinnvoller und umsetzbarer Auszahlungsmechanismus. Daher werde die politische Wirksamkeit eines Klimageldes sowie dessen Sinnhaftigkeit selbst von Unterstützer*innen mehr und mehr hinterfragt. Auch würden zukünftige höhere Gesundheitsrisiken, verursacht durch Hitze, Kälte oder veränderte Wetterlagen und

Lebensbedingungen, die Krankenversicherungen stärker belasten. Auch weitere Sicherungssysteme, wie die Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung, seien von der Klimakrise betroffen. Er erläuterte, dass der Klimawandel neue Risiken mit sich bringe, die sowohl ökologische als auch sozialpolitische Folgen hätten und eine Reaktionsfähigkeit des gesellschaftlichen Systems erforderten. Teilweise führten auch die klimapolitischen Maßnahmen selbst zu weiteren sozialen Ungleichheiten. Eine integrierte Politik müsse diese Risiken ganzheitlich betrachten. Dafür brauche es eine systematische Bearbeitung im Rahmen einer gesamtgesellschaftlichen Lösung, die die Kosten eines Schadenseintritts beziehungsweise des Ausgleichs von Präventionsmaßnahmen, finanzielle Mehrbelastungen und Umverteilungen absichere.

Die Integration von Klima- und Sozialpolitik sollte gestärkt werden. Eine CO₂-Bepreisung ohne sozialen Ausgleich verstärkt hingegen die Ungleichheit.

Die Ökosozialversicherung als Konzept

Das Konzept der Ökosozialversicherung stelle eine Integration sozial- und klimapolitischer Maßnahmen dar. Ziel sei es, mit ihr das Risiko zu versichern, durch Klimaschutzmaßnahmen beziehungsweise Klimawandelfolgen in der eigenen Einkommens- und Vermögenssituation stark beeinträchtigt zu werden. Dazu zählten zum Beispiel Belastungen durch die Notwendigkeit von Aufwendungen für Klimaschutz im Haushalt, wie durch die Umrüstung der Wärmeversorgung. Das

Konzept der Ökosozialversicherung sehe sowohl präventive Leistungen (zum Beispiel Beratungsdienstleistungen zur Verbesserung der CO₂-Bilanz von Haushalten) als auch kompensatorische Leistungen (zum Beispiel Investitionszuschüsse) vor. Sie könne auch eine Elementarschadensversicherung für Hausbesitzer*innen umfassen, da Lösungen auf der Ebene der Privatversicherungen gescheitert seien. Die Integration von Sozialversicherungen in die Klimasozialpolitik biete einige Vorteile, wie zum Beispiel die klare Definition von Risiken und solidarische Leistungen.

Eine Ökosozialversicherung ist ein mögliches Konzept, um klimabedingte Risiken und Kosten – wie Klimafolgen oder energetische Sanierungen – solidarisch abzusichern.

Die Finanzierung einer solchen Ökosozialversicherung, so Nullmeier, könne zum einen über Einnahmen aus dem CO₂-Emissionshandel und zum anderen, analog zur Sozialversicherung, über Beiträge erfolgen. Diese würden jeweils hälftig von Beschäftigten und Selbständigen mit einem Erwerbseinkommen oberhalb einer Bemessungsgrenze sowie von Arbeitgeber*innen geleistet, außerdem auch von Wohnungseigentümer*innen. Eine Pflichtmitgliedschaft verhindere Free-Rider-Möglichkeiten. Würde die Organisation über eine öffentlich-rechtliche Körperschaft organisiert, könnten die klimasozialen Transfers (-leistungen) und Kompensationen von der direkten Staatsverwaltung abgekoppelt werden. Eine eigenständige Sozialversicherung biete andere Möglichkeiten als einzelne klimapolitische Maßnahmen und deren sozialpolitische Abfederung über den Bundesetat.

Politik des Genug

Frank Nullmeier brachte das Konzept der „Politik des Genug“ ein. Langfristig müsse das Ziel sein, die Lebensweise in dieser Gesellschaft zu ändern. Das Freiheitsverständnis in einer sozial-ökologischen Transformation könne daher kein individualistisches sein. Vielmehr sei Freiheit eine soziale Freiheit, eine wechselseitige und gegenseitige Freiheit. Nullmeier betonte, wenn jeder grundlegendere Eingriff in die heute vorherrschenden Lebensweisen als Verzicht und Freiheitsverlust stigmatisiert werden könne, sei ein Erreichen der Klimaziele ausgeschlossen. Infrastrukturpolitik und regulatorische Rahmensetzungen müssten hingegen darauf hinwirken, das bisherige Gegeneinander von Wissenschaftsapellen und dem Beharren auf den eigenen Präferenzen als absolut unantastbaren Elementen der eigenen Persönlichkeit aufzulösen. Darüber hinaus müsse die Politik wegkommen von der Betonung individuellen Verhaltens („Ökoidealfamilie“) und stattdessen hin zu neuen Infrastrukturen und klaren Regulationen.

In diesem Zusammenhang betonte er, dass ein gesellschaftlicher Diskurs über das „Genug“ notwendig sei. Dies beinhalte eine Vermeidung des Zuwenig, die Verringerung des Zuviel und eine Orientierung auf

ein Genug für alle. Er kritisierte, dass derzeit das Grundgesetz durch ein radikalindividualistisches Freiheitsverständnis interpretiert werde. Stattdessen forderte er eine „Politik des Genug“, die eine Orientierung an dem sozial Angemessenen und einem nachhaltigen Lebensstil beinhalte, der durch eine entsprechende öffentliche Infrastruktur ermöglicht werden müsse. Als letztes Mittel müsse diese „Politik des Genug“ auch durch Gesetze und Verbote umgesetzt werden. Es gelte also, die Lebensweise dem Klimaschutz und Klimawandel anzupassen und dabei gleichzeitig die Pluralität von Lebensweisen zu erhalten.

Eine „Politik des Genug“ kann einen gesellschaftlichen Wandel durch ein kollektives Freiheitsverständnis anstoßen, mit klarer Regulierung und einer stärkeren Infrastruktur, anstatt den Fokus ausschließlich auf individuelles Verhalten zu legen.

Impulsvortrag: Sozialer Ausgleich im Klimaschutz: Wie gelingt die Einführung eines Klimageldes in Zeiten knapper Haushalte?

Dr. Stefan Bach vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) stellte die neuesten Forschungsergebnisse zur Klimaprämie vor, die das DIW am selben Tag in seinem Wochenbericht³ veröffentlicht hatte. Ausgangspunkt der Untersuchung sei die begründete Prognose, dass sich durch den Übergang vom nationalen zum europäischen Emissionshandel ab 2027 die Preise für Kohlendioxid deutlich erhöhen werden. Diese Entwicklung träfe insbesondere einkommensschwächere Haushalte, die im Durchschnitt einen höheren Anteil ihres Nettoeinkommens für Energie und Mobilität ausgeben als Besser- und Hochverdienende. Das läge auch daran, dass ärmere Haushalte oft nicht den Spielraum hätten, ihren Energieverbrauch zu reduzieren. Zum Beispiel könne eine Familie in einer schlecht gedämmten Mietwohnung weniger einsparen als in einem neu gebauten Niedrigenergiehaus. So würde die CO₂-Bepreisung ohne eine finanzielle Entlastung die ohnehin schon bestehende ungleiche Einkommensverteilung in Deutschland noch befördern. Stefan Bach stellte davon ausgehend die Frage, wie diese erwartbaren Mehrbelastungen durch die Einführung eines Klimageldes etwas abgeschwächt werden könnten und welche politischen und ökonomischen Weichen dafür gestellt werden müssten. Die vorgestellte Studie berechne Möglichkeiten, wie die Klimaprämie auf verhältnismäßig stärker belastete Haushalte ausgerichtet werden könnte.

Bei der Gestaltung des Klimageldes gehe es oft um die prinzipielle Frage: Gießkanne oder passgenaue Auszahlung? Der Vorschlag des DIW, so Bach, versuche beides: Eine pragmatische und unbürokratische Pro-Kopf-Klimaprämie für alle Einwohnenden, da eine

3 DIW: Wochenbericht 42/2024 (2024): https://www.diw.de/de/diw_01.c.917856.de/publikationen/wochenberichte/2024_42_1/co2-bepreisung_klimapraemie_zuegig_einfuehren_bei_hoeheren_einkommen_abschmelzen.html, aufgerufen am 07.07.2025.

Einkommensdifferenzierung bei der Auszahlung zu aufwändig wäre. Um die erwähnten Ungleichheiten auszugleichen, schlage das DIW eine nachträgliche Belastung der Klimaprämie im Rahmen der Lohn- und Einkommensteuer vor. Die Klimaprämie könne bei mittleren Nettoeinkommen über ein Einkommensintervall von 10.000 Euro im Jahr linear abgeschmolzen werden. So würden die ärmeren Haushalte von der gesamten Prämie von etwa 129,04 € profitieren, während dieser Betrag bei den reichsten 30 Prozent, das heißt den Besser- und Hochverdienenden komplett abgeschmolzen werde. Die dadurch freiwerdenden Mittel könnten für zusätzliche Hilfen und Förderprogramme zur Dekarbonisierung genutzt werden. Eine so gestaltete Klimaprämie könnte nicht nur die Bevölkerung vor einer wachsenden sozialen Ungleichheit bewahren, sondern auch für eine breite gesellschaftliche Akzeptanz für Klimaschutzmaßnahmen sorgen.

DIW schlägt vor: Klimageld als Pro-Kopf-Prämie für alle mit nachträglicher sozialer Staffelfung über die Einkommensteuer als akzeptanzförderndes Umverteilungsinstrument.

Diskussion: Wie hilfreich ist ein Klimageld?

Im Anschluss wurde diskutiert, inwieweit ein Betrag von 129,04 € überhaupt zu einer Entlastung führen könne und ob ein Klimageld mehr politische Signalwirkung hätte als tatsächliche Hilfe sei. Dass ein Klimageld zwar versprochen, aber nicht umgesetzt wurde, gefährde den gesellschaftlichen Rückhalt für Klimaschutzmaßnahmen. Das Prinzip „Förderung vor Forderung“, das davor bewahre, Mehrbelastungen ohne einen Ausgleichsmechanismus einzuführen, sei hier bisher missachtet worden.

Impulsvortrag: Familien und die sozialökologische Transformation. Soziologische Einblicke in Mentalitäten und Einstellungen

Jana Holz (wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena) stellte die Arbeit der flumen-Nachwuchsforschungsgruppe vor, die soziale Positionen, Mentalitäten und politische Konflikte in der sozial-ökologischen Transformation untersuche.⁴ Die qualitative und quantitative soziologische Forschung basiere auf einer repräsentativen Studie mit 4.000 Personen vom Winter 2021/22 (vor dem Überfall Russlands auf die Ukraine) und fragte nach deren Einstellungen zu Themen der sozial-ökologischen Transformation (wie Wachstums-, Staats- und Naturorientierung, sozialer Wandel), ihren Alltagspraktiken (wie politische Aktionen, Mobilität) sowie ihrem sozialen Hintergrund

(Einkommen, Beruf, Geschlecht, Bildung etc.). Die Ergebnisse der Studie zeigten drei Spektren sozial-ökologischer Mentalitäten mit vielfachen Konfliktlinien:

- ein **öko-soziales Spektrum**: zeige Zustimmung für rasche und durchgreifende Transformation, sowie ökologische und wachstumskritische egalitäre Einstellungen und befürworte soziale Ausgleichsmechanismen.
- ein **konservativ-steigerungsorientiertes Spektrum**: tendiere zur Erhaltung des eigenen Wohlstandes und der eigenen Lebensweise.
- ein **defensiv-reaktives Spektrum**: zeige dagegen ablehnende Haltungen und nehme eine Transformation eher als Bedrohung wahr.

Jana Holz skizzierte für das Netzwerktreffen die Ergebnisse im Hinblick auf Familien mit Kindern und Alleinerziehende. Sie erläuterte, es sei nicht explizit nach dem Familienstand gefragt worden. Dieser könne jedoch auf der Grundlage des erfragten Haushaltseinkommens sowie der angegebenen Anzahl der Kinder unter 15 Jahren eingegrenzt werden. Gefragt wurde nach den im Haushalt lebenden Personen und deren Einkommen, um das Äquivalenzeinkommen (Einkommen pro Person im Haushalt) sowie die Erwerbstätigkeit zu ermitteln.

Ergebnisse der Studie im Hinblick auf Familien

Insgesamt seien alle drei Einstellungstypen unter Familien mit Kindern sowie Alleinerziehenden breit gestreut und zeigten wenig Konzentration. Relevante Ergebnisse zeigten sich insbesondere entlang der finanziellen Unterschiede der Gruppen: So waren in Haushalten mit Kindern Mentalitäten des Typs „harmonistischer Konformismus“ überdurchschnittlich häufig. Dieser Typ sei durch eine bejahende Orientierung an gesellschaftlichen Normen und Respektabilitätsvorstellungen gekennzeichnet und gehe mit Wünschen nach Gemeinschaftlichkeit und Konfliktvermeidung einher. Der Typ „ökosoziale Reduktion“ sei in Haushalten mit Kindern hingegen deutlich seltener vertreten als dies im Durchschnitt aller Befragten vorkomme. Bei Alleinerziehenden sei der Typ „ökosoziale Reduktion“ am wenigsten von allen Gruppen vertreten. „Regressive Veränderungsaversion“ seien bei dieser Gruppe jedoch doppelt so häufig wie dies im Durchschnitt vorkomme. Hier gebe es eine Korrelation in der Zustimmung zur sozial-ökologischen Transformation: bei Alleinerziehenden sei eine signifikant geringere Zustimmung zu erkennen.

In der Befragung nach den Einstellungen zum Leistungsdenken, zum Postwachstum sowie zu höheren Preisen für erneuerbare Energien ergaben sich unterschiedliche Ergebnisse für Familien mit Kindern und Alleinerziehende. Die Einstellungen beider Gruppen seien am jeweiligen Wohlstandsniveau orientiert. So wurde die Frage, ob große Einkommensunterschiede angemessen seien, um gute Leistungen zu

belohnen, von beiden Gruppen eher kritisch gesehen. Zu vermuten sei, dass insbesondere Alleinerziehende in einer Leistungsorientierung erneut starke Belastungen sehen. Fragen zum Verzicht reicherer Länder auf Wirtschaftswachstum wurden hingegen von Familien mit Kindern deutlich positiver bewertet als von Alleinerziehenden.

In allen Haushalten mit Kindern werde es anscheinend als besonders schwer empfunden, ein sozial-ökologisch bewusstes Leben zu führen, schlussfolgerte Jana Holz. Alleinerziehende hätten hingegen, oft durch fehlende finanzielle Mittel, den mit Abstand geringsten CO₂-Fußabdruck. Haushalte von Familien mit Kindern hätten hingegen eher einen hohen CO₂-Fußabdruck. Das zur Verfügung stehende Haushaltseinkommen spiele für Entscheidungen und Einstellungen angesichts klimagerechter Anpassungen demnach eine große Rolle. In den Konflikten zur sozial-ökologischen Transformation seien Kinder also nur ein Faktor von vielen. Sozio-ökonomische Zwänge und gesellschaftliche Normen des Konsums seien hingegen relevanter. Soziale und finanzielle Lasten erschwerten somit zusätzlich eine Mehrheitsfähigkeit des Projekts einer sozial-ökologischen Transformation.

Ergebnisse der Mentalitätsforschung legen nahe, dass Einstellungen zur Transformation weniger durch Familienform als durch die sozioökonomische Lage geprägt sind.

Schlussfolgerungen aus der Studie

Die Ergebnisse der flumen-Studie ließen vermuten, dass für eine sozial-ökologische Transformation derzeit schwer demokratische Mehrheiten zu gewinnen seien. Wichtig sei daher, Handlungsvoraussetzungen zu schaffen und gesellschaftliche Bedingungen so zu verändern, dass Nachhaltigkeits- und Gerechtigkeitskriterien, auch durch entsprechende Umverteilung, zum Standard werden. Damit einhergehend sei mit Widerstand gerade aus dem konservativ-steigerungsorientiertem Spektrum zu rechnen. Jana Holz schlussfolgerte, dazu brauche es neue politische Ansätze:

- Umverteilung – weniger private, mehr öffentliche/gemeinnützige Daseinsvorsorge
- Ausbau von allgemein zugänglichen öffentlichen Infrastrukturen
- Suffizienz – absolute Obergrenzen, Bruch mit der Steigerungslogik und Verständigung darauf, was es für ein gutes Leben braucht
- eine Politik der Internalisierung – nicht eng ökonomisch, sondern als weitreichender Umbau von Lebensweisen, sozialer Arbeitsteilung, Macht- und Herrschaftsverhältnissen

Kritisch stand Jana Holz technokratischen Konzepten, marktwirtschaftlicher Steuerung und wissenschaftlicher Aufklärung für „Akzeptanz“ gegenüber; sie stärkten die bereits entstandene Entfremdung von Transformationsprozessen weiter. Eine Transformation müsse daher partizipativ und an lokale Bedürfnisse anpassbar organisiert werden. Notwendig sei es, Möglichkeiten für alternative Sichtweisen, Kritik und Gegenvorschläge zu schaffen, zum Beispiel durch die Initiierung von Bürger*innenräten.

Diskussion: Perspektiven für Familien im öko-sozialen Wandel

In der anschließenden Diskussion wurden zahlreiche Aspekte eingehender diskutiert. Beim Thema Ökosozialversicherung fragten sich die Teilnehmenden, wie eine individuelle finanzielle Vorsorge gegen Klimawandelfolgen zu einer sozial gerechten gemeinsamen Risikoabsicherung umgestaltet werden könnte. Hierbei wurde die aktuelle Risikoabsicherung kritisiert, die zu sehr am Status quo orientiert sei und damit der Logik „Wer hat, dem wird gegeben“ folge. Es müsse daher eine Umstrukturierung stattfinden und bereits bestehende individuelle Risikoabsicherungen berücksichtigt werden. Sehr intensiv wurde über den Ansatz einer „Politik des Genug“ debattiert. Wie kann ein im Diskurs überbetontes individuelles Freiheitsverständnis mit einem kollektiven, gesellschaftlichen Freiheitsbild der sozialen Gemeinschaft ins Verhältnis gesetzt werden? Betont wurde die Notwendigkeit eines gesamtgesellschaftlichen Diskurses: Es müsse deutlich werden, dass zukünftige Risiken die Gesellschaft als Ganzes, und damit jedes Individuum betreffen. Diskutiert wurde in dem Zusammenhang, wie der Wandel zu einer ökosozialen Lebensweise geschaffen werden könnte. Fraglich sei, wie Anreize dazu entwickelt werden könnten, wenn zum Beispiel die sozialen Ausgleichsmechanismen durch steigende Lebenshaltungskosten amortisiert würden. So bestünde die Gefahr, dass ein ökosozialer Lebensstil und eine nachhaltige Landwirtschaft Kostensteigerungen zur Folge hätten, die sich viele Menschen nicht leisten könnten.

Das Klimageld gelte als ein mögliches Instrument, um diese Anreize zu schaffen und den Transformationsprozess zu unterstützen. Die CO₂-Steuer, als ökologisches Steuerungsinstrument, sei wichtig und richtig. Die Rückzahlung der Einnahmen über das Klimageld zur Abfederung nachteiliger Effekte auf sozialer Ebene sei jedoch nur dann sinnvoll, wenn dies einen ausreichenden Umverteilungseffekt bei höherem Verbrauch in gutverdienenden Haushalten haben würde. Dies führe zur Frage einer Klimageldanpassung: das Klimageld sei entweder sozial (Verteilungsschlüssel) oder regional (durch klimatische Betroffenheit) zu staffeln. Darauf hingewiesen wurde, dass bei der Einführung der Ökosteuer ähnliche Diskussionen geführt worden seien. Jedoch sei die Grundproblematik, dass Transformationen oft zunächst Kosten verursachen. Um diese Kosten zu finanzieren fehlten finanzielle Mittel an anderer Stelle und müssten anderweitig ausgeglichen werden. Das Klimageld in Kombination mit der CO₂-Bepreisung könne zwar einen sinnvollen Beitrag leisten, zusätzlich müssten jedoch bessere Anreize geschaffen werden, um zum Beispiel energetische Sanierungen zu sichern. Auch sollte in verbesserte Infrastrukturen investiert werden, um eine klimagerechte Stadt zu schaffen.

⁴ Zur Vertiefung: D. Eversberg, M. Fritz, M. Schmelzer & L. von Faber: *Der neue sozial ökologische Klassenkonflikt. Mentalitäts und Interessengegensätze im Streit um Transformation* (Campus Verlag, Frankfurt/New York 2024), Open Access E-Book: https://www.campus.de/e-books/wissenschaft/soziologie/der_neue_sozial_oekologische_klassenkonflikt-18313.html.

Klimaschutz auf kommunaler Ebene für und mit Familien – Teil 1: Finanzierung

IMPULSWORKSHOP | 18.03.2025

Die kommunale Ebene ist für das Familienleben von zentraler Bedeutung. Auch kommunaler Klimaschutz betrifft Familien in ihrem Alltag direkt: Zum Beispiel durch energetische Sanierungen von Schulen und Familienzentren oder Hitzeschutzmaßnahmen für Seniorenheime und Kitas. Investitionen in kommunale Infrastruktur, Klimaschutz und Klimaanpassung sind daher nötig, um den Lebensraum für Familien nachhaltig zu gestalten. In den Kommunen stehen die Themen Klimaschutz und Klimafolgenanpassung weit oben auf der Prioritätenliste. Jedoch liegen die zusätzlichen jährlichen Klima-Investitionsbedarfe in den Kommunen unterschiedlichen Studien zufolge bei ca. sechs bis 26 Milliarden Euro.⁵ Wie wird Klimaschutz in den Kommunen also finanziert und welche Alternativen zum Status Quo sind denkbar?

Impulsvortrag: Unterstützung von Kommunen durch die LandesEnergieAgentur (LEA) Hessen

Jonas Müller, Berater zu Erneuerbarer Energieerzeugung bei der LandesEnergieAgentur (LEA) Hessen, erklärte zu Beginn, die LEA übernehme im Auftrag der Hessischen Landesregierung zentrale Aufgaben bei der Umsetzung der Energiewende und des Klimaschutzes. Sie entfalte positive Effekte auf die Lebensqualität von Familien insbesondere durch Beratung für Kommunen zur Umsetzung und Finanzierung von großen Strom- und Wärmeprojekten sowie

erneuerbaren Energien. Die LEA arbeite unter der Zielsetzung, in Hessen eine Klimaneutralität bis 2045 sowie eine Deckung des Endenergieverbrauchs zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energiequellen zu erreichen. Als Dienstleistungsunternehmen berate die LEA kostenlos und vor Ort zu allen Themen der Energiewende und des Klimaschutzes: Sanierung, Energieeffizienz und Energiekonzepte, Mobilität, Wärme, Infrastruktur, erneuerbare Energien sowie zu Förderprogrammen. Adressaten seien vor allem Kommunen in Hessen, wobei auch Unternehmen und Privatpersonen beraten würden. Ziel sei es, dass Kommunen finanziell profitieren – nicht selten fließe eingespartes Geld zusätzlich in Infrastrukturen der Kommunen wie Schulen, Kindergärten oder Sport- und Freizeiteinrichtungen.

Kommunen spielen eine Schlüsselrolle für klimafreundliche, familiengerechte Lebensräume (z. B. Sanierung von Schulen, Kitas, Hitzeschutz).

Mit dem Projekt Bürgerforum Energiewende Hessen biete die LEA Hessen darüber hinaus auch Unterstützung in der Vorbereitung von Bürger*innenentscheiden sowie in der Mediation von Konflikten an. Im Rahmen des Bürgerforums würden zudem auch Vorträge und Informationsveranstaltungen zu Energieprojekten in den Kommunen durchgeführt. Ziel sei es, die Akzeptanz für energiepolitische Maßnahmen durch Transparenz und Dialog mit den Bürger*innen zu stärken. Die Erfahrung habe gezeigt, dass bei ausreichender Information und gründlicher Abwägung aller Argumente bei Bürger*innenentscheiden häufig im Sinne des Klimaschutzes abgestimmt werde.

Bürger*innenbeteiligung und Transparenz fördern Akzeptanz für Klimaschutzmaßnahmen.

Aus Sicht von Jonas Müller gebe es kommunale Steuerungsmöglichkeiten und Beteiligungen an Energieprojekten vorrangig in der Verpachtung und dem Betrieb von Energieanlagen. Dass die Kommunen selbst Anlagen planen, entwickeln und nach Fertigstellung betreiben, komme eher selten vor. Zwar seien mit steigender Einbindung in

ein Projekt erhöhte finanzielle Erlöse möglich. Gleichzeitig sei dies jedoch mit einem höheren Risiko verbunden und übersteige oft die Kapazitäten der Kommunen. Kommunen agierten somit eher in der Gesamtstrategie zur Energieversorgung und Flächennutzung.

Beratungsleistungen der Länder zu Energieprojekten, z. B. Strom, Wärme, Mobilität sowie zu Fördermitteln können Kommunen auf dem Weg zu mehr Klimaschutz und Nachhaltigkeit unterstützen.

Finanzielle Beteiligung von Kommunen und finanzielle Bürger*innenbeteiligung

Jonas Müller erläuterte, dass Betreiber von Windenergie- und Freiflächenanlagen (Photovoltaik) nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) die räumlich betroffenen Kommunen finanziell beteiligen könnten. Sie dürften den betroffenen Kommunen Zuwendungen von 0,2 Cent pro eingespeister Kilowattstunde zukommen lassen, was sich für Kommunen als lukrativ erweisen könne. Die Gewerbesteuer stelle eine zusätzliche Einnahmequelle für Kommunen dar. Darüber hinaus könnten sich Kommunen an Betriebsgesellschaften beteiligen.

Auch Bürger*innen könnten zu Anteilseigner*innen an Betriebsgesellschaften werden. Dies sei über die Gründung von Bürgerenergiegesellschaften und über die Beteiligung als Kommanditist*innen (Teilhaftende) möglich. Bürgerenergiegenossenschaften böten weiterhin die Möglichkeit, Bürger*innen indirekt an der Energieanlage zu beteiligen. Jedes Mitglied erhalte, unabhängig von der Höhe des Anteils, ein Stimmrecht. Bei Bürger*innenbeteiligung über Nachrangdarlehen/Crowdinvestement seien die Bürger*innen wiederum selbst zeitlich befristete Darlehens- oder Fremdkapitalgebende. Dies biete zwar eine feste Verzinsung, gebe jedoch kein Stimmrecht.

Kommunen und Bürger*innen können durch Beteiligungen an Energieprojekten profitieren (z. B. durch Bürgerenergiegenossenschaften oder EEG-Zuwendungen).

Abschließend betonte Jonas Müller, dass Kommunen zur Finanzierung des Klimaschutzes und der Energiewende die Sektorenkopplung stärker in den Fokus nehmen sollten. Dies bedeute, dass Strom aus erneuerbaren Energien auch zur Wärmeerzeugung genutzt und einer großen Anzahl von Haushalten über Fernwärmenetze zur Verfügung gestellt werde. Dadurch würde die Wärmeerzeugung in den einzelnen Haushalten entfallen. Zudem sei in Zukunft der Flächenmangel eine Herausforderung. Hier sollten zusätzliche Möglichkeiten durch die Doppelnutzungen von Flächen für Landwirtschaft und Photovoltaik (Agri-PV) geprüft werden. Bei dieser Doppelnutzung gebe es bereits gute Praxisbeispiele.



Diskussion: Kommunen in der Energiewende

In der Diskussion wurde die Bedeutung von Dialog und Transparenz bei der Planung von Energieversorgungsprojekten erneut aufgegriffen, da die Akzeptanz von solchen Projekten stark steige, wenn sich für Bürger*innen ein entsprechendes Identifikationspotenzial anbiete. Auch einige Details der Bürger*innengenossenschaften wurden angesprochen, insbesondere die Stimmrechtsgewichtung, da pro Mitglied ein Stimmrecht unabhängig von der Höhe der Anteile

⁵ Valeska Liedloff, Henrik Scheller, Oliver Peters, Leon Rosenthal, Oliver Haubner (2024): *Die Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie aus kommunaler Sicht – Bestandsaufnahme und Schlussfolgerungen*, hrsg. v. Bertelsmann Stiftung und Deutsches Institut für Urbanistik, S. 27.



vergeben werde. Dies biete eine Möglichkeit, so die Einschätzung der Diskutierenden, sich auch mit geringen Geldanteilen an Genossenschaften zu beteiligen.

Impulsvortrag: Einführung einer neuen Gemeinschaftsaufgabe „Kommunaler Klimaschutz“ – Option der Stunde?

Dr. Henrik Scheller, Teamleiter Wirtschaft, Finanzen und Nachhaltigkeitsindikatorik am Deutschen Institut für Urbanistik (Difu), stellte die Ergebnisse einer Machbarkeitsstudie vor, die das Difu im Auftrag der Klima-Allianz Deutschland zur Einrichtung einer „Gemeinschaftsaufgabe kommunaler Klimaschutz“ durchgeführt hatte.⁶

Einführend skizzierte er, dass die Anzahl der Schadensereignisse in immer kürzeren Sequenzen ansteige. Um bis 2045 die Klimaziele noch erreichen zu können, müsse jegliches Handlungspotenzial ausgeschöpft werden. Scheller betonte, dass der kommunale Klimaschutz jedoch nicht zu den Pflichtaufgaben der Kommunen gehöre. Zudem dürften zwischen Bund und Kommunen keine direkten Finanzbeziehungen bestehen, sodass Bundesmittel den Kommunen lediglich über zeitlich befristete Projektförderungen zur Verfügung gestellt werden könnten. So existiere bundesweit eine für die Kommunen oft unübersichtliche Förderlandschaft mit weit über 200 Programmen für kommunalen Klimaschutz.

Investitionen und Finanzbedarfe

Zentrale Herausforderung sei, dass die notwendigen klimabezogenen Investitionen vor dem Hintergrund ohnehin bereits großer Investitionsrückstände und zukünftiger Finanzbedarfe in den Kommunen stünden. So habe sich ein wahrgenommener Investitionsrückstand von 186 Milliarden Euro aufgestaut. Davon betroffen seien auch viele Bereiche mit Familienbezug, wie Schulen, Kitas oder Sporteinrichtungen (zusammengenommen ca. 43% des Gesamtvolumens).

Der Transformationsbedarf für die Energie- und Wärmewende werde auf zusätzlich 780 Milliarden Euro geschätzt. Über 80% der Kommunen erwarteten steigende Investitionsausgaben für Klimaschutz und -anpassung. Die Kommunen hätten damit nach dem Bund den höchsten Bedarf an Mitteln für Dekarbonisierung und Klimafolgenanpassung. Um den geschätzten finanziellen Bedarfen für Klimaschutz und -anpassung der Kommunen gerecht zu werden, sei Scheller zufolge eine Verdopplung der Investitionen in diesen Bereich erforderlich. Zusätzlich müssten die Kapazitäten und Kompetenzen zur Umsetzung der Investitionen erhöht werden.

Die Machbarkeitsstudie des Difu untersuche, wie die notwendigen Finanzierungen für den Klimaschutz den Kommunen ziel- und wirkungsorientiert zugeführt werden können. Zwei Konzepte wurden dafür einander gegenübergestellt: Die Einführung einer neuen „Gemeinschaftsaufgabe kommunaler Klimaschutz“ im Grundgesetz sowie eine veränderte Verteilung von Umsatzsteuereinnahmen zugunsten der Kommunen.

Eine Machbarkeitsstudie des Difu schlägt eine strukturelle Lösung vor: „Gemeinschaftsaufgabe kommunaler Klimaschutz“ im Grundgesetz zur zielgerichteten, langfristigen Finanzierung.

Vor- und Nachteile einer Gemeinschaftsaufgabe kommunaler Klimaschutz

Henrik Scheller erläuterte, dass Mittel einer Gemeinschaftsaufgabe immer zweckgebunden seien. Gemeinschaftsaufgaben seien grundsätzlich stärker durch eine Politikverflechtung charakterisiert, weil die Planung der Mittelvergabe durch Bund und Länder gemeinsam in Koordinierungsausschüssen vorgenommen werde. Diese Struktur ermögliche, dass die Vergabe von Geldern aus der Gemeinschaftsaufgabe an Effizienzkriterien (wie zum Beispiel eine Reduktion von Treibhausgasemissionen) geknüpft werden könne.

Zudem ermögliche eine Gemeinschaftsaufgabe die bedarfsgerechte Verteilung von Mitteln an die Kommunen und beinhalte somit die Möglichkeit, auf ökonomische Strukturschwächen oder besondere Klimaschutzbedarfe einzelner Kommunen einzugehen. Dies wäre

der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen deutschen Regionen zuträglich. Gleichzeitig werde mit der wirkungsorientierten Vergabe von Mitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe ein ökonomisch-ökologisch und ökologisch-sozial effizientes Handeln innerhalb der Kommunen befördert, welches im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung umweltbezogene, wirtschaftliche und soziale Ziele gleichberechtigt umsetze.

Um eine neue Gemeinschaftsaufgabe im Gesetz zu verankern, müsste das Grundgesetz mit einer Zweidrittelmehrheit im Parlament geändert werden.

Vor- und Nachteile einer veränderten Umsatzsteuerverteilung

Mit Bezug auf die Alternative einer angepassten Umsatzsteuerverteilung zugunsten der Kommunen führte Scheller aus, dass die Einnahmen aus der Umsatzsteuer Eigeneinnahmen der Kommunen und somit ungebundene Mittel seien. Das Gesamtaufkommen der Umsatzsteuereinnahmen werde durch einfachgesetzliche Regelungen prozentual auf Bund und Länder aufgeteilt. Die Länder verteilten den Anteil der Kommunen nach Einwohner*innenzahl und leiteten diesen an die Kommunen weiter. Dies bedeute, dass eine Verteilung auf Grundlage ökonomischer, ökologischer oder sozialer Kriterien im Rahmen der Umsatzsteuer nicht ausreichend differenziert berücksichtigt werden könne.

Dieses Modell hätte hingegen den Vorteil, dass die Haushaltsautonomie der Kommunen gestärkt würde, da die Mittel den Kommunen ohne weitere Auflagen zur Verfügung gestellt würden. Aus den zusätzlichen Mitteln könnten somit auch Personalkosten getragen werden, was mit Geldern aus der Gemeinschaftsaufgabe nicht möglich wäre. Die mangelnde Verpflichtung zur Verausgabung für Klimaschutz und fehlende Überprüfungsmöglichkeiten stellten allerdings eine Schwäche des Modells dar. Die Änderung der Umsatzsteuerverteilung könne durch eine einfachgesetzliche Regelung herbeigeführt werden und unterliege damit geringeren politischen Hürden als die Einführung einer neuen Gemeinschaftsaufgabe.

Die Studie käme laut Hendrik Scheller zu dem Ergebnis, dass in Abwägung der unterschiedlichen Eigenschaften die Gemeinschaftsaufgabe für nachhaltigen und effizienten kommunalen Klimaschutz die bessere Lösung sei.

Mögliche Umsetzung einer Gemeinschaftsaufgabe kommunaler Klimaschutz

Für die mit einer Gemeinschaftsaufgabe verbundene notwendige Grundgesetzänderung könne man sich an den rechtlichen Grundlagen der anderen Gemeinschaftsaufgaben im Grundgesetz orientieren. Die Studie führe zudem verschiedene mögliche Förderschwerpunkte im

Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe auf, die im Weiteren genauer entwickelt werden müssten. Eine mögliche Variante beinhalte den Ausbau strategischer Kompetenzen in den Kommunen, um hier Kapazitäten für ein effizientes Vorgehen in der Potenzialanalyse, der Umsetzung und dem Monitoring von Klimaschutzmaßnahmen zu erreichen. Eine zweite Variante sehe die Förderung politisch definierter Klimaschutzmaßnahmen vor. Eine dritte Variante sehe vor, dass die Kommunen Förderpauschalen für Klimaschutzmaßnahmen erhielten. Sie könnten dann entscheiden welche Maßnahmen sie umsetzen und müssten die Wirkung in Form der Reduzierung von CO₂-Emissionen nachweisen. Diese Variante würde die Autonomie der Kommunen am meisten wahren.

Scheller fasste zusammen, dass eine „Gemeinschaftsaufgabe kommunaler Klimaschutz“ ein zentraler Anker für die Klimafinanzierung in den Kommunen werden und an die Stelle der zahlreichen Förderprogramme treten könnte. Eine neue „Gemeinschaftsaufgabe kommunaler Klimaschutz“ scheine zudem im Vergleich zu einer umfassenden Reform der Schuldenbremse politisch am ehesten konsensfähig.

Diskussion: Kommunaler Klimaschutz als Gemeinschaftsaufgabe

In der anschließenden Diskussion betonte Henrik Scheller, dass Klimaschutz und Klimafolgenanpassung bislang zu wenig differenziert worden seien. Es handele sich um unterschiedliche Felder mit jeweils unterschiedlichen Handlungsbedarfen. Um diese Trennung nicht aufzuweichen, plädierte er dafür, eine Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz zunächst nur für kommunalen Klimaschutz und nicht, wie von anderen Stellen gefordert, für Klimaschutz und Klimaanpassung aufzunehmen.

Diskutiert wurde zudem erneut die Frage der Flächenverteilung und -nutzung. Auch hier wurde betont, dass der Mangel an Flächen in kommunaler Hand ein Problem darstelle. Flächenländer und Ballungsräume stünden dabei vor unterschiedlichen Herausforderungen. Für die Erzeugung von Windenergie würde zum Beispiel deutlich weniger Fläche benötigt als bei Solarenergie. Abhilfe könne beispielsweise durch gemeinschaftliche Nutzung von Landwirtschaft und Solarstromerzeugung auf einer Fläche geschaffen werden.

Die Instandhaltung von umgesetzten Klimaschutzmaßnahmen wurde in der Diskussion problematisiert. Auch aus Mitteln einer Gemeinschaftsaufgabe könnten keine Erhaltungskosten finanziert werden. Auch weitere Folgekosten und Personalkosten seien nicht inkludiert. Um dies aufzufangen, müsse auf die bewährten Systeme der Umsatzsteuerverteilung oder auf Finanzausgleichssysteme zurückgegriffen werden.

Es wurde deutlich, dass die Finanzierung von kommunalem Klimaschutz ein komplexes Feld ist und verstärkt in den öffentlichen Fokus rücken sollten, um Familien ein nachhaltiges und klimagerechtes Leben zu ermöglichen.

6 Zur Vertiefung: Carsten Kühl, Henrik Scheller (2024): „Gemeinschaftsaufgabe kommunaler Klimaschutz. Machbarkeitsstudie“, im Auftrag der Klima-Allianz Deutschland, hrsg. v. Deutsches Institut für Urbanistik: <https://repository.difu.de/handle/difu/213>.

Klimaschutz auf kommunaler Ebene für und mit Familien – Teil 2: Partizipation

IMPULSWORKSHOP | 30.04.2025

Der Lebensraum für Familien wird auf kommunaler Ebene gestaltet. Investitionen in kommunale Infrastruktur, Klimaschutz oder Klimaanpassung spielen dabei eine große Rolle. Welche Entscheidungen zum Klimaschutz werden auf kommunaler Ebene getroffen? Und wie werden Bürger*innen und insbesondere Familien, Kinder und junge Menschen an den Entscheidungsprozessen beteiligt?

Impulsvortrag: Klimakommune Saerbeck

Dr. Tobias Lehberg, Bürgermeister der Klimakommune Saerbeck, eröffnete seinen Impuls mit dem Hinweis, dass Erkenntnisse aus Saerbeck trotz ländlicher Lage auch bundesweit übertragbar seien. Denn wichtig und entscheidend sei, zwischen den Kommunen und den Bürger*innen eine Verbindung zu schaffen.

Für eine erfolgreiche Beteiligung sei ein akteurszentrierter Ansatz, der alle Beteiligten und Betroffenen mitnimmt und deren Sicht mitdiskutiert, von besonderer Bedeutung. Dabei gehe es sowohl um politische Mitsprache als auch um finanzielle Teilnehmungsmodelle. Saerbeck verfüge über einen Energiepark mit Windenergie und Photovoltaikanlage, dessen Energiemix zum Zeitpunkt der Entstehung noch technisches Neuland war. Heute übersteige die dort erzeugte Energie den eigenen Strombedarf der Kommune um das Vierfache. Der Energiepark sei in eigener Hand und werde von der Kommune und dem Kreis finanziert.

Die private Energieerzeugung sei zudem großflächig ausgebaut: jedes zweite Haus verfüge über eine Photovoltaikanlage. Lehberg betonte, der hohe Anteil an erneuerbarer Energieerzeugung in der Kommune und der damit verbundene wirtschaftliche Erfolg sei nur zu erreichen, wenn die Bürger*innen überzeugt von Klimaschutzmaßnahmen seien. Das Selbstverständnis als Klimakommune entstehe in den Köpfen der Menschen und werde durch direkten Austausch der Bürger*innen untereinander sowie durch transparente Beteiligung und Bildung befördert.

Bürger*innenbeteiligung (politisch und finanziell) ist für die Energiewende essenziell; hohe Akzeptanz entsteht durch transparente Kommunikation, Bildung und Austausch.

Bildung und Beteiligung

Um Menschen den Zugang zum Thema Wärmewende und erneuerbare Energien zu erleichtern, setze die Kommune darauf, diese Themen in zugänglichen und attraktiven Angeboten verständlich und ansprechend zu vermitteln. In Saerbeck seien beispielsweise ein Vortrag eines aus dem Fernsehen bekannten Meteorologen und ein Improvisationstheater zum Thema Klima angeboten worden. Die Vermittlung der Möglichkeiten eines persönlichen Beitrags zur Energie- und Klimawende fördere das Handeln, motiviere und zeige auf, wo eigene Interventionen möglich sind. Wichtig sei es, die Gesamtheit kommunaler Akteure wie Landwirtschaft, Energieversorgung, Gewerbe, Unternehmen und Vereine einzubinden.

Tobias Lehberg betonte, es sei wichtig, bei Kindern das Interesse zu wecken und Klimakompetenz zu fördern, um die Grundlage für eine angemessene Beteiligung zu schaffen. In Saerbeck sensibilisierten spezielle Bildungsangebote und Projekte Kinder für Klimaschutz. Im Bioenergiepark in Saerbeck sei dazu ein außerschulischer Lernort etabliert worden, in dem ein praxisbezogener, experimenteller und kindgerechter Unterricht in Kooperation mit den örtlichen Schulen stattfinde. Finanziell unterstützt und getragen werde dieses Projekt von der Bezirksregierung. Über die Bildungsangebote für Kinder würden die Inhalte auch in die Familien getragen.

Bildungsangebote, z. B. praxisnahe Lernorte, fördern bei Kindern Klimakompetenz und tragen Klimaschutzinhalte in Familien hinein.

Abschließend bemerkte Lehberg, dass Bildung zum Thema Klimaschutz für Familien in den Kommunen ideal angesiedelt sei. Die Familie sei eine Akteursgruppe, die sich sehr stark mit der Gemeinde identifizieren und in sie integrieren könne. Wenn Familien sich in den kommunalen Klimaschutz einbringen, sei ein gemeinsames, überzeugendes Ziel erkennbar.

Diskussion: Klimaschutz aus Überzeugung

Am Beispiel der Elektromobilität wurde anschließend diskutiert, ob eher finanzielle Leistungsfähigkeit oder individuelle Überzeugungen entscheidend seien für umwelt- und klimafreundliches Verhalten. Tobias Lehberg betonte, dass er Überzeugungen für ausschlaggebender halte. Überzeugungsarbeit leisteten die Saerbecker Bürger*innen auch untereinander, insbesondere in Bezug auf die private Erzeugung von Solarenergie. In Energiegesprächen berichteten Bürger*innen über ihre Erfahrungen mit dem Bau von PV-Anlagen oder Wärmepumpen und gaben Informationen dazu weiter. Durch Vernetzung und Überzeugungsarbeit innerhalb der Bürgerschaft sei auch ein Zusammenschluss von 16 lokalen Landwirten entstanden, die heute die Saerbecker Biogasanlage gemeinschaftlich betrieben.

Finanzielle und personelle Ressourcen zur Umsetzung von Klima-Bildungsprojekten in der Kommune waren ein weiteres Thema. Hierzu erläuterte Lehberg, ein wichtiger Impuls für Saerbeck seien ein landesweiter Preis vor 15 Jahren und ein damit verbundenes Preisgeld gewesen. Die kontinuierliche Finanzierung werde mittlerweile aus dem Haushalt für Klimaschutz geleistet. Weiterhin würden Sponsoren gesucht und Kooperationen mit anderen Akteuren eingegangen, wie zum Beispiel bei der Finanzierung des außerschulischen Lernstandorts. Diese Kooperation beinhalte, dass alle Unternehmen, die Strom aus dem Energiepark beziehen, einen Cent pro Kilowattstunde für den außerschulischen Lernstandort spenden.

Tobias Lehberg kritisierte, dass Fördermittel für den Klimaschutz oft Projektmittel seien, welche häufig keine langfristige Wirkung entfalteten. Optimal sei es, wenn die Kommune mit eigenen finanziellen Mitteln agieren könne. Wichtig sei es zum Beispiel, Rahmenbedingungen zu schaffen, die individuell klimafreundliches Verhalten wie etwa durch Installation von PV-Anlagen oder Nutzung von Lastenrädern für alle leistbar zu gestalten statt nicht-sozial gestaffelte Fördergelder zu vergeben. Entscheidend sei für die erfolgreiche Umsetzung letztlich jedoch der politische Wille, Klimaschutz und Klimabildung umzusetzen.

Zuletzt verwies Lehberg auf das Potenzial erneuerbarer Energieerzeugung im ländlichen Raum. Ländliche Kommunen würden zukünftig noch stärker zu Stromproduzenten, Ballungsräume deren Abnehmer. Es sollte ein Neudenken über Landwirtschaft als zentralem Handlungsraum in der Energieerzeugung stattfinden.

Impulsvortrag: Klima trifft Kommune

Sina Trölenberg, Projektkoordinatorin bei der Gesellschaft für Klima und Demokratie (*bis Juli 2025 BürgerBegehren Klimaschutz, Anm. d. Redaktion*), stellte das Modellprojekt „Klima trifft Kommune“ vor. Das Projekt setze sich seit 2024 für mehr Demokratie im kommunalen Klimaschutzmanagement ein. Man befinde sich noch in der Aufbauphase; mit ersten Ergebnissen sei ab 2026 zu rechnen. Sina Trölenberg führte ein, das Modellprojekt führe Klima-Bürger*innenräte in drei Modellkommunen zu von der jeweiligen Kommune festgelegten Themen durch. Die Besonderheit im Vergleich zu anderen Bürger*innenräten bestünde darin, dass sich die teilnehmenden Kommunen zu einem Bürger*innenentscheid über das vom Bürger*innenrat erarbeitete Projekt verpflichteten, was die Arbeit mit mehr Verbindlichkeit versehe.

Ausgangslage des Projekts waren Bevölkerungsbefragungen zur politischen Beteiligung (IDPF, 2024) sowie zu politischen Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen in Kommunen (UNICEF). Die Ergebnisse zeigten, dass mehr politische Beteiligung gewünscht sei. Möglichkeiten dafür seien hingegen begrenzt: Beteiligungsformate seien häufig projektbezogen, oft nicht langfristig angelegt und nur

etwa der Hälfte der Befragten sei es bisher möglich gewesen, sich einzubringen. Zudem sei eine sinkende Akzeptanz der Bevölkerung zu Klimaschutzmaßnahmen zu verzeichnen. Aktuelle Studien zeigten, dass 2022 noch fast die Hälfte der Befragten angegeben habe, dass die Klimaschutzmaßnahmen nicht weit genug gingen. Derzeit hielten 20 % der Befragten die Klimaschutzmaßnahmen hingegen für stark überzogen; die Zustimmung zu ähnlichen Aussagen sei steigend.

Partizipationsprojekte wie „Klima trifft Kommune“ können dabei helfen, Klimaschutz in den Kommunen von Bürger*innen ausgehend auf den Weg zu bringen.

Bürger*innenrat und Projektphasen

Derzeit seien im Projekt drei Kommunen aus den alten und neuen Bundesländern (Flensburg, Osterburg und Pinneberg) vertreten, welche noch bis 2027 zusammenarbeiten werden. Zu Beginn des Projekts fand in den Kommunen ein Stadtratsbeschluss zur Teilnahme an dem Projekt statt. In der folgenden Phase des Agendasettings berate die Gesellschaft für Klima und Demokratie die Kommunen zur Wahl eines Themas mit möglichst großem Klimaschutzpotenzial. Nach der Themenwahl folge das Losverfahren und die Zusammensetzung des Bürger*innenrates. Als Vorbild für die Vorgehensweise in der Besetzung der Klima-Bürger*innenräte wurde der Bürgerrat Klima gewählt, der bis 2022 durchgeführt wurde. Dieser wurde anhand eines geschichteten Losverfahrens unter Berücksichtigung sozioökonomischer Kriterien wie Alter, Geschlecht und Wohnort repräsentativ besetzt.

In der Transferphase werde dann festgelegt, welche Entscheidungen im Handlungsspielraum des Bürger*innenrates liegen. Während der Projektphase werden die Sitzungen des Bürger*innenrats unter Beachtung von familienfreundlichen Sitzungszeiten durchgeführt und die Bevölkerung werde über den Fortschritt informiert. Nach Abschluss der Arbeit des Bürger*innenrats übergebe dieser ein Gutachten mit Empfehlungen an den Stadtrat oder Gemeinderat. Dieser wähle daraus unter Beratung durch das Projektteam und möglichst den Empfehlungen des Bürger*innenrats folgend zentrale Empfehlungen aus, über die anschließend in einem Bürger*innentscheid von allen Wahlberechtigten in der Kommune abgestimmt werde. Die Ergebnisse aus dem Bürger*innenentscheid seien gleichwertig bindend wie andere kommunale Entscheidungsergebnisse auch. Bis zum politischen Beschluss durch die Stadt oder Kommune vergehen in der Regel ca. ein bis zwei Jahre.

Diskussion: Bürger*innenräte als Beteiligungsmöglichkeit für Familien?

In der anschließenden Diskussion wurde hinterfragt, wie repräsentativ Bürger*innenräte seien und angemerkt, dass Familienstand nicht als eines der sozioökonomischen Kriterien aufgeführt sei, aufgrund derer die Auswahl nach dem Losverfahren erfolgt. Auf Nachfrage erläuterte



Sina Trölenberg, das Losverfahren sei insofern repräsentativ, als dass es sich um ein geschichtetes Verfahren handele, dessen Grundlage Grunddaten der Einwohnermeldeämter seien: Alter und Geschlecht, etc. Weitere Kriterien könnten nach vorheriger Absprache mit der Kommune in den Prozess der Auswertung hinzugenommen werden. Trölenberg merkte jedoch an, je mehr Kriterien berücksichtigt würden, desto größer sei der Aufwand des Auswahlverfahrens.

Kindern und Jugendlichen sei eine Teilnahme ab 14 Jahren möglich und sie würden entsprechend ihres Anteils an der gesamtdeutschen Bevölkerung in die Bürger*innenräte aufgenommen. Insbesondere in Flensburg würde angesichts der besonderen Betroffenheit von Kindern und Jugendlichen durch den Klimawandel ein Schwerpunkt auf Kinder- und Jugendbeteiligung im Rahmen des Projekts gesetzt.

Das Format des Bürger*innenrats sei so angelegt, dass es alle erreiche, so Sina Trölenberg. Armutsbetroffene seien ebenso vertreten wie Unternehmer*innen. Sie erläuterte, die Auswertungen in den Modellkommunen hätten gezeigt, dass für den Erfolg der Bürger*in-

nenräte der politische Wille entscheidend sei und weniger, ob sich alle vertreten fühlten. Wie tragfähig diese Annahme sei, werde sich im Frühjahr 2026 zeigen, wenn in zwei der Kommunen die Abstimmungen zu den Empfehlungen des Bürger*innenrates stattfinden.

Impulsvortrag: Eltville am Rhein

Abschließend gab Patrick Kunkel, Bürgermeister von Eltville am Rhein, einen Einblick in die Partizipationsstrukturen seiner Stadt. Klimaschutz und Nachhaltigkeit sehe die Kommune als Zukunftsaufgabe und versuche die Bürger*innen von Beginn an zu beteiligen. Dabei sei ein behutsamer, aber klarer Aufbau des Themenkomplexes Nachhaltigkeit, Klimaanpassung und Transformation vorgenommen worden. Ausgehend von dem Pariser Klimaabkommen und den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDG) wurde versucht, diese an die Historie der Stadt anzubinden. Ziel war es, wirtschaftliche Nachhaltigkeit und zugleich eine Beteiligungsstruktur für Bürger*innen

zu erreichen. Der gewonnene Nachhaltigkeitspreis 2021 war ein guter Auftakt, um Maßnahmen dauerhaft zu verstetigen, so Patrick Kunkel. Die Auswirkungen des Klimawandels auch in der Familie und bei Kindern in die Politik zu tragen und dafür Bewusstsein zu schaffen sei das Ziel gewesen.

Klimaschutz über lokale Themen (z. B. Weinanbau, Hochwasserschutz) zu verankern, stärkt Identifikation mit dem Thema und Beteiligung.

Nachhaltigkeit in der Verwaltung

Patrick Kunkel verwies darauf, dass es notwendig sei, Klimaschutz auch in den kommunalen Strukturen und in der Verwaltung aufzunehmen. Als Beispiel nannte er das Eltviller Lernlabor: Dieses biete als Experimentierraum innerhalb der Verwaltung einen geschützten Raum, um Abläufe und Prozesse zu überprüfen, Ideen und einen amtsübergreifenden Austausch zu ermöglichen. Notwendig sei es, ein Nachhaltigkeitsmanagement in der Stadt zu verankern und in der Stadtentwicklung mit zu planen. Es sei jedoch eine Herausforderung, bisherige Hierarchien in der Verwaltung aufzubrechen und gleichzeitig Zuständigkeiten zu wahren.

Verwaltung muss Klimaschutz strukturell verankern und Austausch und Zusammenarbeit auch über Kommunalgrenzen hinweg stärken.

Auch über Kommunalgrenzen hinweg sei Kooperation auf Verwaltungsebene insbesondere bei Themen wie Klimafolgenanpassung sehr wichtig. In Eltville bestehe eine Zusammenarbeit zu dem Thema mit den Nachbarkommunen seit fast drei Jahren. Hier betonte Kunkel die wesentliche Rolle der Kommunikation nach außen und innen; alle Stakeholder und Akteure müssten eingebunden werden.

Kommunikation

Als wesentlich beschrieb Patrick Kunkel, inhaltliche Verbindungen zu stärken, indem in der Bevölkerung etablierte Themen mit dem Thema Klima verbunden werden. So habe beispielsweise das Thema Schutz des Weinanbaus vor Klimaveränderungen zur Sicherung des wirtschaftlichen Erfolgs in der Region eine wesentliche Rolle für die eigene wirtschaftliche Sicherheit.

Effektive Kommunikation und vielfältige Beteiligungsformate sind essenziell, um alle Generationen und soziale Gruppen einzubeziehen.

Um die Menschen zu überzeugen, sollten Kommunikationsplattformen und Formate besser genutzt werden. Entwickelt wurden in Eltville zum Beispiel Kommunikationsstrategien für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, um Begrifflichkeiten und Klimathemen positiv zu besetzen. Wichtig sei es zudem, die lokale Verbundenheit der

Menschen zu ihrem Lebensort zu stärken. Das Thema Klimaschutz müsse „aus der Blase“ herausgeholt und Begeisterung dafür entwickelt werden.

Die Zielgruppenadressierung sollte vielfältig sein und alle Generationen ansprechen. Mit unterschiedlichsten Kommunikationsformaten (Gremienarbeit, persönliche Kontakte, Bürger*innenbeteiligung) sollte an die Lebenswelten angeschlossen werden. Formen der Kommunikation müssten zudem auch innerhalb der Verwaltung neu aufgebaut werden.

Als Beispiel für politische Nähe und Bürger*innenbeteiligung nannte er die „Your City for Future“ Gruppe von Eltville, mit denen ein persönlicher Austausch und Ideenimpuls mit ihm als Bürgermeister bestand. Bei der Renaturierung eines Flusses wurde zudem ein Leitbild gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen erarbeitet, die sehr pointierte Gedanken eingebracht hätten.

Kommunaler Klimaschutz wird entscheidend durch Beteiligung von Familien, Kindern und Jugendlichen gestaltet – sie sind aktive Mitgestalter*innen, nicht nur Betroffene.

Erfahrungsraum Klimaschutz

Klimaschutzmaßnahmen müssten für Menschen vor Ort positiv erfahrbar sein, führte Patrick Kunkel fort. Die Kommune sollte dazu einladen, Klimaschutz erlebbar zu machen. Hierbei müssten sowohl Familien als auch ansässige Unternehmen mitgenommen werden. Als Beispiel nannte Kunkel die mit Bürger*innen errichtete temporäre Begrünung mit Hochbeetkästen auf Straßen und Parkplätzen vor einer Kita. Aufgabe der Politik sei es, im Klimaschutz vorausschauend zu planen und zu arbeiten. Stadtentwicklung und Klimaschutz müssten aufeinander abgestimmt sein. Dies bedeute auch, auf divergierende Interessen wie mehr Begrünung vs. wegfallende Parkplätze einzugehen.

Weiterhin müsse es Gelegenheiten für einen persönlichen und direkten Austausch mit den Bürger*innen geben. Als Beispiel nannte er eine Renaturierungsmaßnahme: Mit Hilfe einer Simulation wurden die Auswirkungen von Hochwasser in einem Bach in Eltville verdeutlicht. Als gemeinsame Aktion und mit der Unterstützung von aktiven Bürger*innen seien im Anschluss Hochwasserschutzmaßnahmen entstanden, indem ein Regenrückhaltebecken angelegt wurde. Es wurde deutlich, dass Wasserrückhalt „Menschenschutz“ und Klimaschutz zugleich sei. Es verdeutliche, dass Politik erlebbar sein und vor Ort beschlossen und umgesetzt werden müsse, erläuterte Patrick Kunkel. Um die Grundlage dafür zu schaffen, seien Investitionen in Bildung für nachhaltige Entwicklung nötig.

Entscheidend sei auch, positive Aspekte von Klimaschutz und -anpassung zu betonen. Beispielsweise werde Geld eingespart, wenn kommunale Wiesen weniger gemäht würden. Gleichzeitig diene dies dem Insektenschutz und der Artenvielfalt. Klimaanpassung kann darüber hinaus einen Zugewinn an Grünflächen für die Bevölkerung

bedeuten. Mit der Klimaanpassungsmaßnahme „100 wilde Bäche“ sei in Eltville beispielsweise ein komplettes Wiesental mit Kinderspielplatz als Naturraum und Naherholungsgebiet neu gestaltet worden, so Kunkel. Als weiteres Beispiel nannte er den Aufbau einer Baumschule, die gemeinsam mit verschiedenen Akteuren geschaffen wurde. Die Pflanzung von klimaresistenten Bäumen erhalte die Wälder und gebe gleichzeitig die Möglichkeit, Kinder und Jugendliche über die Funktion und den Erhalt von Wäldern für das Klima aufzuklären.

Ziel von Eltville sei es, sich als klimaresistente Stadt aufzustellen, für alle Bürger*innen. Für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen spreche insbesondere, dass sie ihre Wünsche klar äußerten und ein großes Gerechtigkeitsgefühl besäßen. Die Mitwirkung sei dabei besonders wichtig dafür, Entscheidungen in der Kommune als erster Ebene des Staats zu erfahren, mitzugestalten und mitzutragen.

Politischer Wille, verlässliche Finanzierung, Kooperationen und engagierte Einzelakteure sind Schlüsselfaktoren für nachhaltige Partizipation im kommunalen Klimaschutz.

Diskussion: Erfolgsfaktoren für Bürger*innenbeteiligung

In der sich anschließende Diskussion wurde nach der Inklusion von Eltern oder Kindern mit Behinderung bei Partizipationsformaten gefragt. Patrick Kunkel beschrieb den Versuch Inklusionskosten und Inklusionsanträge durch Förderanträge zu unterstützen. Weiterhin gebe es barrierefreie Webauftritte. Ziel sei es, alle Menschen einzubeziehen. Wichtig sei es, für Sensibilität für vielfältige Bedarfe zu entwickeln und entsprechende inklusive Programme zu gestalten.

Zur Frage der Akteure im kommunalen Klimaschutz betonte er, persönliche Initiative sei wichtig sowie eine verlässliche Verstetigung. Um Aktivität aufzubauen, braucht es einzelne Akteure, die Verantwortung übernehmen; dann würden sich auch Mitstreiter*innen finden. Beispielsweise könne eine Bürgerstiftung gegründet werden und Vereine könnten eingebunden werden. Insgesamt sei es ein sehr sensibles Thema, Menschen vor dem Klima zu schützen. Sich zu beteiligen und zu engagieren müsse lebendig sein und Spaß machen, um Menschen zu motivieren und Engagement und Teilnahme nachhaltig aufzubauen.

Who cares? Gender, Care und Klimaschutz in der Familie

IMPULSWORKSHOP | 10. SEPTEMBER 2025



Die Verteilung von Sorgearbeit in der Familie ist eng mit Geschlechterrollen und –bildern verknüpft. Wie sieht es aber mit der Sorge um das Klima aus? Inwiefern hängen Genderrollen und Klimaschutz miteinander zusammen und wie kann dem Klimawandel aus Geschlechterperspektive gerecht begegnet werden?

Impulsvortrag: Who Cares? Gender, Care und Klimaschutz in der Familie

Gotelind Alber stellte einleitend fest, dass das Thema „Gender und Klima“ in der gesellschaftlichen Debatte bisher nur marginal wahrgenommen werde. Umfangreiches Wissen über Zusammenhänge von Gender und Klima sei jedoch vorhanden. So zeigten zahlreiche Umfragen des Bundesumweltamtes deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede zwischen den Geschlechtern in den Einstellungen zur Umwelt und im Umweltverhalten, zum Beispiel im Energiever-

brauch, Mobilitäts- und Konsumverhalten und bei der Ernährung. Geschlechtsspezifische Vulnerabilitäten gegenüber Klimawandelfolgen seien auch belegt: So gebe es zum Beispiel im globalen Süden mehr weibliche als männliche Todesopfer bei extremen Wetterereignissen, während im globalen Norden bei Extremwetterereignissen Männer stärker betroffen seien, beispielsweise durch Einsätze im Katastrophenschutz.

Neben dem individuellen CO₂-Fußabdruck seien auch die individuellen Handlungsmöglichkeiten geschlechtsspezifisch verschieden und die Geschlechter auch unterschiedlich von den Folgen der Klimapolitik betroffen. Daten belegten weiterhin eine deutliche Unterrepräsentanz von Frauen im Sektor Energie, Verkehr und Bauwesen und Landwirtschaft, vor allem auf der praktischen Umsetzungsebene.

Aus der vorhandenen Datenlage ließe sich schließen, so Gotelind Alber, dass Gender für alle Aspekte des Klimawandels relevant sei: für den Beitrag als Verursacher*innen des Klimawandels, für Auswirkungen des Klimawandels sowie für die individuellen Handlungsmöglichkeiten. Gender sollte daher als Kriterium bei der Entscheidung über klimapolitische Maßnahmen eine Rolle spielen.

Care-Arbeit und Klima

Der Klimawandel führe tendenziell zu mehr Care-Arbeit, zum Beispiel durch mehr Pflegebedarf älterer Angehöriger bei Hitzewellen oder Aufräumarbeiten nach Extremwetterereignissen. Aufgrund des Gender Care Gaps seien von dieser Mehrbelastung deutlich mehr Frauen als Männer betroffen. Zudem könnten auch klimapolitische Maßnahmen für Sorgearbeitende eine zusätzliche Belastung darstellen, zum Beispiel durch Mehraufwand durch den Einkauf ökologischer Lebensmittel.

Umgekehrt sei jedoch der Einfluss von Care-Arbeit leistenden auf den CO₂-Fußabdruck relevant. Wie Daten im vierten Gleichstellungsbericht zeigten, wendeten Frauen deutlich mehr Zeit für Hausarbeit (Kochen, Haushalt, Putzen, Betreuung, Ernährung) auf. Auch die für die Betreuung von Haushaltsangehörigen notwendige Mobilität werde mehrheitlich von Frauen umgesetzt. Dies sollte in der Klimapolitik mitbetrachtet werden.

Der Klimawandel verstärkt Care-Arbeit – und diese Mehrlast tragen vor allem Frauen.

Handlungsfelder der Klimapolitik aus Genderperspektive

Gotelind Alber erläuterte, dass verschiedene Studien einen Gender Eco Gap belegten, der durch Geschlechterrollenbilder und gesellschaftliche Normen geprägt sei: Frauen seien hinsichtlich Umwelt und Klimawandel deutlich besorgter, Männer neigten hingegen tendenziell eher zu Klimaskepsis. Frauen zeigten zudem eine höhere Bereitschaft für eigene Lösungsbeiträge und Verhaltensänderungen. Dies wirke sich auch auf zentrale Klima-Handlungsfelder aus: Bei Männern zeige sich weniger Interesse und Bereitschaft zu nachhaltigem Konsumverhalten. So hätten Männer beispielsweise einen doppelt so hohen Fleischkonsum wie Frauen, was Gotelind Alber zufolge u. a. mit traditionellen Männlichkeitsidealen in Verbindung zu bringen sei.

Auch bei der Betrachtung der Daten zu Mobilität und Verkehrsverhalten seien geschlechtsspezifische Unterschiede zu erkennen. Erkennbar sei, dass vorhandene Normen wie die Verbindung von Maskulinität und Motorisierung bei Männern zu einem klimaschädlichen Mobilitätsverhalten führten. Weiterhin sei bekannt, dass Frauen durch die Übernahme von Care-Arbeit komplexere Wegeketten nutzten, Arbeitsorte eher wohnortnah wählten und kürzere Pendelstrecken als Männer hätten, dafür aber umweltfreundlichere Mobilitätsangebote nutzten.

Über die Zeit sei zwar eine Angleichung unter den Geschlechtern bei jüngeren Menschen zu erkennen, jedoch mit der Tendenz zu einer Retraditionalisierung in der Familienphase. Durch vermehrte Verantwortungsübernahme von Frauen im Privaten werde oftmals eine „Feminisierung der Umweltverantwortung“ abgeleitet, die die Sorge um die Umwelt als weiblich konnotiertes Aufgabenfeld deute. Gotelind Alber wies darauf hin, dass hier die Grenzen individueller

Handlungsmöglichkeiten deutlich würden und stattdessen strukturelle Ungleichheiten in den Blick genommen werden müssten.

Gender prägt alle Aspekte des Handelns im Klimawandel – Verursachung, Betroffenheit und Handlungsspielräume

Gotelind Alber betonte, dass hier ein Umdenken stattfinden müsse. Denn der Ausbau von ÖPNV-Infrastrukturen und -services orientiere sich bisher eher an Mobilitätsbedarfen männlicher Erwerbsarbeit und weniger von Care-Arbeit. Ungleich verteilt seien auch die Folgen von Luft- und Lärmbelastungen, denen Frauen durch die Nutzung von Fahrrad- und Fußverkehr vermehrt ausgesetzt seien.

Beim Bereich Wohnen und Energie verwies Gotelind Alber auf ein wachsendes Ungleichgewicht in der geschlechtsspezifischen Verteilung. Frauen seien im Energieverbrauch insgesamt sparsamer, demgegenüber stehe aber ein höherer Wärmebedarf. Durch die längere Aufenthaltsdauer in Wohnungen durch mehr Care-Arbeit steigere sich damit auch die Gefahr der Energiearmut bei Frauen, von der vor allem Alleinerziehende und Rentnerinnen betroffen seien. Diese Gruppen seien auch als Mieterinnen in schlecht gedämmtem Wohnbestand durch Kostensteigerungen durch energetische Sanierungen besonders belastet. Mit einem Blick auf die internationale Ebene lasse sich feststellen, dass vor allem Frauen im globalen Süden unter den negativen Folgen von Rohstoffabbau und Energieproduktion litten, so Gotelind Alber.

Genderdimensionen der Klimapolitik

Gotelind Alber betonte, eine Genderperspektive sei in der Klimapolitik relevant, um den Blick dafür zu stärken, ob und wie die symbolische Ordnung, Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern und Geschlechternormen durch (klima-)politische Maßnahmen aufrechterhalten oder hinterfragt würden. Dazu werde das Instrument des Gender Impact Assessment genutzt, das auch als ein Familien Impact Assessment ausgeweitet werden könne, schlug Alber vor. Dieses diene dazu, zu überprüfen, ob Politik dazu beiträgt, Geschlechternormen und –rollen sowie männliche Privilegien infrage zu stellen. Unterstützend müssten institutionelle Rahmenbedingungen und Ansätze verändert werden, um die Präferenzen und Ansätze von Frauen besser zu integrieren.

Beim Aspekt der Care-Ökonomie sei relevant, wie Politik die Anerkennung von Care-Arbeit und deren Wert für die Gesellschaft unterstütze. Zentrale Fragen zur Bewertung politischer Maßnahmen seien: Sorgt die Politik für Entlastung für den Aufwand von Care-Arbeit? Trägt die Politik zur Umverteilung der Care-Arbeit bei? Und wie wirkt sich die Verteilung von Care-Arbeit auf das private und öffentliche Leben aus? Partizipation und Gleichstellungsmacht würden auch von Genderwissen geprägt: was wird zugänglich, was wird priorisiert? Ein weiterer kurzer Überblick skizzierte Genderdimensionen in der Erwerbsökonomie, Fragen nach Repräsentation und Partizipation von Frauen in der Politik sowie Fragen nach der



Beteiligung und Gestaltungsmacht von Frauen. Weiterhin sei von Relevanz, wie zugänglich öffentliche Ressourcen für Frauen seien, ob öffentliche Infrastruktur bereitgestellt und ausgerichtet sei auf die Bedürfnisse von Frauen oder wie der öffentliche Raum gerechter verteilt und zugänglich werden könne.

Klimapolitik in Deutschland

Zusammenfassend werde Gender bisher sowohl auf nationaler als auch auf kommunaler Ebene wenig in der Klimapolitik berücksichtigt. Auf internationaler Ebene sei die Verbindung beider Themen mittlerweile hingegen etabliert. Die bisherige nationale Klimapolitik zielen eher auf technologieorientierte ökologische Modernisierung ohne Berücksichtigung struktureller Ungerechtigkeiten oder ein Hinterfragen von Wachstum. Feministische Ansätze und Gender-Teams seien nur marginal vertreten. Dennoch enthalte der vierte Gleichstellungsbericht wichtige Forderungen zu geschlechtergerechter ökologischer Transformation. Darüber hinaus existierten auf kommunaler Ebene einzelne Forschungs- und Pilotprojekte zu Gender und kommunaler Klimapolitik und es bestehe ein wachsendes Interesse der Gleichstellungsbeauftragten und Frauenverbände an Klima sowie ein wachsendes Interesse in der Zivilgesellschaft daran, Klimamaßnahmen gendergerecht zu gestalten.

Es existierte jedoch auch eine „petromaskuline“ Gegenbewegung. Petromaskulinität konzentrierte sich dabei auf drei wesentliche Faktoren: traditionelle fossile Energien und Leugnung des Klimawandels, Abwesenheit von Gendergerechtigkeit sowie eine autoritäre Orientierung. Gotelind Alber forderte daher, Gender müsse in (Klima)politische Zielsetzungen aufgenommen werden: Die Politikbereiche Klimaschutz

und Gleichstellung sollten zu stärkerer Kooperationen aufgerufen werden. Darüber hinaus müsse die Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen erhöht und eine Genderexpertise aufgebaut und einbezogen und die Zusammenarbeit zwischen Klimaschutzbeauftragten und den Gleichstellungsstellen verbessert und intensiviert werden. Auch sei es notwendig, die Datenlage zu geschlechtsspezifischen Unterschieden zu verbessern und Geschlechtergerechtigkeit auch bei Fördermaßnahmen der Klimapolitik zu berücksichtigen. Eine Berücksichtigung von Gender müsse sich zudem im Klimamonitoring, der Klimapolitik und im Gender Budgeting widerspiegeln. Klimapolitik insgesamt solle sich stärker auf die gesellschaftliche und soziale Transformation ausrichten.

Abschließend skizzierte Gotelind Alber einige spezifische Empfehlungen zu Care und Klima, die dazu beitragen könnten, dass Care-Arbeit nicht als weiblich konnotierte Aufgabe gewertet werde, sondern allen Geschlechtern zugeordnet werden könne. So nannte sie Arbeitszeitverkürzung als Voraussetzung für gerechtere Aufteilung der Sorgearbeit. Der Ausbau von Gemeinschaftsverpflegung könnte ebenso dazu beitragen, mehr Gleichberechtigung in der Care-Arbeit zu schaffen. Sie plädierte für ein staatliches Label für umweltfreundliche, gesunde und tierfreundliche Produkte sowie für die Einführung von Mindeststandards für Energieeffizienz, da solche Maßnahmen die Last der Entscheidung für umweltfreundliche Alternativen verringerten. Weiterhin brauche es eine Verringerung des erwerbsorientiertem Verkehrs und eine stärkere Berücksichtigung von Care-Bedarfen in der ÖPNV-Infrastruktur sowie bei der Förderung der Sharing Angebote (z. B. die Mitnahme von Kindern oder Einkäufen). Zum Abbau und zur Bekämpfung von Energiearmut sollten Alber zufolge ein Klimasozialplan sowie gendersensible Energieberatungsprogramme entwickelt werden.

Impulsvortrag: Bremswirkung herrschender Männlichkeitsbilder

Dr. Dag Schölper, Geschäftsführer des Bundesforums Männer, kommentierte den Vortrag von Gotelind Alber, indem er sowohl Bremswirkung als auch Hebelwirkungen herrschender Männlichkeitsbilder in der Gesellschaft mit Blick auf die Verteilung von Care-Arbeit im Zusammenhang mit dem Klimawandel beschrieb. Er sah aus Gleichstellungsperspektive das Erreichen einer 50/50 Verteilung zwischen den Geschlechtern von (bezahlter) Erwerbsarbeit und (unbezahlter) Haus- und Familienarbeit als Zielstellung. Problematisch sei jedoch, dass politisch nicht alle dafür notwendigen Hebel genutzt würden. Ziel der Gleichstellungspolitik müsse sein, eine Förderung von Frauen in den ersten Arbeitsmarkt zu erreichen. Zudem müsste es eine bessere Unterstützung geben, damit Männer vermehrt Teilzeitarbeit in Anspruch nehmen. Es brauche eine Förderung von Maßnahmen und Rahmenbedingungen, damit Frauen Care-Arbeit an ihre Partner abgeben könnten und gleichzeitig müsste die Übernahme von Care-Aufgaben durch Männer durch verschiedene Maßnahmen unterstützt werden (z. B. Lohngestaltung, Anreize, Vorbilder in Arbeitswelt und Politik).

Durch ein Verständnis von Männlichkeit als Leitbild und Norm, das oft als Symbol von Unabhängigkeit, Leistungsorientierung und Erwerbsarbeit verstanden werde, verenge sich der Handlungsspielraum für Männer, Care-Arbeit zu übernehmen. Die Folgen seien, dass tradierte Rollenvorstellungen sich im Alltag, in der Arbeitswelt und Politik verankerten, wodurch Vertrauen in eine geteilte Care-Arbeit sinke. Als Beispiel nannte Schölper ein Bild von Männlichkeit, das Autofahren, Technik oder egozentrische Konsumententscheidungen präferiere. Der Fokus liege daher auf Männlichkeit als sozialem Konstrukt, was beinhalte, dass Geschlechterrollen sozial konstruiert und dadurch auch veränderbar seien.

Perspektiven zur Fürsorge

Dag Schölper wies auf die Relevanz von Fürsorge und Verantwortungsübernahme für das Gemeinwohl hin. Männer sollten in der Erziehung präsenter sein, um das Kümern und Trösten zu übernehmen und zu erleben. Denn wer eigene Bedürfnisse wahrnehmen könne, sei tendenziell empathischer. Sorge bedeute dabei auch, auf das Gemeinwohl zu schauen. Die aktuelle Realität zeige hingegen eine Abnahme männlicher Sorgepraxis. Zwar sei die Inanspruchnahme von Elterngeld zwischen 2016 bis 2022 auf niedrigem Niveau gestiegen. Bei der Inanspruchnahme und dem zeitlichen Umfang von Elternzeit zeige sich jedoch nach wie vor ein großer Unterschied zwischen den Geschlechtern. Familien entschieden sich auch durch finanziellen Druck für die klassische Rollenverteilung, so Schölper weiter.

Appelle reichten für eine Veränderung der Situation nicht aus. Vielmehr sollten Erkenntnisse wie aus dem Väterreport 2023 zu verschiedenen Vätertypen genutzt werden, um Bedürfnisse zu ermitteln und herauszufinden, welche Gruppen wie anzusprechen seien. Dabei gehe es konkret darum, progressive Einstellungen politisch zu

unterstützen und konservative oder regressive Einstellungen durch politische Öffnungs- und/oder Begrenzungsmaßnahmen zu beantworten. Umfragewerte unter Vätern zeigten, dass Bewusstsein für Gleichberechtigung und Care mit dem Alter steige und zunehmend in der Verantwortung der Arbeitgeber gesehen werde.

In der Frage von Klimaschutz zeige sich, so Dag Schölper, dass die Reproduktion von klischeehaften Bildern Nachhaltigkeitsfragen ausblende. Gesellschaftliche Narrative über Männlichkeit mit einem Fokus auf fleischlastiger Ernährung, Auto-Kultur oder Motorräder als Hobby verstärkten demnach klimaschädliche Muster. Bilder von Maskulinität würden oft mit Unabhängigkeit, Mobilität und Schnelligkeit assoziiert, was nachhaltige Verhaltensänderungen erschwere. Es gelte also, zunehmend Nachhaltigkeit und Männlichkeit zusammen zu adressieren. In diesem Zusammenhang entsprächen Forderungen nach der Freistellung für Väter nach der Geburt („Familienstartzeit reloaded“), einer gleichmäßig verteilten Elternzeit zwischen Müttern und Vätern sowie der Einführung einer Lohnersatzleistung für Pflege nicht nur einer Förderung von Gleichstellung, sondern auch von Nachhaltigkeit. Durch Übernahme von mehr Verantwortung in der Sorgearbeit könnten stereotype Männlichkeitsbilder erweitert und der Blick für Sorgearbeit und Umweltverantwortung geweitet werden.

Vorherrschende Vorstellungen von Männlichkeit beeinflussen Care-Aufteilung und Klimaverhalten – als soziale Muster sind sie gestaltbar.

Impulsvortrag: Handlungsmöglichkeiten gendergerechter Klimapolitik

Monika von Palubicki, Sonderbeauftragte des Deutschen Frauenrats für das Politikfeld Klimaschutz, kommentierte den Vortrag von Gotelind Alber aus der Perspektive eines Frauenverbands. Sie betonte, dass sich bereits viele Frauenverbände mit Umwelt- und Klimafragen im Zusammenhang mit Sorgearbeit und Gleichstellungsfragen beschäftigt hätten. Ziel müsse es zum einen sein, Optimismus zu bewahren und zum anderen Verantwortung zu übernehmen. Trotz einer Politik, die bei Klimaschutz und Gleichstellung Rückschritte zu machen drohe, sollten Ziele definiert werden und diese Schritt für Schritt umgesetzt werden.

Sie betonte zunächst, dass zu Gleichstellung und Klimaschutz bereits einiges erreicht worden sei. So habe der Deutsche Frauenrat 2021-2023 einen Fachausschuss Klimaschutz gebildet, der unter dem Titel „Klimaschutz geht alle an!“ ein Positionspapier entwickelt habe, das die Zusammenhänge zwischen Einkommen, Klimaschutz und Care-Arbeit erörtere. Auch habe der vierte Gleichstellungsbericht verschiedene Themen aufgegriffen. Mit einem Fokus auf die Fragen von Mobilität habe dieser gezeigt, wie Frauen durch die CO₂-Bepreisung bei Care-Arbeit finanziell stärker belastet seien.

Monika von Palubicki betonte die Bedeutung von Vernetzung und nannte als Beispiel die Klima-Allianz Deutschland, in der sich bisher über 150 Verbände zusammengeschlossen hätten. Ein breites Spektrum von u. a. Umwelt- und Naturschutzverbände, Kirchen, Hilfsorganisationen und Gewerkschaften beschäftigte sich hier bereits mit Klimaschutz, Hitzeschutz und Care-Arbeit. Auf Initiative des Deutschen Frauenrats und der Bundesstiftung Gleichstellung sei dort kürzlich eine Gender-AG eingerichtet worden.

Als entscheidend nannte Monika von Palubicki die Bildungsarbeit. Diese werde bereits von verschiedenen Verbänden umgesetzt. Beispielsweise arbeiteten Gewerkschaften an Programmen, um Transformation und Gleichstellung miteinander in Verbindung zu bringen. Auch auf kommunaler Ebene gebe es Zusammenarbeit zwischen Gleichstellungs- und Klimaschutzbeauftragten, wie Konzepte in Kommunen (z. B. in Bochum und Berlin zur Umgestaltung von Straßenzügen hin zu mehr Familienfreundlichkeit) zeigten.

Monika von Palubicki rief dazu auf, ins Handeln zu kommen und auch „im falschen System das Richtige zu tun“. Beispiele seien Change Clubs, die Aktion Gutes Klima, plattform n oder auch Basisgruppen in Kirchen, Stadtteilen oder Kommunen. Auch sei Engagement durch Teilnahme an Demonstrationen möglich. Es gebe genügend Beispiele, wie sich eigene Alltagsroutinen ändern ließen und Mobilität, Ernährung und Konsum einen eigenen Beitrag leisteten. Sinnvoll sei es, in kleinen Schritten voranzugehen und positive Erfahrungen mit anderen zu teilen. Um eine Sensibilisierung für Care-Arbeit der Frauen zu erreichen, sei zum Beispiel das Spiel „Gleich gewinnt“ von der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) entwickelt worden, das in Form von Personas versuche, mit den ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen Zeit und Geld verschiedene Bedürfnisse und Verpflichtungen zu erfüllen. Weiterhin biete auch die Lebenskarte, entwickelt vom Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation, die Möglichkeit zu verstehen, wie Care-Arbeit Biografien verändere. Weiterhin wies von Palubicki auf Untersuchungen hin, die zeigten, dass bei Protestbewegungen in den letzten 100 Jahren der gewaltfreie Widerstand von drei bis vier Prozent der Bevölkerung ausreichten, um einen Kipppunkt zu erreichen für politische Veränderungen in der Gesellschaft. Sie schloss ihren Beitrag mit einer Forderung nach neuen Arbeitsstrukturen. Die derzeitigen Betreuungsstrukturen reichten nicht aus für klimaschonendes Verhalten. Notwendig sei eine flexiblere Arbeitsgestaltung für Frauen und Männer.

Eine geschlechtergerechte Klimapolitik braucht Vernetzung, Beteiligung von Frauen und strukturelle Reformen in Arbeit, Mobilität und Energie.

Diskussion: Gender und Klimaschutz zusammendenken

In der folgenden Diskussion wurde gefragt, wie es möglich sei, durch strukturelle Veränderungen geschlechtsspezifische Einstellungen dahingehend zu verändern, mehr Bewusstsein für klimafreundliches Verhalten zu schaffen. Die Familie wurde als geeigneter Ort für die Diskussion über Haltungen und Einstellungen angesehen. Entscheidend sei, dabei anzuerkennen, wie groß der eigene ökologische Fußabdruck sei und eigene Veränderungen anzustreben. Dafür gebe es zahlreiche Möglichkeiten und die Familie sei ein Ort, in dem sich Verhaltensveränderungen bereits zügig festigen können.

Strukturelle und individuelle Handlungsmöglichkeiten sollten ausgeschöpft und Positives vorgelebt werden. Als Beispiel wurde das Klima-Bündnis genannt, welches Kampagnen für eine neue Mobilität mache und in die Familie hineintrage. Diese müsse mit entsprechender politischer Rahmensetzung auf kommunaler, Landes- und Bundesebene zusammen gehen. Betont wurde in diesem Zusammenhang, dass zwar durch individuelle Handlungen etwas verändert werden könne, jedoch individuelle Handlungsmöglichkeiten oft durch hindernde Strukturen begrenzt würden.

Generell wurde unterstrichen, dass mehr Austausch und Wissenstransfer zwischen den Kompetenz- und Politikbereichen Gender und Umwelt geschaffen werden müsste. Hierzu seien auch die Familienorganisationen als Unterstützung anzusehen. Hervorgehoben wurde, dass ein Zusammenschluss nach dem Vorbild des Bundesforums Familie von Umwelt- und Sozialverbänden, die gemeinsam in der Politik auftreten, begrüßenswert wäre. Beispiele wie ein Frauengeneralstreik in der Schweiz oder die Demonstrationen unter dem Motto „Hunderttausend Mütter“ zeigten, was durch Zusammenschlüsse bewirkt werden könnte.

Ein weiteres Thema der Diskussion war die Frage nach der Vereinbarkeit eines Sozialmonitorings Klimaschutz, welches soziale Auswirkungen von Klimaschutzmaßnahmen vor Einführung prüfen und von der Ampelregierung eingeführt werden sollte, und eines Gender Impact Assessments, das die gleiche Prüfleistung im Hinblick auf Geschlechteraspekte erbringt. Sowohl für die Prüfung sozialer Aspekte als auch Belange von Gender und Familie sollten Energien gebündelt werden, um diese Aspekte auf Landes- und Bundesebene in die Klimapolitik einzubringen. Ebenso wurde zum Stand des Klimagelds diskutiert und die Notwendigkeit einer Entlastung einkommensschwacher Gruppen betont. Die Bedeutung eines Ausbaus von ÖPNV-Infrastruktur und Fernwärme zentrale Instrumente, um es Familien zu ermöglichen ihren CO₂-Abdruck zu senken.

Mit Blick auf die Zukunft: Generationengerechtigkeit in der sozial-ökologischen Transformation

NETZWERKTREFFEN | 04. NOVEMBER 2025



Familien haben ein Interesse am Wohlergehen der kommenden Generationen. Doch wird dieses durch den Klimawandel bedroht. Die kommenden Generationen werden die Folgen des Klimawandels drastisch zu spüren bekommen, obwohl sie am wenigsten zum Klimawandel beitragen. Klauen die Alten tatsächlich den Jungen die Zukunft, wie es auf den Fridays for Future-Demonstrationen zu hören war? Was bedeutet das für Familien und Familienpolitik?

Impulsvortrag: Der Klimawandel, der Generationenwechsel und die Rolle der Familien

Prof. Dr. Dr. Jörg Tremmel, Professor für Politikwissenschaft an der Eberhard Karls Universität Tübingen, begann seinen Vortrag mit dem Hinweis, dass der Glaube, es gebe einen generellen gesellschaftlichen Aufwärtstrend, durch den die Lebensbedingungen für die nachfolgenden Generationen sich jeweils verbessern würden, der Vergangenheit angehöre. Durch den Klimawandel sei es hier zu einer Umkehr gekommen, von der Familien als Trägerinnen der zukünftigen

Generationen entscheidend betroffen seien. Er betonte zudem, dass der Begriff der Generation in diesem Zusammenhang geklärt werden müsse, da diesem vielfältige Verständnisse zugrunde lägen. So beziehe sich der familiäre Generationenbegriff auf den Abstammungsverlauf innerhalb eines Stammbaumes. Dies habe zur Folge, dass auch Familienmitglieder, die im gleichen Jahr geboren werden, zu zwei unterschiedlichen „familiären Generationen“ gehören könnten (Beispiel: ältere Geschwister bekommen früh ein Kind, sodass jüngere Geschwister und Nichten eine Altersgruppe bilden).

In Abgrenzung dazu beziehe sich der Begriff chronologische (oder demografische) Generation auf Altersgruppen der heute lebenden Menschen: z. B. die „junge Generation“ (alle Menschen unter 30 Jahren) oder die ältere Generation (alle Menschen über 60 Jahren). Eine weitere Definition des chronologischen Generationenbegriffs bezeichne hingegen mehrere zusammengefasste Kohorten als eine „Generation“ der derzeit lebenden Menschen. Diese würden im Diskurs oft als sich gegenüberstehend dargestellt: die „heutige Generation“ den „zukünftigen Generationen“.

Es gebe also mindestens zwei Dimensionen der Generationengerechtigkeit. „Jung-Alt-Gerechtigkeit“ könne je nach Politikfeld etwas anderes bedeuten als „Gerechtigkeit zwischen heutigen und zukünftigen Generationen“.

Zum Zweck des Generationenvergleichs hielt Tremmel die Unterscheidung der Begriffe „intragenerationell“ und „intergenerationell“ für sinnvoll:

- **Intragenerationelle Gerechtigkeit:** innerhalb einer einzelnen Generation/Kohorte: dies bezieht sich auf Menschen gleichen Alters, die durch Wohlstand, Gesellschaftsschicht, biologisches Geschlecht, ethnische Zugehörigkeit, Religion usw. getrennt sein können.
- **Intergenerationelle Gerechtigkeit:** zwischen Generationen/Kohorten, die jeweils als Durchschnitt ihrer Generationenmitglieder betrachtet werden. Vergleich zwischen parallel lebenden Altersgruppen, oder zwischen verschiedenen Generationen von Menschen, die alle in einer Zeit gelebt haben.

Generationengerechtigkeit und Klimawandel

Bezogen auf den Klimawandel sei es aussagekräftiger Geburtenjahre zu betrachten. Dies würde zum Beispiel zeigen, dass später Geborene in ihrer Lebenszeit stärker von Hitzeperioden, Meeresspiegelanstieg und Missernten betroffen sein werden.

Es böten sich dazu unterschiedliche Arten des Vergleichs: ein indirekter Vergleich zeige, dass die früher Geborenen in ihrem Gesamtlebensverlauf besser gestellt seien als die im Jahr 1980 oder 2000 Geborenen. In einem direkten Vergleich zu einem bestimmten Zeitpunkt sei je nach Ereignis jede Generation gleich betroffen, zum Beispiel bei Starkregenereignissen. Hitze betreffe hingegen Ältere und Kinder ggf. mehr als andere.

Tremmel ging im Weiteren der Frage nach, warum Generationen die auf sie nachfolgenden Generationen schützen. Eine Theorie (nach Passmore 1974) gehe davon aus, dass dem vor allem eine emotionale Komponente zugrunde liege. Jedoch schütze Liebe der Eltern zu ihren Kindern womöglich nicht alle folgenden Generationen umfassend. Demgegenüber sei ein Grundsatz der Native Americans, bei jeder Handlung an die sieben folgenden Generationen zu denken. Diesem liege eher eine Universalität des eigenen Handelns zu Grunde. In seinem eigenen Ansatz geht Jörg Tremmel von einem Treppenmodell aus. Demnach sei jede kommende Generation als gleichwertig anzusehen und müsse berücksichtigt werden. Dabei sei in einem universalistischen Ansatz die gesamte künftige Menschheit gemeint. Die Form der Treppe symbolisiere die Gleichwertigkeit und das Aufeinanderbauen der Generationen.

Die Rechte aller zukünftigen Generationen sind gleichwertig mit denen der heutigen und müssen beim Handeln im Klimawandel berücksichtigt werden.

Vor diesem Hintergrund betonte Jörg Tremmel die Dringlichkeit des Handelns. Durch den starken Temperaturanstieg durch CO₂-Emissionen gebe es unumkehrbare Auswirkungen, die auch durch eine Reduktion von CO₂-Emissionen nicht aufzuhalten seien. Es würden globale Entwicklungen angestoßen, die nicht mehr zu stoppen seien, sobald die sogenannten „Kipppunkte“ erreicht würden. Einige dieser Kipppunkte würden bereits bei einem dauerhaften Temperaturanstieg von einem Grad erreicht. Jörg Tremmel wies darauf hin, dass die Zunahme der CO₂-Konzentration sich aktuell weiterhin erhöhe – trotz Klimapolitik und Vermeidungsstrategien. Er zog daher die Analogie der Menschheit als Schnellboot im Nebel.

Handlungsspielräume

Politik und Familien könnten Einfluss auf diese Entwicklung nehmen. Dafür brauche es neben einem entsprechenden staatlichen Wirken auch individuelles Handeln. Dies sei nicht zuletzt eine Kernfrage der Ethik nach Kant: „Was soll ich, was sollen wir tun?“ und weniger: „Was sollen die anderen tun?“. Würde in dem Sinne jede*r Einzelne den entsprechenden Beitrag leisten, dann leiste im Ergebnis die komplette Generation ihren notwendigen Beitrag.

Es braucht ein „Bottom-up“ und „Top-down“ – sowohl individuelles als auch staatliches Handeln sind nötig, um dem Klimawandel zu begegnen.

So zeige sich in den Bereichen Verkehr und Wohnen, dass die Klimaziele deutlich verfehlt worden seien. Beides seien zentrale Themen für Familien im Alltag. Zur Unterstützung des familiären Klimaschutzes schlug Jörg Tremmel ein „Gesetz zur Ermittlung des persönlichen bzw. familiären CO₂-Fußabdrucks“ (ohne Veröffentlichungspflicht) vor, um zur Bewusstmachung der eigenen Emissionen beizutragen. Ziel wäre, in der Familie gemeinsam wirksam zu werden. Vor dem Hintergrund, dass Klimaangst eines der drängendsten Probleme der Jugendlichen

sei, motiviere die Reduktion des eigenen CO₂-Fußabdruck eigenes Handeln und könnte durch das Erleben von Selbstwirksamkeit dazu führen, Ängste zu nehmen.

Insgesamt würden die Daten zeigen, dass Ältere und Einkommensstärkere einen höheren CO₂-Fußabdruck haben als jüngere Menschen mit geringerem Einkommen. Der entscheidende Unterschied liege im Mobilitätsverhalten, wobei Flugreisen hier der stärkste Einflussfaktor seien.

Dort lägen auch die Ansatzpunkte. Tremmel betonte, dass laut Studien des Umweltbundesamtes die Mehrheit der Menschen zwar nachhaltiger reisen möchten, dies jedoch nicht umsetze. So läge zum Beispiel viel Potenzial darin, nachhaltiges Reisen zu einem familienpolitischen Thema zu machen.

Besonders große Einsparmöglichkeiten liegen im Bereich der Mobilität. Hier braucht es umweltfreundliche Alternativen für Familien – im Nahverkehr wie auch für Urlaubsreisen.

Neben dem Handlungsansatz, durch einen entsprechenden Lebensstil Emissionen zu vermeiden, stellte er den Ansatz der Negativ-Emissionen vor. Es gebe mittlerweile sowohl biologische als auch geologische Methoden, die z. B. durch Mineralisierung von CO₂ und Speicherung im Boden (DACCS-Methode) oder die Herstellung von Pflanzenkohle der Luft CO₂ entzögen. Durch den Erwerb von Zertifikaten könnten Emissionen somit ausgeglichen werden.

Jörg Tremmel hob hervor, dass es aus seiner Sicht einen moralischen Anspruch insbesondere an Hochverdienende gebe, einen Teil ihres Einkommens im Sinne der Klimagerechtigkeit aufzuwenden – sowohl für Re-Emissionen als auch für Anstrengungen, Emissionen zu vermeiden. Sein Klimaethischer Imperativ lautete daher: „Richte keinen Schaden an, mache möglichst keinen Dreck (Emissionsvermeidung) und räume deinen Dreck hinter dir auf (Entnahme und Speicherung von CO₂)“. Er begrüße, dass sich junge Menschen für Klimaschutz engagierten. Die junge Fridays for Future-Bewegung und Initiativen wie die „Klimakleber“ ließen deren Verzweiflung erkennen. Hier zeige sich ein Aufstand junger Generationen, dem mit Solidarität zwischen den Generationen begegnet werden solle. Entscheidend sei es, die Einstellungs-Handlungs-Lücke der Bevölkerung im Klimaschutz zu verändern. Kooperation statt Konfrontation sei grundlegend dafür, welche Zukunft wir wahr werden lassen.

Diskussion: Moralische Fragen von individueller und öffentlicher Verantwortung

In der anschließenden Diskussion warfen die Teilnehmenden Fragen zum Verhältnis individueller Handlungsmöglichkeiten und struktureller Rahmenbedingungen in der Klimapolitik auf und nahmen dabei insbesondere auch die Themen Mobilität und Wohnen in den Blick.

Wohnen

Ein Fokus lag auf der Frage, wie Familien im Bereich Wohnen die eigene Energiebilanz verringern könnten. Wenn zum Beispiel (oft ältere) Menschen allein in (zu) großen Wohnungen oder Häusern lebten, Sorge dies für einen hohen CO₂-Fußabdruck. Politisches Ziel sei es jedoch, den deutschen CO₂-Ausstoß im Bereich Wohnen bis 2045 auf null zu reduzieren. Demgegenüber stehe ein großer Teil der Bevölkerung, für den die Umstellung auf umweltfreundliche Energieträger und mehr Energieeffizienz gar nicht oder nur zu unverhältnismäßig hohen Kosten möglich sei. Würden dann umweltschädliche fossile Energien entsprechend teurer, würden diese Menschen zukünftig durch die hohen Kosten von Öl und Gas in finanzielle Notlagen geraten. Die Einführung eines Klimageldes wäre dazu ein sinnvoller Ausgleich gewesen. Dessen Einführung wurde in der Diskussion als sehr unwahrscheinlich angesehen. Notwendig sei es, energieeffiziente Umstellungen sozial gerecht und gleichzeitig effizient umzusetzen.

Mobilität und Verkehr

In der Diskussion wurde der Frage nachgegangen, wie Familien dazu motiviert werden könnten, im Alltag öffentliche Verkehrsmittel und für Reisen umweltfreundliche Verkehrsmittel statt Flugzeuge zu nutzen. Die Diskutierenden sprachen sich dafür aus, dass es ein deutliches Zeichen für umweltfreundliche Mobilität geben müsse, indem der ÖPNV weiter ausgebaut und günstiger werde als die Nutzung von motorisiertem Individualverkehr. Um den hohen CO₂-Ausstoß durch Flugreisen zu reduzieren, nannte Jörg Tremmel auch Flugverbote als sinnvolle Maßnahme. Im europäischen Vergleich sei Frankreich Vorbild, das ein Flugverbot für Kurzstreckenflüge (unter zwei Stunden) eingeführt habe.

Jörg Tremmel sprach sich zudem dafür aus, nicht nur die gegenwärtigen individuellen Kosten zu betrachten. Es müsse hingegen zu einem generellen Umdenken kommen. Derzeit bestehe im Hinblick auf dieses Umdenken jedoch ein Kampf um die Deutungshoheit der Realität. Interessant sei daher die Frage, wie Dialoge und Diskussionen entwickelt werden könnten. Die krisenhafte Situation derzeit zeige, dass Konfrontation nicht der richtige Weg sei, so Tremmel. Er vertrat die Haltung, dass es letztlich nicht auf unsere Einstellungen, sondern vielmehr auf unsere Handlungen ankomme.

Medienkonsum

Ein hoher CO₂-Ausstoß wurde auch im Hinblick auf die Digitalisierung kritisch diskutiert und hinterfragt, ob die junge Generation hier durch die eigene Mediennutzung einen hohen Beitrag leiste. Als Möglichkeiten den individuellen Fußabdruck zu reduzieren wurde hier zu einem reflektierten Medienkonsum geraten. Es sei entscheidend, was genutzt werde: Streaming und Videospiele verbrauchten z. B. wesentlich mehr Energie als Chats.

Moralischer Anspruch und individuelles Handeln

Individuelle Handlungsmöglichkeiten, wurde hervorgehoben, benötigten immer und gerade für Familien entsprechende Rahmenbedingungen, die ein nachhaltiges Handeln unterstützten. Jörg Tremmel sprach sich für beides aus: es brauche ein „Bottum-up“ ebenso wie ein „Top-down“. Politik sollte steuernd eingreifen. Als Beispiel nannte er die Änderungen der Mehrwertsteuer: z. B. würde die Berechnung des vollen Mehrwertsteuersatzes für Fleisch und nur eines halben für Obst und Gemüse den CO₂-Ausstoß reduzieren. Weiterhin schlug er vor, dass Einnahmen aus einer neu einzuführenden Kerosinsteuer im ÖPNV reinvestiert werden könnten.

Jörg Tremmel sprach sich dafür aus, auch ethische Überzeugungen zu hinterfragen und Verzicht als mögliche Variante ethisch zu diskutieren. So sei der individuelle Beitrag von 84 Millionen Einwohner*innen entscheidend, um Klimaziele zu erreichen. Die Gesellschaft bestehe aus Menschen und deren individuellem Alltagshandeln; dieses entscheide darüber, wie neue gesellschaftliche Leitbilder entstehen. Der Frage nachgehend, wie gesellschaftliche Leitbilder modifiziert

werden können, um Verhaltensänderungen zu erreichen, wurde in der Diskussion der Familie eine bedeutende Rolle zugemessen. Jüngere Menschen seien Treiber des gesellschaftlichen Wandels. Dieser könnte in den Familien am Esstisch begonnen werden. Zudem brauche das Thema in den Medien eine große Aufmerksamkeit. Tremmel plädierte zudem für ein Bekenntnis zu Klimaschutz im parteiübergreifenden Handeln. Klimaschutz dürfe kein Thema mehr im Wahlkampf sein.

Für die Diskutierenden blieb dennoch die Frage offen, wie die Lücke zwischen Einstellungen und Handeln geschlossen werden könne und wie mit moralischer Verpflichtung und Verantwortung umgegangen werden könne. Jörg Tremmel sprach sich dafür aus, Klimaschutz moralisch zu diskutieren und nicht nur in finanzieller Hinsicht. Er kritisierte in dieser Hinsicht die Debatte in Deutschland und unterstrich, dass diese in europäischen Ländern so nicht geführt würde. Strategische Überlegungen in der Klimaethik zeigten, dass es unstrittig sei, Klima als eine moralische Frage zu diskutieren. Es sei ein Fehler, dies auszublenden.

Fazit: Gemeinsam Perspektiven schaffen – für Familien und Klima

Familien tragen durch die Erziehung von Kindern sowie durch Erfahrungen von Fürsorge und Zusammenhalt maßgeblich dazu bei, die Zukunft unserer Gesellschaft zu gestalten. Der Klimawandel ist dabei eine der tiefgreifenden, langfristigen Veränderungen, denen Familien begegnen müssen. Er betrifft alle Menschen, wenn auch nicht alle auf gleiche Weise. Dies gilt weltweit, aber auch für Familien in Deutschland. Die Dringlichkeit des Themas und eines entschlossenen politischen und gesellschaftlichen Handelns war zum Ende der Themenperiode „Familien und Klima“ des Bundesforums Familie deutlicher als zuvor: Weltweit waren neue Temperaturrekorde zu verzeichnen und es stellt sich vermehrt die Frage, ob wir Kippunkten des Klimas bereits näher sind als bisher gedacht.⁷ Angesichts dessen bleibt die Klimapolitik unzureichend⁸ und droht zunehmend durch andere, aktuellere Krisen von der politischen Agenda verdrängt zu werden. Die Herausforderung für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ist groß, Klimaschutz nicht aus den Augen zu verlieren und entsprechende Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels wie zur Anpassung an die bereits spürbaren Folgen sozial verträglich und familienorientiert zu gestalten.

Die Komplexität des Themenfelds Familien und Klima und die Spannweite der Herausforderungen wurden im Laufe der Bearbeitung durch das Bundesforum Familie an vielen Stellen deutlich: Von Kinderrechten und dem Recht auf eine intakte Umwelt bis hin zu Partizipationsmöglichkeiten für Familien an kommunalen Klimaschutzmaßnahmen, von psychischer Gesundheit und Resilienz bis zu Generationengerechtigkeit und geschlechtsspezifischem Klimaverhalten galt es, diverse Aspekte zu vertiefen und miteinander ins Verhältnis zu setzen. Hierbei wurden sowohl Übereinstimmungen als auch Konflikte zwischen einerseits den Zielen oder Interessen von Familien und andererseits dem Klimaschutz festgestellt. Familien sind vom Klimawandel betroffen und tragen auch zu ihm bei – allerdings in unterschiedlichem Ausmaß, je nach Einkommen und Konsumniveau, sowie im Durchschnitt und pro Kopf weniger als andere Haushalte.⁹ Als Bildungsorte und generationsübergreifende Diskussionsräume haben Familien zudem eigene Möglichkeiten, um die Transformation mitzugestalten. Um hier die Abhängigkeit von individuellen Ressour-

cen der Familien zu minimieren, sind strukturelle Rahmenbedingungen nötig, die nachhaltiges Handeln für alle möglich, attraktiv und leicht zugänglich machen.

Familien haben ein Interesse am Schutz der jungen Generation und an einer künftigen Lebensperspektive für sie sowie für die nachfolgenden Generationen. Außerdem ist ihnen an einer guten Lebensqualität, Gesundheit und einem guten Familienleben in der Gegenwart gelegen. Die existentielle Herausforderung durch den Klimawandel bedroht diese Interessen der Familien. Klimaschutz ist Sicherung der Zukunftsperspektive für kommende Generationen. Gleichwohl können bestimmte Ausgestaltungen von Klimaschutz und Klimafolgenanpassung familiären Interessen zuwiderlaufen. Einige Maßnahmen für Klimaschutz und Klimafolgenanpassung führen zu höheren Kosten. Diese Kosten treffen Familien mit niedrigem Einkommen oft relativ härter als solche mit hohem Einkommen. Dies sollte durch einen sozialen Ausgleichsmechanismus korrigiert werden. Zudem kann der Klimawandel für Familien bedeuten, dass sich Arbeitsplatzrisiken und regionale Ungleichheiten durch den Strukturwandel in Richtung einer klimaverträglichen Wirtschaft verstärken oder dass Spannungen innerhalb der Familie aufgrund des Themas Klimawandel entstehen. Insgesamt gibt es somit aus der Familienperspektive durchaus Zielkonflikte sowie potenzielle negative Auswirkungen der Maßnahmen für mehr Klimaschutz auf die Familien, denen mehr politische und gesellschaftliche Aufmerksamkeit zukommen sollte. Insgesamt ist darauf hinzuwirken, dass Klima-, Sozial- und Familienpolitik stärker zusammengedacht und miteinander verzahnt werden.

Was brauchen Familien also, um durch den Klimawandel nicht überfordert zu werden, sondern ihm gestärkt zu begegnen und sich gestaltend in die Transformation einzubringen? Die Ergebnisse der Vorträge und Diskussionen der zweijährigen Themenperiode wurden von einer Redaktionsgruppe bestehend aus Vertreter*innen der Mitgliedsorganisationen diskutiert und im Folgenden in zentralen Schlussfolgerungen und Forderungen zusammengefasst und resümiert.

Gestaltungsspielräume schaffen: die Rolle politischer Rahmenbedingungen für Familien im Klimawandel

Jede Bürgerin und jeder Bürger hat eine Eigenverantwortung für klima- und umweltfreundliches Handeln und in vielen Familien ist der Wille und der Wunsch nach ökologisch bewusstem Verhalten vorhanden. Individuelle Handlungsspielräume, insbesondere auch von Familien, werden jedoch oft durch fehlende strukturelle Rahmenbedingungen beschnitten. Die Verantwortung dafür, strukturelle Rahmenbedingungen zu schaffen, die individuelle klimafreundliche Entscheidungen ermöglichen, liegt auf der politischen Ebene. Sie sollte vermehrt Impulse setzen, die Klimaschutz für Familien im Alltag erleichtern. Dazu zählen insbesondere Investitionen in eine familienfreundliche Gestaltung von Mobilität. Dies gilt sowohl für den ÖPNV (mit entsprechenden Tickets für Familien), den Ausbau von sicheren Radwegen und familienfreundliche und günstige Alternativen zu Flugreisen, z. B. durch den Ausbau von verlässlichen Bahnverbindungen. Auch für Familien in Mietwohnungen muss es möglich sein, klimafreundliche Energie zur Wärmeherzeugung zu nutzen. Und nicht zuletzt braucht es niedrigschwellige und leicht zugängliche Unterstützungsangebote wie Beratungen zu klimafreundlicher Energienutzung, gesunder Ernährung und nachhaltigem Konsum. Diese Themen sollten auch stärker in Kitas und im Unterricht an allgemeinbildenden Schulen behandelt werden. Bereits jetzt gibt es Familienorte, die klimafreundliches Handeln durch gemeinsames Kochen, Tauschen oder Reparieren sichtbar machen und ermöglichen. Diese benötigen verlässliche strukturelle Unterstützung, damit sie ihr Potenzial langfristig entfalten können.

Viele dieser Unterstützungsangebote, die eine höhere Akzeptanz und Umsetzbarkeit von Klimaschutz in Familien sicherstellen, finden auf der kommunalen Ebene statt. Jedoch wird Klimaschutz hier bisher weitgehend projektbezogen organisiert und Gelder entstammen einer für die Kommunen nur schwer zu überblickenden Förderlandschaft. Eine nachhaltige finanzielle Ausstattung der Kommunen zum Zweck des effizienten Klimaschutzes und der Klimafolgenanpassung würde dort ansetzen, wo Familien am meisten von diesen positiven Auswirkungen profitieren können: in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld.

Finanziell benachteiligte und armutsgefährdete Familien sind vom Klimawandel häufig überdurchschnittlich stark betroffen, zum Beispiel durch Wohnraum in schlecht gedämmten Mietwohnungen, die Hitze und Kälte nur schlecht abhalten. Daraus resultieren hohe Energiekosten, die zudem einen deutlich höheren Anteil ihrer Einnahmen ausmachen als bei wohlhabenden Familien.¹⁰ Bei Belastungen, die durch klimapolitische Maßnahmen wie etwa die CO₂-Bepreisung entstehen, ist es daher von zentraler Bedeutung, vulnerable Gruppen und von Armut betroffene Familien besonders zu berücksichtigen

und einen sozial gestalteten finanziellen Ausgleich zu schaffen. Hierzu können insbesondere Alleinerziehende, kinderreiche Familien, Familien mit Migrationsgeschichte, Familien, in denen Menschen mit Behinderung leben, Senior*innen sowie Kinder und Jugendliche zählen. Klimaschutz- und Klimafolgenanpassungsmaßnahmen sollten grundsätzlich vor Einführung durch ein Sozial- und Familienmonitoring hinsichtlich ihrer sozialen Folgen insbesondere für Familien geprüft und entsprechend angepasst werden. Der Zusammenhang zwischen Armut und Klima gilt jedoch auch umgekehrt: Da Familien mit Armutsrisiko oft keine ökonomische Alternative zu klimaschädlichen Heizsystemen und Produkten haben, kann Armutsbekämpfung auch zum Klimaschutz beitragen. Dies gilt insbesondere dann, wenn Förderung dieser Gruppe und unterstützende Maßnahmen zu einem ökologisch bewussten Konsumniveau beitragen.

Zusammenarbeiten für gemeinsamen Klimaschutz

Partizipation und aktive Teilhabe an Klimamaßnahmen stärken die Zustimmung der Gesellschaft für die entsprechenden Maßnahmen und befördern darüber hinaus den demokratischen Zusammenhalt. Insbesondere Kinder und Jugendliche, die vom Klimawandel besonders betroffen sind und an seiner Verursachung am wenigsten Schuld tragen, brauchen Möglichkeiten, an der klimagerechten Transformation mitzuwirken. Gemeinsame Handlungsräume wirken verbindend und stärken das Gefühl von Selbstwirksamkeit und Resilienz – beides sind für Familien zentrale Kompetenzen, um mit Krisen, insbesondere der Klimakrise, umzugehen. Auch können Werkzeuge wie der ökologische Handabdruck¹¹ dabei helfen, den Blick auf die eigenen Mitwirkungsmöglichkeiten am strukturellen gesellschaftlichen Umbau hin zu mehr Klimaschutz zu stärken, ohne den Blick auf die eigene CO₂-Bilanz, den Fußabdruck¹², aus dem Auge zu verlieren. Gemeinsame Projekte zu Klimaschutz und Klimafolgenanpassung in der Familie oder mit Kindern und Jugendlichen durchzuführen ist somit auf vielfältigen Ebenen wirksam. Allerdings sind auf kommunaler, Länder- und Bundesebene mehr Beteiligungsformate nötig, die unterschiedliche Generationen ansprechen und die Familienvielfalt sowie strukturelle Rahmenbedingungen für Menschen mit Care-Verantwortung berücksichtigen.

Um Kindern und Jugendlichen sowohl auf rechtlicher als auch auf praktischer Ebene echte Partizipation zu ermöglichen, brauchen sie Zugang zu wahren und verständlichen Informationen über Klimawandel und Klimaschutz. Sie benötigen altersgerechte Unterstützung beim Umgang mit Fake News und der Leugnung des Klimawandels. Darüber hinaus brauchen Kinder einen eigenen Zugang zu Justiz und Beschwerdemöglichkeiten, damit sie ihr Recht auf Leben, Entwicklung und Gesundheit in einer nachhaltigen Umwelt auch ohne Unterstützung durch Erwachsene einfordern können.

⁷ Jan Kixmüller: „Vier Klimakippelemente geraten ins Wanken: Droht jetzt eine Kettenreaktion?“, Der Tagesspiegel, 01.10.2025, <https://www.tagesspiegel.de/wissen/vier-klimakippunkte-verlieren-an-stabilitat-droht-jetzt-eine-kettenreaktion-14431103.html>, aufgerufen am 09.10.2025.

⁸ Umweltbundesamt: „Klimaschutzbericht 2025: Fortschritte bei Emissionsminderung – weitere Maßnahmen notwendig, um Klimaziele zu erreichen“, 06.08.2025, <https://www.bundesumweltministerium.de/pressemitteilung/klimaschutzbericht-2025-fortschritte-bei-emissionsminderung-weitere-massnahmen-notwendig-um-klimaziele-zu-erreichen> aufgerufen am 09.10.2025.

⁹ DIW: „Reiche verursachen doppelt so viel Emissionen wie Haushalte mit Niedrigeinkommen – vor allem durch Flugreisen“, 03.07.2024, https://www.diw.de/de/diw_01.c.906708.de/reiche_verursachen_doppelt_so_viel_emissionen_wie_haushalte_mit_niedrigeinkommen_vor_allem_durch_flugreisen.html, aufgerufen am 09.10.2025.

¹⁰ Destatis: „Zahl der Woche Nr. 02 vom 11. Januar 2022“, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/Zahl-der-Woche/2022/PD22_02_p002.html, aufgerufen am 09.10.2025.

¹¹ Germanwatch: „Was ist der Handabdruck“, <https://www.germanwatch.org/de/handabdruck>, aufgerufen am 09.10.2025.

¹² Umweltbundesamt: „CO₂-Fußabdruck“, <https://www.umweltbundesamt.de/tags/co2-fussabdruck>, aufgerufen am 11.11.2025.

Wie reden über das Klima?

Um Blockaden in der Diskussion aufzulösen, Ängste sowohl vor der Klimakatastrophe als auch vor den Gegenmaßnahmen aufzufangen sowie noch mehr Menschen von Handlungsmöglichkeiten im Klimawandel und von positiven Effekten von Klimaschutz zu überzeugen, ist eine Ansprache und Kommunikation zentral, die die jeweiligen Lebenswelten der diversen Personen und Zielgruppen berücksichtigt. Über die Anbindung an Themen, die den Menschen nahe sind, kann der Zugang zum Thema „Klima“ erleichtert werden. Dadurch könnten insbesondere diejenigen Familien oder Familienmitglieder erreicht werden, die sich beim Thema Klimaschutz als nicht zuständig betrachten oder ihn ohnehin rundheraus abstreiten. Der Blick dafür, welche Handlungsspielräume bestehen, lässt sich durch positive Narrative und die Entwicklung von gemeinsamen Zukunftsvisionen weiten, durch eine ehrliche Thematisierung von Suffizienz und Reduktion sowie durch eine realistische Gegenüberstellung von Verlusten und Gewinnen an Lebensqualität, die durch Klimaschutzmaßnahmen entstehen.

Viele Anforderungen werden als „von außen“ oder „von oben“ kommandiert und aktuell einschränkend empfunden. In der Kommunikation von Klima(schutz)themen sollte deshalb deutlich gemacht werden, inwieweit Klimaschutz dem ureigenen, langfristigen Interesse von Familien an materiellen und ökologischen Lebensverhältnissen entspricht, die Kindern und Enkeln ein Leben und eine hohe Lebensqualität ermöglichen. Nicht nur im Gespräch mit Familienmitgliedern, Freund*innen oder Bekannten, auch auf gesellschaftlicher Ebene braucht es Impulse für eine positive Debatte über Zukunftsvisionen im Klimawandel und die dafür nötigen gesellschaftlichen Weichenstellungen. Ein „neues Verständnis von Wohlstand“ (Dr. Mona Treude) oder eine „Politik des Genug“ (Prof. Dr. Frank Nullmeier) sind zwei von vielen Ansätzen, die dabei helfen können, Anstoß zu geben für eine Debatte über Wachstum und gemeinwohlorientierte Wirtschaftspolitik.

Auch als bildungspolitisches Thema müssen der Klimawandel und seine Folgen sowie Klima- und Umweltschutz eine stärkere Rolle spielen. Bildungspläne für allgemeinbildende Schulen sollten noch stärker Themen wie Zukunftsgestaltung und nachhaltiges, klimafreundliches Verhalten aufgreifen. Die nachhaltige Finanzierung der Bildungsprogramme für nachhaltige Entwicklung sowie die Stärkung ihrer Familiendimension sollte langfristig gesichert werden. Klima- und Umweltschutz sollten als Themen auch in Angeboten der Familienbildung stärker verankert werden. Denn durch ein Lernen über Klima und Umwelt an formalen, nonformalen und informellen Bildungsorten wird die Grundlage für eine generationenübergreifende Verständigung zur gesellschaftlichen Anpassung im Klimawandel gestärkt.

Was brauchen Familien, um im Klimawandel gesund zu bleiben?

Die psychische Belastung durch den Klimawandel ist groß – insbesondere, wenn die Sorge um klimafreundliche Konsumententscheidungen zu Care-Arbeit und Zeitdruck in der Familie hinzukommt. Viele Menschen fühlen Ohnmacht angesichts der Größe der Aufgabe, dem Klimawandel entgegenzuwirken, sind die oben bereits benannten Unterstützungsstrukturen, politischen Rahmenbedingungen und Beteiligungsmöglichkeiten für Familien nötig. Sie fördern Resilienz und Selbstwirksamkeit und erleichtern es Familien, sich auch in Krisenzeiten mental zu stärken und Handlungsmöglichkeiten zu erkennen. Auch die Resilienz in Gemeinschaften („community resilience“) ist eine zentrale Kompetenz in der Transformation, insbesondere auch im Zusammenhang mit Bevölkerungs- und Katastrophenschutz. Die damit gemeinte Fähigkeit einer Gemeinschaft, auf äußere Störungen wie Extremwetterereignisse angemessen zu reagieren, kann auch die individuelle Gesundheit schützen. Durch den Klimawandel gehäuft auftretende Extremwetterereignisse können nicht nur Hab und Gut, sondern auch die körperliche und psychische Gesundheit von Betroffenen stark gefährden. Psychosoziale Angebote für Familien sollten ausgeweitet und die Versorgungslage verbessert werden, um den steigenden Bedarfen durch Klimawandelfolgen gerecht zu werden. Neben den psychischen Belastungen gehören weitere gesundheitliche Folgen zum Klimawandel, zum Beispiel die Auswirkungen von starker Hitze auf Schwangere, Kinder und alte Menschen. Hierzu sollten Familien mehr Informationen zur Verfügung gestellt werden, um entsprechend reagieren oder junge Menschen beraten zu können. Präventiv sollten verstärkt Anstrengungen unternommen werden, öffentliche Orte (wie Parks, Spielplätze oder Badestellen) gerade im Interesse von alten Menschen und Kindern mit entsprechenden Hitzeschutzmaßnahmen zu versehen.

Der Zusammenhang von Sorgearbeit und Klima in der Familie

Die ungleiche Verteilung von Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern bestimmt in vielen Familien nicht nur die Altagsdynamik, sondern wirkt sich auch auf das Klimaverhalten und die Einstellungen zum Klimawandel aus. Klimawandel und politische Anpassungsmaßnahmen an Klimafolgen können dazu führen, dass Care-Arbeit weiter zunimmt, etwa durch die Herausforderung, alltägliche Konsumententscheidungen möglichst umweltfreundlich zu gestalten, oder durch vermehrte Pflegeaufgaben bei Extremwetterereignissen und Hitzeperioden. Gleichzeitig wirken sich Sorgearbeit und die damit einhergehenden komplexen Wegeketten, die oft gerade im ländlichen Raum nur unzureichend durch den öffentlichen Nahverkehr abgedeckt sind, ebenfalls auf den persönlichen CO₂-Fußabdruck aus.

Geschlechternormen sowie die unterschiedliche Care- und Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern bedingen Unterschiede in Einstellungen zum Klimawandel und im klimarelevanten Verhalten. Während Frauen sich beispielweise eher besorgt über den Klimawandel und Umweltprobleme zeigen,¹³ ist bei Männern Klimaskepsis stärker verbreitet.¹⁴ Frauen sind dabei eher bereit, ihr Verhalten nachhaltiger zu gestalten, während stereotype Männlichkeitsnormen bisweilen stark durch Fleischkonsum und Motorisierung geprägt sind. Gleichzeitig sind Frauen, die im Mittel über weniger Einkommen verfügen – unter ihnen insbesondere Alleinerziehende und Rentnerinnen – besonders von Energiearmut betroffen. Männer entscheiden im Schnitt häufiger über technologiebezogene Investitionen im Haushalt wie zu Heizsystemen oder Energieversorgung als Frauen.

Die Geschlechter- und Care-Dimension ist somit für alle Aspekte des Klimawandels relevant und sollte bei der Abschätzung von Folgen von Klimaschutz- oder Klimafolgenanpassungsmaßnahmen sowie in der Kommunikation zu klimafreundlichem Verhalten berücksichtigt werden. Eine Gleichstellungs- und Arbeitszeitpolitik, die einen besseren Ausgleich von Erwerbs- und Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördert, kann auch die gemeinsame Sorge für die Familie und für das Klima begünstigen.

Die Rolle der Familienverbände und Mitgliedsorganisationen

Die sozial-ökologische Transformation ist eine große Herausforderung für Familien und macht den Klimawandel somit zu einem zentralen Thema für Familienorganisationen. In dieser Themenperiode des Bundesforums Familie wurde mehr denn je deutlich, dass Familienpolitik Querschnittspolitik sein muss: Die Verbindungen zu Sozial- und Klimapolitik, aber auch zu den Bereichen Verkehr, Wohnen und Energie sind der Familienpolitik der Sache nach inhärent. Um diesen Ansprüchen gerecht zu werden, ist eine noch stärkere Vernetzung der Familienorganisationen in unterschiedliche Politik- und Kompetenzbereiche notwendig. Dies beinhaltet die Herausforderung, große Wissensgebiete zu bewerten und zu kontextualisieren, was wiederum die Gefahr von Zielkonflikten birgt. Nichtsdestotrotz ist ein stärkerer Schulterschluss insbesondere zwischen Familien- und Umweltverbänden nötig, wenn die Familienperspektive stärker in die Klimapolitik wie umgekehrt auch die klimapolitische Perspektive verstärkt in die Familienpolitik einfließen soll. Familienorganisationen und Umweltorganisationen sollten sich gegenseitig stärker als Ansprechpartnerinnen in den Blick nehmen, um der zentralen Rolle von Familien als Adressatinnen und Akteurinnen von Klimapolitik gerecht zu werden. Das gilt sowohl für die Familienverbände als auch für die einzelnen Mitgliedsorganisationen.

Es wurde deutlich, dass die Beteiligung von Familien- und Sozialverbänden in der Klimapolitik an vielen Stellen bereits möglich ist, wie etwa im Rahmen der Entwicklung der Deutschen Klimaanpassungsstrategie. Außerdem haben Verbände die Möglichkeit, Umweltklagen vor Gericht einzureichen; dabei ist die Aussicht auf Erfolg bei einem Bündnis verschiedener Kläger*innen höher. Auch daher ist es sinnvoll, Netzwerkarbeit zu betreiben, Bündnisse zu schließen und ungewöhnliche Allianzen einzugehen, um die entsprechenden Handlungsmöglichkeiten zu identifizieren und zu nutzen.

In die Familienbildung sollten Bildungsprogramme für nachhaltige Entwicklung noch stärker integriert werden. Da Familienorganisationen direkte Verbindungen zu einer Vielzahl von Familien haben, bestehen hier bereits vertrauensvolle Netzwerke und das Know-how zur Gestaltung attraktiver Angebote für Familien. Nicht nur für die verlässliche Gestaltung solcher Bildungsprogramme, sondern auch für die Nachhaltigkeit der Angebote sowie der gesamten Organisationen ist eine verlässliche finanzielle Ausstattung nötig.

Mit Blick auf die Zukunft

Die Diskussionen der Themenperiode haben gezeigt: Familien sind keine Randakteure, sondern zentrale Gestalterinnen der Gegenwart sowie des nötigen Übergangs zu einer sozial-ökologischen Zukunft. Sie tragen die Erfahrungen verschiedener Generationen in sich, verbinden Alltag und Vision und machen sichtbar, wie Klimaschutz und gutes Leben zusammengedacht werden können. Dieses Potenzial können Familien unter geeigneten strukturellen Rahmenbedingungen noch stärker entfalten, denn wie alle anderen Akteure sind auch Familien gefordert, ihren Beitrag zu leisten. Politik, Kommunen und Zivilgesellschaft sollten diese Bedingungen schaffen, damit Familien möglichst gute Voraussetzungen haben, zum Wandel und zu einer nachhaltigen Gesellschaft beizutragen, in der alle kommenden Generationen auch in Zukunft noch auf ein gutes Leben vertrauen dürfen.

Der Redaktionsgruppe gehörten Vertreter*innen folgender Mitgliedsorganisationen an:

- Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland | ASB
- Bundesverband der Mütterzentren
- Deutsche Gesellschaft für Systemische Therapie, Beratung und Familientherapie | DGSF
- Deutsches Jugendinstitut | DJI
- evangelische arbeitsgemeinschaft familie | eaf
- Familienbund der Katholiken | FDK
- Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg
- Selbsthilfeinitiativen Alleinerziehender Bundesverband | SHIA
- Zukunftsforum Familie | ZFF

¹³ Vgl. Felix Schulz, Vera Trappmann (2025): Erwartungen an die sozial-ökologische Transformation – Geschlechterdifferenzen. Hintergrundpapier für den Vierten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, hrsg. v. Bundesstiftung Gleichstellung.

¹⁴ Marshall Shepherd (2018): „Men Challenge Scientists With Alternative Or Conspiracy Theories More Than Women“, in: Forbes, <https://www.forbes.com/sites/marshallshepherd/2018/09/01/men-challenge-scientists-with-alternative-or-conspiracy-theories-more-than-women/#fd70e2766f6f>, aufgerufen am 12.11.2025.

Good Praticce: Initiativen der Mitgliedsorganisationen für Familien und Klima

Positive Visionen und Handlungsorientierung sind auf dem Weg zu einer klimagerechten Gesellschaft von besonderer Bedeutung. Das wurde in den Impulsen und Diskussionen während der Themenperiode an vielen Stellen deutlich. Viele der Mitgliedsorganisationen sind bereits an der Schnittfläche zwischen Klima und Familie tätig und leisten mit eigenen Nachhaltigkeitsbemühungen oder Projektarbeit wichtige Beiträge zu einem Wandel zu mehr Klimafreundlichkeit. Wie diese Impulse zum Thema Klima- und Umweltschutz in den Familienorganisationen inhaltlich und/oder strukturell bereits bearbeitet werden, wurde in Umfragen sowohl zu Beginn als auch am Ende der Themenperiode unter den Mitgliedsorganisationen des Bundesforums Familie erfragt. Leitfragen waren: Welche Angebote für Familien für mehr Klimafreundlichkeit bestehen bereits? Welche Netzwerke an der Schnittstelle zu Klimapolitik werden schon genutzt? Und was tun die Organisationen selbst für ihre eigene Nachhaltigkeit?

Das Projekt „KLIMAfuchs – Kitas zeigen Flagge für den Klimaschutz!“ unterstützt Hamburger Kitas dabei, Klimaschutz in ihrem Alltag zu etablieren. Dabei geht es darum, aktiv Energie und Ressourcen zu sparen und über pädagogische Angebote Zusammenhänge rund um Klima und Klimaschutz erlebbar zu machen.

www.klimafuchs-kita.de

Behörde für Gesundheit, Soziales und Integration, Freie und Hansestadt Hamburg

Das Projekt „Klimapolitik – kommunal und vielfältig!“ sensibilisiert Mitglieder der Migrationsbeiräte sowie weiterer Migrant*innen-Organisationen im Rahmen von Seminaren, Exkursionen und Workshops vor Ort für den Themenkomplex kommunaler Umwelt- und Klimaschutz. Dadurch sollen Positionen und Forderungen für einen diversitätsbewussten & wirk-samen kommunalen Klimaschutz erarbeitet und eine stärkere Teilhabe von Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte in kommunalen Klimaschutzprozessen befördert werden.

www.bzi-bundesintegrationsrat.de/klimapolitik

Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat | BZI

Das Ergebnis der Umfragen zeigte die Vielfalt der Initiativen der Mitgliedsorganisationen und der mit ihnen assoziierten Verbände an der Schnittfläche von Familie, Klima- und Umweltschutz sowie Nachhaltigkeit. Über die hier vorgestellten Good Practices hinaus wären zahlreiche Beispiele zu nennen von Organisationen, die einen Beitrag zu mehr Klimafreundlichkeit leisten, etwa durch weitgehende Einschränkungen von Flugreisen bei Dienstreisen, Nutzung von Diensträdern für berufliche Fahrten, vegetarische Verpflegung bei Veranstaltungen, papierfreie Büros uvm. Die vorgestellten Beispiele können neue Netzwerke eröffnen, Ideengeber sein, zum kritischen Weiterdenken anregen und neue Initiativen für ein familien- und klimafreundliches Handeln geben.

Die AWO hat sich zum Ziel gesetzt, mit ihren über 18.000 Einrichtungen und Diensten vor 2040 klimaneutral zu werden, und 2022 dafür einen umfassenden Ziel- und Maßnahmenplan auf den Weg gebracht.

www.awo.org/projekt/klimaneutral-vor-2040/

AWO Bundesverband

In der Nachbarschaftsgruppe im Mehrgenerationenhaus Langen finden im Rahmen des Projekts „wirFAIRändern“ zahlreiche Angebote statt, die zu mehr Nachhaltigkeit anregen und Freude bringen sollen: von Repair-Cafés und Mitnahmeregalen über Ferienprogramme, in denen Schulkinder zu Umweltheld*innen ausgezeichnet werden können.

www.zenja-langen.de/offener-treff/wirfairaendern

Bundesverband der Mütterzentren

Das „Lexikon der nachhaltigen Hauswirtschaft“ erscheint wöchentlich als Newsletter mit Tipps zum klimafreundlichen und nachhaltigen Alltagshandeln im Haushalt.

www.dghev.de/dgh-for-future

Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft | dgh

Ein Leitfaden zur Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Familienbildung soll Unterstützung für Pädagog*innen in der Familienbildung bieten, um das Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung in ihrem Arbeitsfeld zu stärken, weiter auszubauen und fortwährend zu verankern.

www.familienbildung-in-nrw.de/typo3conf/ext/user_upload/BNE_Leitf_bfrei_angepasst.pdf

Landesarbeitsgemeinschaften der Familienbildung in NRW

Die Online-Gesprächsreihe „Gutes Klima für Familien: Wie gestalten wir eine familiengerechte und soziale Klimawende?“ nimmt Themen an der Schnittfläche von Familien- und Klimapolitik in den Blick. Dadurch soll dazu beigetragen werden, Klimapolitik und Nachhaltigkeit im verbandsübergreifenden Austausch aus der Familienperspektive zu betrachten und dies mit Familiengerechtigkeit und sozialen Fragen zusammenzudenken.

www.eaf-bund.de/publikationen/dokumentationen/gutes-klima-fuer-familien-2025

evangelische arbeitsgemeinschaft familie | eaf Familienbund der Katholiken | FDK

Der Familienbund der Katholiken hat 2022 eine AG Klimagerechtigkeit gegründet. Seitdem wurde ein Positionspapier zu Klimagerechtigkeit und Nachhaltigkeit aus familienpolitischer Perspektive erarbeitet und veröffentlicht.

www.familienbund.org/artikel/positionspapier-des-familienbunds-der-katholiken-zu-klimagerechtigkeit-und-nachhaltigkeit-aus-familienpolitischer-perspektive

Familienbund der Katholiken | FDK

Innerhalb des Caritasverbands arbeitet das „Projektteam Klimasozialpolitik“ daran, eigene Klimaneutralität der Verbände/ Wohlfahrt vorzubringen und für entsprechende Rahmenbedingungen in der politischen Interessenvertretung einzustehen. Aufgabe ist es außerdem, die Interessen benachteiligter Gruppen für einen sozial gerechten Klimaschutz in der Klimasozialpolitik zu vertreten.

www.klima.caritas.de/

Deutscher Caritasverband

Das Resilienzprogramm des Arbeiter-Samariter-Bunds soll Menschen und Gemeinschaften dabei helfen, besser auf (Natur-)Katastrophen vorbereitet zu sein. Es beinhaltet u. a. Schulung von Menschen und Organisationen um sich auf Krisensituationen vorzubereiten, darauf zu reagieren und sich davon zu erholen.

www.asb.de/unsere-angebote/asb-rettungsdienst-katastrophenschutz/resilienzprogramm#community-resilience

Arbeiter-Samariter-Bund | ASB

Wie sehen ältere Menschen den Klimawandel und wie sind sie durch ihn betroffen? Die BAGSO hat ein Positionspapier zur sozialen Ausgestaltung der gesellschaftlichen Transformation im Klimawandel aus Perspektive der Seniorenorganisationen veröffentlicht.

www.bagso.de/fileadmin/user_upload/bagso/06_Veroeffentlichungen/2021/BAGSO-Positionspapier_Generationenaufgabe_Klimaschutz.pdf

Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen | BAGSO

Ein Diskussionspapier der AGJ betont die Verantwortung der Kinder- und Jugendhilfe für die Umsetzung ökologischer Kinderrechte.

www.agj.de/fileadmin/files/positionen/2020/How_dare_you.pdf

Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe | AGJ

Der Paritätische hat sich mit einer Umfrage und der Erstellung eines Leitfadens eingehend mit dem Thema Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen und Diensten beschäftigt und dafür Vorschläge entwickelt.

www.der-paritaetische.de/themen/sozialpolitik-europa-klima/klimaschutz-umweltschutz-und-klimaanpassung/klimaanpassung-in-sozialen-einrichtungen/#c23787

Der Paritätische Gesamtverband

Der Verband Bildung und Erziehung hat ein Positionspapier zu Bildung für eine nachhaltige Entwicklung (BNE) erarbeitet. Dort stellt er die Forderung, diese zu einem dauerhaften und fächerübergreifenden Schwerpunkt der pädagogischen Arbeit in Schulen auszubauen.


www.vbe.de/der-vbe/bundesverband/positionen-des-bundesverbandes/bildung-fuer-eine-nachhaltige-entwicklung-bne

Verband Bildung und Erziehung

Mitgliedsorganisationen des Bundesforum Familie

- A**
 - Aktion Mensch
 - Arbeiter-Samariter-Bund | ASB
 - Arbeiterwohlfahrt Bundesverband | AWO
 - Arbeitsgemeinschaft für katholische Familienbildung | AKF
 - Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe | AGJ
 - Arbeitskreis Neue Erziehung | ANE
- B**
 - Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales
 - Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration, Amt für Familie, Freie und Hansestadt Hamburg
 - Bertelsmann Stiftung
 - Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen | BAGSO
 - Bundesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen | BAGE
 - Bundesarbeitsgemeinschaft Familienerholung
 - Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter
 - Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen | BAG OKJE
 - Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit
 - Bundeselternnetzwerk der Migrant*innenorganisationen für Bildung und Teilhabe | bbt
 - Bundeselternrat | BER
 - Bundeselternvertretung der Kinder in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege | BEVKi
 - Bundesforum Männer
 - Bundeskonferenz für Erziehungsberatung | bke
 - Bundesverband behinderter und chronisch kranker Eltern | bbe
 - Bundesverband der Familienzentren
 - Bundesverband der Mütterzentren
 - Bundesverband der Pflege- und Adoptivfamilien | PFAD
 - Bundesverband für Kindertagespflege
 - Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen | bvkm
 - Bundesverband russischsprachiger Eltern | BVRE
 - Bundesvereinigung Evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder | BETA
 - Bundesvereinigung Lebenshilfe
 - Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat | BZI
 - Bündnis 90/DIE GRÜNEN Bundestagsfraktion
- C**
 - CDU-Bundesfachausschuss Gesellschaftlicher Zusammenhalt
 - CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag
- D**
 - Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften
 - dbb beamtenbund und tarifunion
 - Der Paritätische – Gesamtverband
 - Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung | DEAE
 - Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft | dgh
 - Deutsche Gesellschaft für Systemische Therapie, Beratung und Familientherapie | DGSF
 - Deutsche Liga für das Kind
 - Deutscher Betriebssportverband
 - Deutscher Bundestag, Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
 - Deutscher Caritasverband
 - Deutscher Familienverband | DFV
 - Deutscher Frauenrat
 - Deutscher Frauenring
 - Deutscher Gewerkschaftsbund Bundesvorstand | DGB
 - Deutscher Juristinnenbund | djb
 - Deutscher Kinderschutzbund Bundesverband | DKSB
 - Deutscher Landkreistag
 - Deutscher Olympischer Sportbund | DOSB
 - Deutscher Städtetag
 - Deutscher Städte- und Gemeindebund | DStGB
 - Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge
 - Deutscher Verkehrssicherheitsrat | DVR
 - Deutscher Wanderverband
 - Deutsches Jugendinstitut | DJI
 - Deutsches Kinderhilfswerk
 - Deutsches Rotes Kreuz – Generalsekretariat | DRK
 - Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband
- E**
 - evangelische arbeitsgemeinschaft familie | eaf
 - Evangelische Hochschule Berlin
 - Evangelische Konferenz für Familien- und Lebensberatung | EKFuL
- F**
 - Familienbund der Katholiken | FDK
 - Föderation türkischer Elternvereine in Deutschland | FÖTED
 - Fokolar-Bewegung
 - Forum katholischer Männer | FkM

- G**
 - Gesellschaft für Geburtsvorbereitung – Familienbildung und Frauengesundheit – Bundesverband | GfG
 - Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur | GMK
 - Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft | GEW
- H**
 - Haushalt in Bildung und Forschung
 - Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
 - Humanistischer Verband Deutschlands, Bundesverband
- I**
 - IMPULS Deutschland Stiftung
 - Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie | IG BCE
 - Industriegewerkschaft Metall | IG Metall
 - Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung an der Universität Hannover
 - Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis | JFF
 - Integrierte Mediation
 - Internationaler Sozialdienst | ISD (Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge)
 - Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland
- K**
 - Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie
 - Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands | KAB
 - Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Einrichtungen der Familienbildung
 - Katholische Elternschaft Deutschlands | KED
 - Katholischer Siedlungsdienst | KSD
- L**
 - LSVD+ – Verband Queere Vielfalt
- M**
 - Männerarbeit der Evangelischen Kirche in Deutschland
 - Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Abt. Jugend und Familie
 - Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg
 - Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration des Landes Rheinland-Pfalz
- N**
 - Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
- P**
 - Paritätisches Bildungswerk Bundesverband
 - Pestalozzi-Fröbel Verband | pfv
 - Prager-Eltern-Kind-Programm | PEKiP
 - pro familia Bundesverband
- S**
 - Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
 - Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Berlin
 - SHIA Bundesverband
 - Sichtwechsel e.V. – für gewaltfreie Medien
 - Sozialdienst katholischer Frauen Gesamtverein | SkF
 - SPD-Bundestagsfraktion
 - spiel gut – Arbeitsausschuss Kinderspiel und Spielzeug
 - Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg | ifb
 - Staatsinstitut für Frühpädagogik und Medienkompetenz | IFP
 - Stiftung Lesen
 - Systemische Gesellschaft, Deutscher Verband für systemische Forschung, Therapie, Supervision und Beratung
- T**
 - Theologische Hochschule Friedensau
 - Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie
- V**
 - Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Bundesverband | VAMV
 - Verband Bildung und Erziehung | VBE
 - Verband binationaler Familien und Partnerschaften | iaf
 - Verband deutscher Realschullehrer | VDR
 - Verband Familienarbeit
 - Verband Katholischer Tageseinrichtungen für Kinder – Bundesverband | KTK
 - Verband kinderreicher Familien Deutschland | KRFD
 - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Bundesverwaltung | ver.di
- Z**
 - Zentralrat der Muslime in Deutschland | ZMD
 - Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland | ZWST
 - Zukunftsforum Familie | ZFF



Bundesforum Familie
c/o Arbeitsgemeinschaft der deutschen
Familienorganisationen e.V. (AGF)
Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14
10785 Berlin
Tel: 030 2902825-70
Fax: 030 2902825-89
info@bundesforum-familie.de
www.bundesforum-familie.de

Das Bundesforum Familie ist ein Projekt der

AGF  Arbeitsgemeinschaft
der deutschen
Familienorganisationen e.V.

Das Bundesforum Familie wird gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend